Waffenruhe ohne den Feind S. 6

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 8 – 26. Februar 2016

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

»Einstieg in die Enteignung«
Boehringer-Interview über Bargeldbeschränkung 2

Deutschland

Christlicher Amoklauf
Wie evangelische und katholische Kirche Deutschlands Gläubige im Stich lassen 3

Hintergrund

Gefährliche Verteidigung
Pakistan und Indien planen eine unverhältnismäßige Antwort auf Angriffe 4

Preußen / Berlin

McKinsey soll's richten
Unternehmensberater sollen Zuwanderungskrise lösen 5

Ausland

Waffenruhe ohne den Feind
USA und Russland vereinbaren Atempause für Syrien 6

Kultur

Neues Erlebnismuseum
Kassel ehrt mit der »Grimmwelt« die Gebrüder 9

Geschichte

Interesse und Anteilnahme?
Deutsche Opfer in den Medien 10





Zynisch und doppelzüngig: Erdogan kassiert Flüchtlingshilfe, sieht dafür bei Schleuserindustrie freundlich weg Bild: action press

In Erdogans Krallen

»Personifizierte Fluchtursache«: Merkel setzt auf einen Weltenbrandstifter

Die Isolation der Kanzlerin in der Asylfrage schreitet voran. Doch statt einzulenken, geht sie einen brandgefährlichen Weg.

Alle drei Spitzenkandidaten der CDU bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz haben sich hörbar von der Asylpolitik ihrer Parteichefin Merkel abgesetzt. Die desaströsen Umfragewerte der Union vor Augen und die AfD im Nacken haben sie dabei Positionen bezogen, welche aus dem Lager sämtlicher etablierten Parteien eben noch als „rechtspopulistisch“ verteufelt wurden. So schnell kann das gehen.

Damit bröckelt Merkels allerletzte Bastion, der Rückhalt in ihrer eigenen Partei. Noch auf dem Bundesparteitag im Dezember hatten sich die CDU-Delegierten mit einer Mehrheit von 1000 zu zwei hinter die Vorsitzende gestellt. Nun beginnt das Abrücken.

Die Kanzlerin hält dessen ungeachtet daran fest, die deutschen Grenzen nicht sichern zu wollen. Wie verbissen sie dabei vorgeht, zeigt die Auswahl ihres neuen Partners, der ihr die Arbeit der Grenzkontrollen abnehmen soll: der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan.

> US-Experten spielen schon Szenarien für einen Weltkrieg durch

Ausgerechnet Erdogan, den Sahra Wagenknecht (Linkspartei) zutreffend als „personifizierte Fluchtursache“ charakterisiert hat. Der Staatschef zündelt im Nahen Osten, dass es sogar dem Hauptverbündeten USA unheimlich wird. Über die Türkei wurde der IS jahrelang mit Waffen und Personal versorgt. Als syrisch-kurdische Kämpfer kurz davor standen, die IS-Nachschublinie zu kappen, drohte Erdogan ihnen mit Krieg. Derzeit schießt türkische Artillerie den syrischen Kurden, die gen Süden gegen den IS vorrücken, von Norden in den Rücken, was unschwer als Unterstützungsaktion für die Islamisten zu erkennen ist.

Gleichzeitig setzt Ankara die Flüchtlingsströme als Waffe gegen Europa ein, ein griechischer Minister spricht laut „Handelsblatt“ von einem „Bombardement mit Menschen“. An der türkischen Ägäisküste hat sich eine gigantische Schleuser-Industrie nur deshalb ganz offen entfalten können, weil die türkischen Behörden freundlich wegsehen.

Erdogans Politik ist an Doppelzüngigkeit und Zynismus nicht zu überbieten. Dabei legt das Nato-Mitglied Türkei eine Aggressivität an den Tag, welche die Welt an den Rand eines Großkonflikts zwischen Russland und dem westlichen Bündnis führen könnte; US-Experten spielen laut „Welt am Sonntag“ bereits Szenarien für einen Dritten Weltkrieg durch.

Allein, um das Scheitern ihrer Politik nicht eingestehen zu müssen, will die Kanzlerin unser Schicksal in die Krallen eines potenziellen Weltenbrandstifters legen. Da darf es nicht wundern, dass sie sich (und damit Deutschland) in der EU komplett isoliert hat. Immer mehr EU-Nachbarn mutet Merkels Vorgehen an wie eine wirre, hochgefährliche Geisterfahrt. So fürchten nicht wenige, dass der EU-Türkei-Gipfel am 6. März den Zerfall der EU einläuten könnte – wenn der nicht schon begonnen hat. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Ozapft is

Jetzt heißt es: Ozapft is! Nicht in München, sondern bei Ihnen zu Hause, bei Ihrem Computer. Jedenfalls dann, wenn die Polizei Sie auf dem Kieker hat. Denn das Bundesinnenministerium hat die Freigabe für den sogenannten Bundestrojaner erteilt. Mit dieser staatlichen Schadsoftware dürfen die Sicherheitsbehörden die Computer von Verdächtigen anzapfen. Zur heimlichen Installation der Überwachungssoftware werden Sicherheitslücken auf dem Rechner oder Smartphone der Zielperson ausgenutzt – also das klassische Einfallstor für Hacker und Kriminelle. Das ist höchst bedenklich. Denn statt für Sicherheit in der Informationstechnik zu sorgen, wie es ihre Aufgabe wäre, werden die Behörden nichts tun, um diese Sicherheitslücken zu stopfen. Andernfalls könnten sie ja ihren Trojaner nicht mehr einschmuggeln.

Augenwischerei ist die Beschränkung auf die Quellen-Telekommunikationsüberwachung. Das bedeutet, dass ein Gerät mit dem Bundestrojaner infiziert wird, der dann die Kommunikation aufzeichnet, bevor die Daten auf dem Rechner verschlüsselt werden können. Experten gehen allerdings davon aus, dass diese Trennung in der Praxis technisch gar nicht möglich sein und der gesamte Computer ausgespäht werden wird. Aus „Gründen der Ausfallsicherheit und zur Steigerung der passgenauen Einsatzfähigkeit“ hat das Bundeskriminalamt nicht nur seine eigene Überwachungssoftware entwickelt, sondern auch ein kommerzielles Spähpaket gekauft. Dieses stammt von einer Firma, die autoritäre Regime zu ihren zufriedenen Kunden zählt.

Wenn der Staat Sicherheit durch die Verbreitung von Sicherheitslücken schaffen will, verspielt er viel Vertrauen.

Schäuble warnt vor griechischen Verhältnissen

Bundesfinanzministerium schließt Anstieg der deutschen Staatsschulden auf über 220 Prozent des BIP bis 2060 nicht aus

Ein düsteres Bild von Deutschlands Staatsfinanzen hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gezeichnet. Bis 2060 könnte die deutsche Staatsverschuldung griechische Ausmaße erreichen. Wenn Bund, Länder und Kommunen in ihrer Finanzpolitik nicht umsteuerten, steige die Verschuldung des Staates im ungünstigsten Falle bis zum Jahr 2060 von derzeit rund 69 Prozent auf mehr als 220 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), so die Berechnung, die im Bundesfinanzministerium für den regelmäßig vorgelegten Tragfähigkeitsbericht angestellt wurden. 2060 fehlen nach Berechnungen der Experten im pessimistischen Szenario 119 Milliarden Euro in den Staatskassen, das entspräche einer Lücke von 3,8 Prozent der Wirtschaftsleistung. Im günstigsten Fall seien es 37 Milliarden Euro oder 1,2 Prozent.

Als ein Grund wird angeführt, dass sich bis 2040 die Zahl der Rentner um 40 Prozent erhöht, während die Zahl der steuerzahlenden Erwerbstätigen um 25 Prozent schrumpft. Ohne frühzeitiges Gegensteuern wachse die Gefahr, dass die demografische Alterung zu „einer nicht tragfähigen Schuldenentwicklung führt und damit den Handlungsspielraum des Staates einschränkt“, heißt es in dem Papier des Bundesfinanzministeriums.

Für den Tragfähigkeitsbericht werden von Experten des Finanzministeriums in regelmäßigen Abständen verschiedene Szenarien durchgerechnet. An der Aussagekraft der Berechnungen ist erhebliche Skepsis angebracht. So wird davon ausgegangen, dass die Haushaltspolitik in den kommenden 45 Jahren genau die gleiche sein wird wie heute. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist, dass unvorhergesehene Entwicklungen oder einschneidende Ereignisse, wie etwa der Fall der Berliner Mauer, den Berechnungen schnell die Grundlage entziehen können.

> Will der Minister mit dem Tragfähigkeitsbericht die Begehrlichkeiten seiner Kabinettskollegen wegen der Massenzuwanderung zügeln?

Aktuell ist es die anhaltende Massenzuwanderung nach Deutschland, die vor Augen führt, wie unzuverlässig Vorausschauen für den Zeitraum von Jahrzehnten sind. Während sich Bund und Länder bei ihrer Haushaltspolitik zu einer Schuldenbremse verpflichtet haben, zeichnen sich durch die Zuwanderungspolitik inzwischen zusätzliche Kosten im zweistelligen Milliardenbereich ab.

Dies dürfte auch der eigentliche Hintergrund von Schäubles Warnschuss sein. Der Bundesfinanzminister sieht sich derzeit von Seiten anderer Minister mit immer neuen kostspieligen Wünschen konfrontiert. So verlangte Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) unlängst zur Integration von Immigranten knapp eine halbe Milliarde Euro für ihr Ressort. Bauministerin Barbara Hendricks (SPD) will aufgrund der Immigrationszahlen jährlich sogar 1,3 Milliarden Euro zusätzlich für Wohnungsbau und Stadtentwicklung haben.

Zahlen in ganz anderen Dimensionen sind inzwischen aus den Bundesländern zu hören. Von Nordrhein-Westfalens Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) wird eine Summe von 20 bis 25 Milliarden Euro genannt, die wegen der Asylkrise in den Ländern gebraucht würden.

Durchaus plausibel erscheint vor diesem Hintergrund eine Vermutung, die ein Kommentator der „Süddeutsche Zeitung“ geäußert hat: Wolfgang Schäuble werde auf den Tragfähigkeitsbericht verweisen, wenn er den Ausgabewünschen seiner Kabinettskollegen etwas entgegensetzen wolle. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

US-Kampfjets nach Finnland

Washington – Im Mai wird die US-Luftwaffe sechs Kampfjets vom Typ F 15 nach Finnland verlegen, wie der US-Fernsehsender CNN berichtet. Sie werden auf dem Stützpunkt Kuopio stationiert sein, nur 160 Kilometer von der russischen Grenze entfernt. Major Sheryll Klinkel, Sprecherin der US Luftwaffe in Europa, erläuterte, dass auf Initiative Washingtons gemeinsame Übungen mit der Luftwaffe Finnlands durchgeführt werden. Finnland gehört der Nato nicht an. Die Länge der finnisch-russischen Grenze beträgt 1300 Kilometer. Im zeitlichen Zusammenhang damit hatte das Pentagon von den europäischen Nato-Partnern verlangt, sie sollten ihre Finanzierung des Kampfes gegen die „russische Aggression“ vervierfachen. *FS*

Mandelas Enkel wird Moslem

Pretoria – Mandla Mandela, Enkel des 2013 verstorbenen Nelson Mandela, konvertierte wegen der Ehe mit einer Muslimin, es ist seine vierte Ehe, zum Islam. Diese Entscheidung stößt vielerorts auf Unverständnis. Der „Kongress traditioneller Führer“ (Contralesa) reagierte nach Medienberichten „schockiert“. Die Stammesführer werfen dem Nachkommen des früheren Staatspräsidenten einen Traditionsbruch vor. Nach afrikanischen Traditionen muss sich die Frau zur Religion des Mannes bekennen und nicht umgekehrt. Südafrikas Könige und „Chiefs“ besitzen auch heute noch großen gesellschaftlichen Einfluss. Mandla Mandelas Ehefrau Rabia Clarke gehört zur kleinen, aber einflussreichen Minderheit der muslimischen Kap Malaien, die einst unter britischer Herrschaft wie die Inder nach Südafrika zwangsumgesiedelt worden waren. *B.B.*

»Berberfrühling« in Nordafrika

Algier – Nach Marokko hat nun auch Algerien das Berberische zur offiziellen Staatssprache erklärt. Damit erhalten die Ureinwohner Nordafrikas erstmals kulturelle Rechte. Fast 1400 Jahre, davon mehr als ein halbes Jahrhundert als Bürger unabhängiger Staaten, haben die Berberr Nordafrikas darauf warten müssen. Mit der jetzt verabschiedeten Verfassungsreform in Algerien erreichte das Berberische endlich die offizielle Gleichberechtigung vom Parlament. Das Arabische bleibt allerdings die Staatssprache. In Algerien sprechen etwa noch ein Viertel der Bevölkerung berberische Sprachen. Während der langen Kolonialphase hatte die französische Verwaltung mit dazu beigetragen, das einst von einer Mehrheit gesprochene Berberische zurückzudrängen, während des Unabhängigkeitskampfes gegen Frankreich hatte sich Algerien eine islamisch-arabische Identität geschaffen, die keinen Platz für eine andere Religion oder Kultur ließ. Berberisch wurde mit Neokolonialismus und fremden Einfluss gleichgesetzt und deshalb bei der Unabhängigkeit 1962 wie das Französische verdrängt. Erst mit Beginn des „Arabischen Frühlings“ 2011 setzte sich die Erkenntnis durch, dass nicht von den Berbersprachen die größte Gefahr für die Republik ausging, sondern von einer falsch verstandenen islamisch-arabischen Identität. *B.B.*

»Einstieg in die Enteignung«

Interview mit Peter Boehringer über die aktuellen Pläne zur Bargeldbeschränkung

Peter Boehringer gründete 2003 die PBVV Vermögensberatung in München und ist Gründungsvorstand der Deutschen Edelmetall-Gesellschaft. Er ist Initiator der Bürgerinitiative „Holt unser Gold heim“ und Autor des gleichnamigen Buches. Der Diplom-Kaufmann und Diplom-Informatiker ist Verfasser zahlreicher Fachaufsätze zu Edelmetallen und Rohstoffen sowie zu Makrothemen. Außerdem ist er Träger der „Roland-Baader-Auszeichnung“ und Mitglied der Friedrich-A.-von-Hayek-Gesellschaft. Im *PAZ*-Interview erzählt er, welche Ziele die Obrigkeit mit den aktuellen Plänen zur Bargeldbeschränkung verfolgt und wo das hinführen soll. Die Fragen stellte Norman Hanert.

PAZ: *Erleben wir gerade eine gezielte Kampagne, mit der die Deutschen auf eine Zukunft ohne Bargeldbesitz vorbereitet werden sollen?*

Peter Boehringer: Ja, das ist eindeutig so – auch wenn die Kampagne in den „Höhen“ (besser „Tiefen“) der „wissenschaftlichen“ Wirtschaftsliteratur und teilweise auch in den Boulevard-Medien schon länger vorbereitet wurde. Sowohl die Politik als auch die mit ihr kollaborierenden Großbanken haben symbiotische Interessen. Das Wichtigste dabei ist das gemeinsame Interesse an einer inzwischen nur noch mit „besonderen“ Mitteln möglichen weiteren Verlängerung des globalen Aufschuldungswahnsinns über Kreditfalschgeld. Konkret muss in der nun erreichten, weltgeschichtlich präzedenzlosen Runde dieses Ponzi-Spiels nunmehr der in einem natürlichen, Staats- und Zentralbanken-freien Geldmarkt völlig undenkbare Schritt hin zu negativen Zins„erträgen“ erzwungen werden. Darum ist es natürlich kein Zufall, dass die staatstragenden Parteien CDU und SPD des völlig überschuldeten Staates BRD zuzüglich aller anderen parlamentarischen Blockparteien sowie auch der Vorstandsvorsitzender] ausgerechnet der akut notleidenden Deutschen Bank als Vertreter der Systembanken [Kurse auf DB-Kreditausfallabsicherungen explodieren derzeit im Kurs, Aktienkurs hat sich in den letzten Wochen halbiert) nun vehement und fast panisch die schnelle Einführung der bargeldlosen Gesellschaft fordern. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bargeldbeschränkung und zur Abschaffung etwa der 500- und 200-Euro-Scheine zielen eindeutig schon heute in Richtung Totalverbot.

> »Ein Bargeldverbot ermöglicht es der Politik und den Zentralbanken, einen Negativzins als Strafsteuer für Sparer durchzusetzen«



Wehrt sich gegen ein Bargeldverbot: Der Finanzexperte Peter Böhringer Bild: privat

PAZ: *Wie funktioniert diese Verlängerung der globalen Aufschuldung konkret?*

Boehringer: Der ökonomische Hintergrund dabei ist leicht erklärt. Ein Bargeldverbot ermöglicht es der Politik und den Zentralbanken, einen auf natürlichem Marktwege niemals entstehenden Negativzins als Strafsteuer für Sparer unmittelbar durchzusetzen beziehungsweise per Zwangsabbuchung von Konten direkt umzusetzen. Dies ist ein Angriff auf die Eigentumsrechte der Bürger. Bargeld schützt dieses oberste Freiheitsrecht „Eigentum“ – und ist derzeit noch eine sichere Möglichkeit, um künftigen Negativzinsen zu entgehen, die inzwischen auch auf Konten von Kleinkunden Einzug halten – bei Unternehmen sind sie bereits heute Realität. Würden jedoch die betroffenen Sparer ihre Guthaben rationalerweise in bar abheben, würden die heutigen Banken mangels ausreichender Reserven kollabieren. Klar ist darum schon heute: Die zur Vermeidung von Bürgerprotesten zunächst noch relativ hoch angesetzte Einstiegsschwelle von 5000 Euro soll schrittweise „zwecks EU-Harmonisierung“ gesenkt werden – zuletzt bis nahe Null. Freiheit verliert man in kleinen Scheibchen.

PAZ: *Wie sehen die Folgen einer bargeldlosen Gesellschaft aus?*

Boehringer: Entgegen den vorgeschobenen „Begründungen“ der „Terrorbekämpfung“ leiden unter dem Verlust der Freiheit durch Bargeld nicht zuletzt die „kleinen Leute“, wie es etwa Professor Sinn neulich zurecht klarstellte: „Kapitalgedeckte Riester-Renten, Lebensversicherungen und Sparbücher werden bei negativen Zinsen zu Wohlstandsfallen, weil sich dort das Sparkapital Jahr um Jahr verringert, anstatt durch Zins und Zinseszins zu wachsen. Bedenkt man, dass man früher durch jahrzehntelanges Sparen damit rechnen konnte, dass das Dreifache der Ersparnis für die Rente zur Verfügung stand, so kommt bei negativen Zinsen nicht einmal die Ersparnis selbst zurück.“ Aber auch die deutsche Wirtschaft leidet entgegen der Bankenpropaganda in einem erzwungenen Negativzins-Umfeld: Deutsche Unternehmen exportieren über ihre Leistungsbilanzüberschüsse mehr Kapital als jedes andere Land. Deutschland ist der zweitgrößte Exporteur und damit Nettogläubiger der Welt. Ein Nettogläubiger profitiert nicht, wenn die Zinsen negativ werden, sondern er erleidet Verluste!

Die Kriminellen dagegen werden für ihre Finanzierungsaktivitäten weiterhin problemlos andere Mittel und Wege finden. Unter dem Stichwort „Terror“ lässt sich der Bevölkerung jedoch ihr Weg in die Knechtschaft der Vollüberwachung ihrer erzwungenermaßen komplett elektronischen Zahlungen besser verkaufen.

PAZ: *Ist der Plan der Bundesregierung zur Einführung einer 5000-Euro-Obergrenze bereits der entscheidende Dammbruch?*

Boehringer: Nun, es ist jedenfalls eindeutig der Versuch dazu, denn egal ob die Bundesregierung nun 2016 mit einer Obergrenze von 2000, 5000 oder 10 000 Euro startet: Es ist schon heute klar, dass man über das Zauberwort der „EU-Harmonisierung“ diese Grenze am Ende nahe Null bringen kann und will. Verbündete gibt es genug: Griechenland, Italien, Spanien, Frankreich haben bereits unterschiedlich ausgestaltete, harte Bargeldrestriktionen. Und da diese Staaten und ihre Banken sogar noch hoffnungsloser überschuldet sind als Deutschland, sind sie mindestens ebenso motiviert zu diesem repressiven Schritt des Bargeldverbots oberhalb eines sehr niedrigen Niveaus. Denn auch sie müssen sich geradezu in die weltgeschichtlich niemals getestete „Neue Welt“ der Negativzinsen flüchten, um trotz ihrer ihrer erreichten absurden Schuldenlast weiterhin ohne deflatorische oder hyperinflationäre „Währungsreform“ überleben zu können. Und die Bargeldeinschränkung ist der denklogisch leider zwingende Einstieg in die oben schon erläuterte automatisierte Enteignung und Totalüberwachung.

Mit Steuergeld in den Dschihad

Islamisten werden immer einfallsreicher, wenn es darum geht, in Europa Gelder zu erschleichen.

Bayerische Ermittler haben einen Ring islamistischer Umsatzsteuerbetrüger hochgehen lassen. In einem komplex angelegten Geflecht aus Scheinfirmen hatte eine Tätergruppe türkischstämmiger Bundesbürger ein internationales Mehrwertsteuerbetrugs-Karussell errichtet, mit dem ein dreistelliger Millionenbetrag umgesetzt wurde. Von den Finanzkassen forderten die Täter einen zweistelligen Millionenbetrag an Umsatzsteuer zurück – für Umsätze, die nie getätigt worden waren. In abgehörten Telefonaten sprachen die Täter selbst von einem „Economic Jihad“, also einem wirtschaftlichen Gotteskrieg gegen den Staat. Damit, so das Kalkül der Dschihadisten, schwächen sie einerseits Staat und Wirtschaft der „Ungläubigen“, andererseits finanzieren sie mit den erbeuteten Geldern ihren Terror. Im Internet rufen islamistische Terroristen bereits seit Jahren weltweit zum „Economic Jihad“ auf.

Ihre Vorgehensweise haben die Dschihadisten von den Tätern der organisierten Kriminalität kopiert, mit denen sie oft genug in Gefängnissen zusammensaßen. Allein mit nur einer fingierten Rechnung einer Scheinfirma aus Unterföhring bei München, die angeblich mit Strom handelte, forderten die Dschihadisten laut einem Bericht der „Tagesschau“ 190 000 Euro vom Finanzamt zurück. Die Behörden in Bayern haben jetzt spezielle Einheiten von Ermittlern gebildet, die bei auffälligen Geschäften prüfen, ob es sich um Terrorismus handelt. Ziel sei es, den „Sumpf trocken zu legen, der sich durch Terror ergibt“.

> Scheinfirmen erzielen mit Umsatzsteuerbetrug Einnahmen in zweistelliger Millionenhöhe

Bereits seit Längerem war bekannt, dass Islamisten eigene muslimische Metzgereien sowie Lebensmittel- und Telefonierläden betreiben, um den „Islamischen Staat“ und Al-Kaida zu unterstützen. Diese Netzwerke funktionieren nach dem altarabischen Hawala-System. Interpol definiert dieses als Geldtransfer ohne Geldbewegung: Geld wird dabei ohne Einschaltung von Geldinstituten über ein informelles und so gut wie nicht nachzuverfolgendes System transferiert. In Spanien soll das geheime Hawala-Netzwerk nach einer Meldung der Zeitung „El Pais“ aus 300 sogenannten Hawaladars bestehen, die meisten von ihnen in der Hand von Pakistanern. Ohne irgendeine Aufsicht verwalten sie das Geld von 150 000 Muslimen, von denen viele mutmaßlich Sozialleistungen vom spanischen Staat beziehen. Dieses Netzwerk soll auch die Gehälter spanischer Dschihadisten in Syrien ausgezahlt haben.

Weitaus mehr Gelder dürften jedoch aus den Sozialsystemen europäischer Länder durch Leistungserschleichung dem internationalen Dschihad zufließen. Die Islamisten beuten Europas Sozialsysteme aus, um ihre Aktivitäten im In- und Ausland zu finanzieren – der Schaden für Europas Steuerzahler geht in die Millionen. Anjem Choudary, ein in Großbritannien geborener radikaler islamischer Prediger, der vom britischen Sozialstaat lebt, hat seine Anhänger wiederholt dazu aufgefordert, ihren Beruf aufzugeben und Arbeitslosenunterstützung zu beantragen, damit sie mehr Zeit für den „Heiligen Krieg“ gegen Nichtmuslime haben. Choudary glaubt, Muslime hätten ein Recht auf Sozialleistungen, da diese eine Form der Jizya darstellten, einer Steuer, die Nichtmuslimen nach der Scharia in von Muslimen regierten Ländern auferlegt wird, als Erinnerung daran, dass Nichtmuslime den Muslimen unterstellt und ihnen zum Dienst verpflichtet seien. Zwei seiner bekanntesten Nachahmer waren die beiden Hassprediger Abu Hamza und Abu Qatada. Beide hatten vor ihrer Verhaftung jahrzehntelang von britischen Sozialleistungen gelebt, die in die hunderttausende Pfund gingen. Die von ihnen gegen ihre Auslieferung nach Jordanien und die Auslieferungshaft eingelegten Rechtsmittel sollen Millionenbeträge verschlungen haben und wurden vom Steuerzahler bezahlt.

> Von den Sozialämtern erschlichene Transferleistungen fließen direkt in den »Heiligen Krieg«

In Frankreich und Belgien bezogen die meisten Dschihadisten von Paris bis zu den Anschlägen vom November 2015 Sozialleistungen, oft sogar in Mehrfach-identitäten. Erst nach den „Charlie Hebdo“-Massakern hatte man begonnen, die Sozialleistungen von 290 Personen, die als Dschihadisten identifiziert worden waren und in Syrien oder dem Irak kämpften, zu streichen.

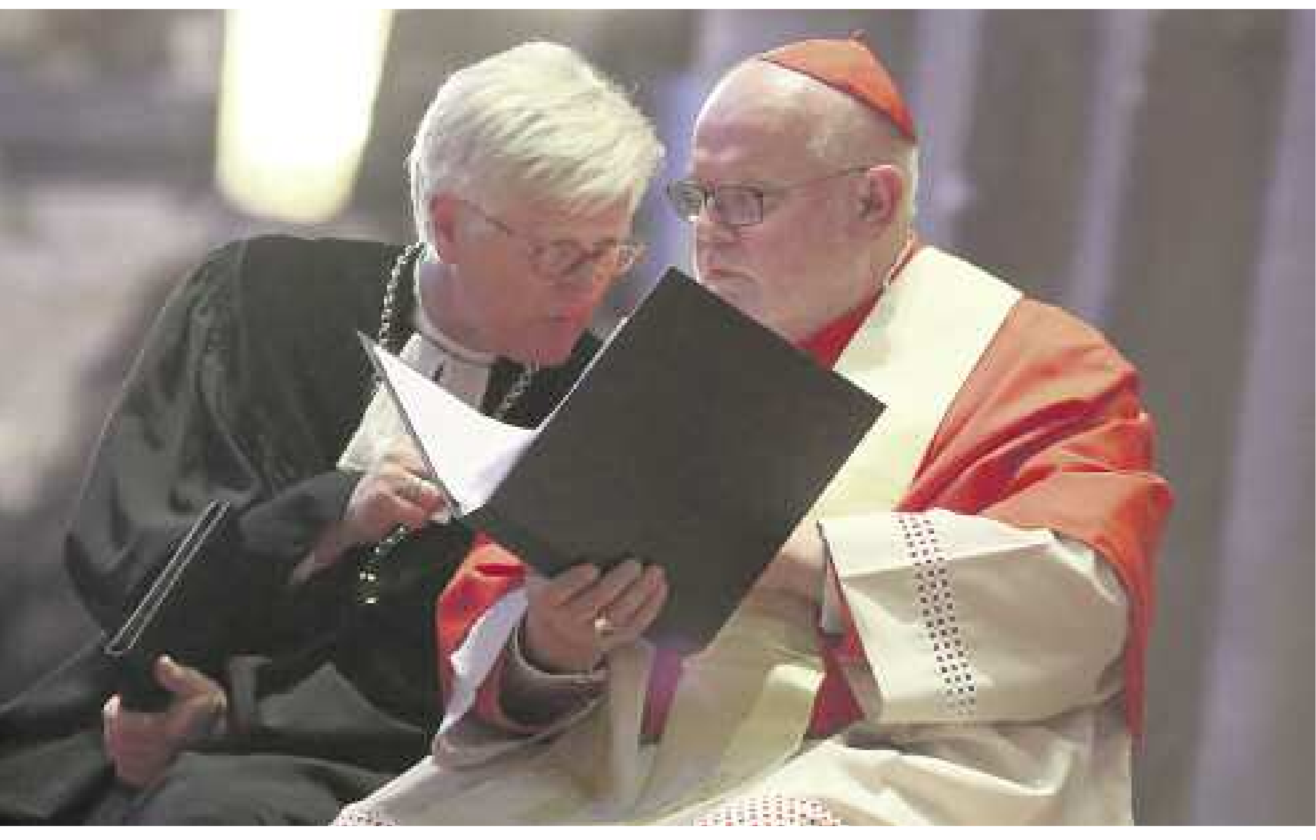
In Deutschland kommt eine Studie über die schätzungsweise 500 deutschen Dschihadisten, die in Syrien kämpfen, zu dem Ergebnis, dass über 20 Prozent von ihnen noch Sozialleistungen erhalten. Auch die 200 Dschihadisten, die nach Deutschland zurückgekehrt sind, sind wieder anspruchsberechtigt.

Bodo Bost

Amoklauf der Barmherzigkeit

Weltfremd und abgehoben irrlichtern evangelische und katholische Kirche durch die Asylkrise

Mit ihren Nöten und Ängsten werden Deutschlands Kirchgänger in der Asylkrise nahezu vollkommen alleingelassen. Evangelische und katholische Würdenträger übertrumpfen sich darin, es den einströmenden Asylbewerbern Recht zu machen. Es gelte, „Jesus in den Flüchtlingen zu entdecken." Dem Islam stehen sie völlig kritiklos gegenüber.



„Ohne spirituellen Kern": Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der evangelischen Kirche, und Reinhard Kardinal Marx, Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenz Bild: pa

„Nein, Gott hat sich nicht von diesem Land abgewandt, sein Bodenpersonal aber schon", glaubt Pastor Jakob Tscharntke (siehe *PAZ*, Nummer 52, Seite 8). Der Geistliche von der Evangelischen Freikirche im baden-württembergischen Riedlingen zählt zu den wenigen, die in ihren Predigten die Asylkatastrophe wortgewaltig und kompromisslos anprangern. Das hat ihm eine Anzeige wegen angeblicher Volksverhetzung eingebracht. Das Verfahren wurde gerade eingestellt. Aus dem christlichen Lager seien die größten Anfeindungen gegen ihn gekommen, berichtet er.

Es scheint, als habe Gottes Bodenpersonal tatsächlich jede Erdung verloren. Schlimmer noch: Das bestürzende Gefühl stellt sich ein, Menschen am Werk zu sehen, die nicht mehr wissen, wer sie sind und an was sie glauben. Deutschland hat keinen spanischen Kardinal Antonio Cañizares Llovera. Der Erzbischof von Valencia, 2013 nach dem Rücktritt Benedikts XVI. kurzzeitiger Favorit bei der Papstwahl, nennt den Strom der Asylbewerber eine Invasion. Die europäischen Staaten würden allein mit „Gesten und Propaganda" darauf reagieren.

Deutschland hat dagegen Heinrich Bedford-Strohm. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland schwärmt vom Ruf des Muezzins. Es wäre „berührend und bereichernd, sich von dessen Stimme in den islamischen Gottesdienst hineinnehmen zu lassen", sagte er der „Nürnberger Zeitung". Moscheebauten liegen Bedford-Strohm besonders am Herzen. Er ist seit letztem Jahr Mitglied im Stiftungsrat für eine geplante Großmoschee am Münchner Leonrodplatz. Christen, die sich sorgen, wenn Millionen Moslems nach Deutschland strömen, wirft er Kleingläubigkeit vor – und im Grunde hat er tatsächlich recht: Riesig muss der Glaube sein und winzig der Realitätssinn, um die tatsächlichen Zustände in Deutschland übersehen zu können: Die Ereignisse der Silvesternacht in Köln, die zunehmende Zahl an Kirchen, die von moslemischen Tätern geschändet und ausgeraubt werden, die Verfolgung christlicher Flüchtlinge in den Asylbewerberheimen – ein großes Maß an Verblendung braucht es, um all dies auszublenden.

Selbst Wolfgang Schäuble kritisierte gerade in einem Gastbeitrag für die Fachzeitschrift „Pastoraltheologie" ungewohnt scharf das Verhalten der evangelischen Kirchenoberen. Ihre einseitige Politisierung wirke schal, wenn der spirituelle Kern dabei verlorengehe und sie führe dazu, dass „Christen mit abweichenden politischen Ansichten ausgeschlossen" würden.

Man müsste in seinem Aufsatz nur wenige Worte austauschen, damit die gleiche Kritik auch in einem katholischen Magazin richtig adressiert wäre. Glaubensbrüder mit AfD-Mitgliedsbuch jedenfalls würde man in den 27 deutschen Diözesen wohl am liebsten umgehend exkommunizieren. Zum 100. Katholikentag, der Ende Mai in Leipzig stattfindet, wurde die asylmissbrauchskritische Partei, hinter der mittlerweile Hunderttausende potenzieller Wähler stehen, ausdrücklich nicht eingeladen. Sie habe sich „aus dem demokratischen Konsens verabschiedet", schwadronierten die Macher der Veranstaltung und offenbarten damit nur selbst ihr fragwürdiges Verständnis von Demokratie. Ihr Verständnis vom Umgang mit der Asylkrise machten die Bischöfe der katholischen Kirche gerade deutlich, als sie am vergangenen Donnerstag bei ihrer Frühjahrs-Vollversammlung im Kloster Schöntal die „Leitsätze des kirchlichen Engagements für Flüchtlinge" formulierten.

> Nächstenliebe darf nicht einfach verordnet werden

Entstanden ist ein eigentümliches Dokument der Fremdheit. Die Sprache ist deutsch, der Inhalt ist es nicht. „Die Hoffnungen und Ängste der Menschen auf der Flucht sind auch die Hoffnungen und Ängste der Kirche", heißt es dort. An anderer Stelle wird aufgeführt, dass Jesus Christus immer in Erwartung sei, in den Migranten, Flüchtlingen und Vertriebenen erkannt zu werden. Selbst verbale Kritik daran wird abgelehnt: Dem Anliegen der Schutzsuchenden würde ein rauer Tonfall in keiner Weise gerecht.

Die Leitsätze lesen sich wie das Bekennerschreiben zu einem Amoklauf der Barmherzigkeit, einem christlichen Selbstmordattentat mit dem Ziel, ein ganzes Gemeinwesen zu pulverisieren. Nicht einmal bibeltreu ist die Aufforderung zur grenzenlosen Mildtätigkeit. „Das christliche Gebot der Nächstenliebe ist individuell", erklärt Pastor Tscharntke. Jeder einzelne Mensch muss für sich selbst entscheiden, wie weit er ihm folgen möchte. Es kann nicht einfach verordnet werden und schon gar nicht, wenn darüber ein ganzes Land ruiniert wird.

Wie meist in der Geschichte, trifft der Staatsnotstand allerdings nicht alle gleichermaßen. Zu den großen Gewinnern der Asylkrise zählen die Wohlfahrtsverbände der Kirchen. Die evangelische Diakonie und der römisch-katholische Caritasverband betreiben hunderte von Flüchtlingsheimen. „Sie organisieren für Asylbewerber Beratungen, Sprachkurse, Kleiderhilfen und so absurde Veranstaltungen wie Kunsttherapien und Kurse im Kanufahren", beschreibt Udo Ulfkotte ihr Wirken in seinen Buch „Die Asylindustrie". Diakonie und Caritas inszenieren sich meist dabei als selbstlos und nicht gewinnorientiert. Im Hintergrund aber kassieren sie kräftig ab. Mehr als 140 Milliarden Euro setzt die deutsche Asylindustrie jährlich um, schätzt Ulfkotte.

Dennoch dürften die Kirchen auch zu den großen Verlierern der Asylkrise zählen. Während die Euros auf ihre Konten fließen, strömen die Menschen fort. Niemals zuvor war die Zahl der Kirchenaustritte so hoch wie derzeit.

Frank Horns

MELDUNGEN

Lehrer-Schlappe für Berlin

Berlin – Unverständnis ausgelöst hat in Österreich und den Niederlanden die Absicht der Berliner Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD), Lehrer aus den Nachbarländern abzuwerben. Derzeit fehlen der Hauptstadt allein 1000 Grundschullehrer. Der Versuch, Lehrkräfte in den anderen Bundesländern zu rekrutieren, war zuvor fehlgeschlagen. Deshalb will Scheeres ab dem Frühjahr mit großen Anzeigen für einen Ortswechsel in die Bundesrepublik werben. Gewerkschafter in beiden Staaten bezeichnen die Abwerbeaktion als peinlich und verweisen darauf, dass es auch dort Lehrermangel gebe, der ebenfalls durch die Massenzuwanderung noch verschärft werde. Die deutsche Hauptstadt müsse ihre Lehrer schon selbst ausbilden. *U.M.*

Bürgermeister auf Abwegen

Hamburg – Selbst aus seinem Urlaubsort in Südtirol wollte Thomas Köppl, CDU-Stadtoberhaupt einer Hamburger Umlandgemeinde, im Wahlkampf um das Bürgermeisteramt mitmischen. Auf der Facebook-Seite „Quickborn – meine Stadt" beschimpfte er die Konkurrenz von der AfD als „nicht mehr auf dem Fundament unseres Grundgesetzes stehend". Um seine Aussage zu belegen, veröffentlichte er ein Bildschirmfoto von Artikel 3 des Grundgesetzes (Gleichheitsgrundsatz). Doch das hochgeladene Bild offenbarte auch, dass sich Köppl im Internet Porno-Seiten mit sadistischen Sexualpraktiken, bei denen Frauen als „German Sluts" (deutsche Schlampen) erniedrigt werden, angesehen hatte. Angeblich hat er im Skilift von diesen Seiten erfahren und sie sich „einmal anschauen" wollen, erklärte er gegenüber dem „Hamburger Abendblatt". Dass dies öffentlich gemacht wurde, komme „eindeutig aus der rechten Ecke". Hier gehe es „letztendlich um Rufschädigung". *J.H.*

Mord am fünften Zeugen?

Mysteriöses Sterben im Umfeld des NSU-Prozesses geht weiter

Nachdem es bereits mehrere Todesfälle unter Zeugen des sogenannten NSU-Komplexes gegeben hat, sorgt nun ein weiterer Todesfall für Aufsehen. Wie mit einer Woche Verspätung bekannt wurde, ist am Abend des 8. Februar die Leiche von Sascha W. aufgefunden worden. Nach Angaben der Karlsruher Staatsanwaltschaft gegenüber den „Stuttgarter Nachrichten" „deutet alles auf einen Suizid hin". Sascha W. habe eine elektronische Abschiedsnachricht versandt, auch soll es keine Anhaltspunkte für ein Fremdverschulden geben.

Dass trotz dieses Befundes der Todesfall überhaupt auf Beachtung gestoßen ist und inzwischen Thesen über ein „Zeugensterben" diskutiert werden, liegt nicht zuletzt daran, dass mittlerweile fünf Zeugen tot sind, die im Zusammenhang mit dem Heilbronner Polizistenmord vom April 2007 stehen. So ist bereits im März 2015 Melisa M., die Verlobte von Sascha W., verstorben. Nach offiziellen Angaben war die Altenpflegeschülerin mit dem Motorrad gestürzt und hatte eine Thrombose erlitten. Trotz ärztlicher Behandlung soll das Blutgerinnsel ein Gefäß in der Lunge verstopft haben, sodass die 20-Jährige an einer Lungenembolie verstorben sein soll.

Florian Heilig, der Ex-Freund von Melisa M., wiederum war im September 2013 tot in einem verbrannten Auto aufgefunden worden. Wie bei Sascha W. wird auch bei ihm offiziell Suizid als Todesursache angegeben. Bezweifelt wird eine Selbsttötung unter anderem von der Familie Florian Heiligs. „Ich arbeite in einer psychiatrischen Fachklinik, ich weiß, wie sich suizidale Menschen verhalten, der Florian suizidal – nie", so der Vater. Genährt wird das Misstrauen durch die Arbeit der Ermittler. Ohne Zustimmung der Familie war die Leiche von Florian Heilig eingeäschert worden. Auch wollten die Ermittler das sichergestellte Auto samt Inhalt zügig verschrotten lassen. Der einstige Rechtsextremist galt als möglicher Zeuge im Fall des Heilbronner Mordes, der offiziell dem Nationalsozialistischen Untergrund zugeschrieben wird. So soll Heilig geäußert haben, er wisse, wer die Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter ermordet hat. Es wird vermutet, dass der sich bedroht fühlende Florian Heilig sein Wissen an seine damalige Freundin Melisa M. weitergeben hat.

> Angeblich deutet bei Sascha W. »alles auf einen Suizid hin«

Im Zusammenhang mit dem Heilbronner Polizistenmord gab es noch zwei weitere Todesfälle. Bereits im Januar 2009 war die Leiche von Arthur Ch. neben seinem Auto auf einem Waldparkplatz nördlich von Heilbronn gefunden worden. Der Name des Verstorbenen taucht in den Ermittlungsakten zum Polizistenmord auf. Auch weist eines der gefertigten Phantombilder Ähnlichkeit mit Arthur Ch. auf.

Thomas Richter ist am 7. April 2014 tot aufgefunden worden. Offiziellen Angaben zufolge ist Richter an einer nicht erkannten Diabetes gestorben. Als V-Mann „Corelli" war Thomas Richter über 18 Jahre lang eine der ergiebigsten Quellen des Bundesamtes für Verfassungsschutz. So mischte „Corelli" unter anderem in der rechtsextremen „Blood & Honour"-Bewegung und beim deutschen Ableger des Ku-Klux-Klan in Baden-Württemberg mit. „Corelli" kann als V-Mann des Verfassungsschutzes als das entscheidende Bindeglied zwischen dem NSU-Trio und der Neonaziszene in den südwestdeutschen Raum gelten.

Norman Hanert

Zeitzeugen



Vijay Kumar Singh – Im Januar 2011 bestritt der indische Generalstabschef, dass es eine Cold-Start-Doktrin gebe. Allerdings zeugen sämtliche seitdem durchgeführte Militärmanöver von deren Existenz. Hinzu kommt die permanente Erhöhung der indischen Militärausgaben zwecks Ausbau der Angriffskapazitäten: Diese stiegen in den letzten zehn Jahren um fast 50 Prozent auf nunmehr 50 Milliarden US-Dollar.

Khalid Ahmed Kidwai – Zwar hat Pakistan bislang noch keine offizielle nukleare Doktrin verabschiedet, doch ist es nach Aussage des langjährigen Chefs des Kernwaffenprogramms Islamabads willens und in der Lage, einen atomaren Erstschlag gegen Indien auszuführen. Und der würde auch nicht nur im Falle direkter militärischer Angriffe erfolgen, sondern ebenso, wenn Neu-Delhi zum Druckmittel der Wirtschaftsblockade greife.



Pervez Musharraf – Unmittelbar bevor sich der Vier-Sterne-General (Generaloberst) der pakistanischen Armee in das Amt des Präsidenten putschte, schuf er 1999 noch die neue Waffengattung der Taktischen Nuklearstreitkräfte, deren Einsatzbefehle direkt vom jeweiligen Staatsoberhaupt in Islamabad kommen.

Jaganath Sankaran – Nach den Berechnungen des indischen Politikwissenschaftlers und Militärexperten, der derzeit am Center for International and Security Studies in Maryland (USA) forscht, müsste Pakistan neben seinen Mini-Atomsprengköpfen auch noch deutlich wirkungsstärkere nukleare Waffen einsetzen, um angreifende indische Großverbände zu stoppen. Dies würde dann allerdings zum Tode von mehreren hunderttausend pakistanischen Zivilisten führen.



Indira Priyadarshini Gandhi – Nachdem Premierminister Lal Bahadur Shastri die Entwicklung eigener Kernwaffen noch Mitte der 60er Jahre als „unmoralisch“ abgelehnt hatte, sorgte die Tochter des indischen Staatsgründers Jawaharlal Nehru nach ihrem Machtantritt für einen rapiden Kurswechsel, an dessen Ende dann der Atomtest vom 18. Mai 1974 stand. Dieser wiederum führte dazu, dass nun auch der pakistanische Regierungschef Zulfikar Ali Bhutto die Bombe wollte.

Gefährliche Verteidigung

Pakistan und Indien planen eine unverhältnismäßige Antwort auf Angriffe

Indien und Pakistan sind seit ihrer Gründung im August 1947 miteinander verfeindet. Und beide Staaten verfügen über zahlreiche taktische und strategische Kernwaffen. Diese Kombination birgt die Gefahr eines nuklearen Konflikts, könnte aber auch islamischen Terroristen in die Hände spielen.

Während die Weltöffentlichkeit in den letzten Jahren gebannt auf die wachsenden Rüstungsanstrengungen von Ländern wie China oder Russland schaute, hat sich Indien in aller Stille ein beeindruckendes Arsenal verschiedenster Waffen zugelegt. So verfügt Neu-Delhi nun unter anderem über 10500 Kampf-, Schützen- und Transportpanzer, 2600 Flugzeuge und Hubschrauber, 2400 Geschütze beziehungsweise Raketenwerfer sowie knapp 200 Kriegsschiffe – darunter modernstes Gerät aus eigener Produktion.

Diese Streitmacht soll im Rahmen der sogenannten Cold-Start-Doktrin eingesetzt werden, die eine Reaktion auf wiederholte Terroraktionen pakistanischer Extremisten darstellt. Gemäß dieser Kaltstart-Leitlinie sollen nicht nur Angriffe der regulären pakistanischen Armee, sondern auch größere Attacken muslimischer Rebellen, hinter denen der Geheimdienst Islamabads stehen soll, innerhalb von 48 Stunden mit „blitzkriegsartigen“ Gegenschlägen durch mehrere gleichzeitig vorrückende eigene Kontingente beantwortet werden.

Lachende Dritte könnten die Dschihadisten sein

Hierdurch fühlte sich nun wiederum Pakistan bedroht, weswegen dessen Militärführung konterte: Sollten es die Inder tatsächlich wagen, in das muslimische Nachbarland einzumarschieren, dann würde man deren Kampfverbände vermittels taktischer Kernwaffen vernichten. Das ist eine brandgefährliche, ja selbstmörderische Strategie, die gleich zwei tödliche Risiken beinhaltet. Zum einen dürfte dieser anvisierte Einsatz von Mini-Sprengköpfen, deren Detonationskraft bei höchstens einem Zehntel der Stärke der Hiroshima-Bombe liegt, zur atomaren Verseuchung weiter Teile Pakistans führen. Zum anderen wären da die Sicherheitsprobleme, die bereits jetzt, in Friedenszeiten, für allgemeine Beunruhigung sorgen. Viele kleine, dezentral gelagerte Nuklearwaffen sind nämlich schlechter zu bewachen als einige wenige große Sprengköpfe – zumal es auch kein elektronisches Code-Sicherungssystem zur Verhinderung des unautorisierten Scharfmachens zu geben scheint wie in den USA oder Russland. Das könnte islamische Terroristen dazu ermutigen, einzelne Atomdepots zu stürmen. Möglicherweise wäre dieses aber noch nicht einmal notwendig, denn viele Militärs im Lande sympathisieren mit den Taliban und anderen dschihadistischen Gruppierungen und könnten denen die Atomwaffen möglicherweise überlassen.

Auf jeden Fall haben sich beide Seiten mit ihren jeweiligen Planungen in eine höchst bedrohliche Situation hineinlaviert. Und das erklärt dann wohl die wiederholten Annäherungsversuche zwischen den Dauerkontrahenten in den letzten zwei Monaten des vergangenen Jahres. Genauso verständlich ist, wieso dem ungewöhnlich harmonisch verlaufenen Treffen des indischen Premierministers Narendra Modi mit seinem pakistanischen Amtskollegen Nawaz Sharif am 25. Dezember umgehend ein neuerlicher Anschlag der pakistanischen Terrormiliz Jaish-e Mohammed folgte, der sich diesmal gegen die indische Luftwaffenbasis Pathankot richtete: Der Konflikt mit Indien muss fortbestehen, damit Pakistan die kleinen Sprengköpfe nicht ausmustert und die Islamisten weiterhin die Chance haben, über sie in den Besitz taktischer Atomwaffen zu gelangen. *Wolfgang Kaufmann*



Bild: action press

Gesprächsbedarf: Indiens Premier Narendra Modi (l.) trifft seinen pakistanischen Amtskollegen Nawaz Sharif (r.) in Lahore

Krieg der Geheimdienste ISI gegen R&AW

Zwischen 1947 und 1999 führten Indien und Pakistan insgesamt vier Kriege gegeneinander. Dreimal ging es um den Besitz der von beiden Staaten beanspruchten Himalaya-Region Kaschmir und einmal um die Unabhängigkeit des damaligen Ostpakistans und heutigen Bangladesch.

In Indien sorgen über diese Kriege hinaus die diversen Terroranschläge pakistanischer Islamisten für böses Blut, wie der Feuerüberfall von fünf Mitgliedern der Jaish-e Mohammed (Armee Mohammeds) auf das Parlament in Neu-Delhi, bei dem am 13. Dezember 2001 insgesamt 14 Menschen starben oder das Massaker in Mumbai, dem früheren Bombay, am 26. November 2008 durch Mordkommandos der Laschkar-e Taiba (Heer der Reinen), das 174 Tote und 239 Verletzte forderte.

Aufgrund der Raffinesse und militärischen Präzision, mit der besonders im letztgenannten Fall vorgegangen worden war, sowie diverser Aussagen verhafteter Laschkar-e-Taiba-Angehöriger wie Daood Sayed Gilani alias David Coleman Headley gilt eine Mitverantwortung des pakistanischen Geheimdienstes Inter-Services Intelligence (ISI) für die Schusswechsel und Geiselmorde in Mumbai als überaus wahrscheinlich. Unter anderem soll er die Terroristen ausgebildet und 300000 US-Dollar für den Ankauf eines Schiffes zur Überfahrt nach Indien zur Verfügung gestellt haben. Der ISI bestreitet jedoch alle Vorwürfe und führte diverse propagandistische Gegenangriffe auf den indischen Nachrichtendienst Research & Analysis Wing (R&AW).

Verwicklung in Attentate

Und tatsächlich ist auch dieser nicht untätig, wenn es darum geht, dem ungeliebten Nachbarn auf eigenem Boden Probleme zu bereiten. So unterstützt der R&AW derzeit die Separatistenbewegung in der pakistanischen Unruheprovinz Belutschistan. Und er initiierte Attentate wie das auf den damaligen Anführer der Terrororganisation Harkat-ul-Jihad al-Islami, Mohammed Shahid Bilal, in Karachi im August 2007. *W.K.*

Mehr Atomwaffen als China

Die Kernwaffenbestände wurden kontinuierlich ausgebaut

Indien ist bereits seit 1974 Nuklearmacht. Pakistan zog dagegen erst 1998 nach, zündete dann aber gleich sechs „Islamische Atombomben“ hintereinander.

Beide Staaten bauten ihre Kernwaffenbestände in den letzten Jahren kontinuierlich aus. Infolgedessen verfügt Indien nun über rund 110 Sprengköpfe, während das Nachbarland auf schätzungsweise 150 kommt, wobei Pakistan derart große Vorräte an hochangereichertem Uran und waffenfähigem Plutonium besitzt, dass es sein Arsenal sicher noch weiter aufstocken wird. Immerhin haben Indien und Pakistan in der Summe jetzt aber bereits mehr Atomwaffen als China.

Und natürlich existieren auch entsprechende Trägersysteme – vor allem entwickelten die zwei Mächte Raketen für jedes nur denkbare Kriegsszenario. So kann Indien auf ein beachtliches Sortiment von Kurz- und Mittelstreckenraketen sowie Marschflugkörpern der Serien Prithvi, Prahaar, K und Agni zurückgreifen. Besonders hervorzuheben wären dabei die Agni III, IV und V, welche in der Lage sind, restlos jeden Winkel Pakistans zu erreichen, und die K-15 Sagarika, mit der die kernkraftgetriebenen U-Boote der Arihant-Klasse ausgestattet wurden. Sie kämen nach einem nuklearen Erstschlag des Feindes und der Ausschaltung der eigenen Basen an Land zum Einsatz.

Indien wie Pakistan erhalten deutsche Entwicklungshilfe

Pakistan wiederum verlässt sich auf seine Raketen der Hatf-Reihe (benannt nach der Lanze des Propheten Mohammed). Aktuell stehen die Hatf 1B, Hatf 2 Abdali, Hatf 3 Ghaznawi, Hatf 4 Shaheen-I, Hatf 5A Ghauri-II, Hatf 6 Shaheen-II sowie die Marschflugkörper Hatf 7 Babur und Hatf 8 Ra'ad bereit. Diese sind imstande, Ziele in einer Entfernung zwischen 100 und 2000 Kilometern zu zerstören. Hinzu kommen neuerdings noch die Shaheen-III mit 2750 Kilometern Reichweite und die Hatf 9 Nasr, eine überaus gefährliche Waffe, mit der die Mini-Atomsprengköpfe zur Vernichtung der indischen Bodentruppen verschossen werden sollen. Da die Rakete nur um die 60 Kilometer weit fliegt, gibt es praktisch keinerlei Vorwarnzeit und damit auch kaum Abwehrmöglichkeiten. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

McKinsey soll's richten

Nach dem Scheitern der Politik: Unternehmensberater sollen Zuwanderungskrise lösen



Vertrauen des Bürgermeisters verloren? Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD) vergangenen Sommer mit Somaliern in Berlin

Bild: pa

An der Spree übernimmt die Wirtschaft die Politik – in der Integrationsfrage. Externe Berater sollen vermitteln und planen, weil SPD und CDU mit gemeinsamen Ideen zur Bewältigung des Asyl-Chaos am Ende sind.

Der rot-schwarze Berliner Senat versucht in der Zuwanderung den Befreiungsschlag: Die Unternehmensberater der Firma McKinsey sollen jetzt einen „Masterplan“ erstellen. Die Probleme verschärfen sich derweil auf weiteren Ebenen, so bei der Feuerwehr, die ständig zu Einsätzen in die Heime der Zuwanderer gerufen wird. Dort ist sie Lückenbüßer bei medizinischen Notfällen.

Berlins Landesregierung sucht vermehrt außerhalb ihrer Reihen nach Lösungen für die Zuwandererflut nebst Lageso-Krise. Am 17. Februar hatte die muslimische Ahmadiyya-Gemeinde in Pankow geladen. Offiziell ging es um „Konfliktpotenziale rund um das Thema Muslime und Islam“, doch die „gesellschaftlichen Umbrüche“, von denen die Gemeinde mit Blick auf Deutschland sprach, und der gewählte Zeitpunkt legen das eigentliche Thema frei: Zuwanderung und wie Muslime damit umgehen.

Unter den Gästen waren der Integrationsbeauftragte des Senats, Andreas Germershausen, sowie der Generalsekretär der Berliner CDU, Kai Wegner. Berlins Politik verspricht sich viel von der Integrationsarbeit der muslimischen Gemeinde, so viel wurde klar. Helfer, die der Politik die Bewältigung der selbstgeschaffenen Krise irgendwie zu erleichtern oder abzunehmen scheinen, sind derzeit gefragt.

Die Wirtschaft profitiere am meisten von der Zuwanderung, verkündeten Berlins Politiker bisher. Dieser Logik folgend, richtet sich jetzt der Senat direkt an Wirtschaftsexperten. Laut Informationen des Senders RBB soll daher McKinsey jenen Masterplan zur Integration erstellen. Berlins Abgeordnetenhaus liegt demnach ein Antrag der Senatskanzlei vor, die Berater über einen 238000 Euro teuren Auftrag die Integration regeln zu lassen. Die Idee kommt nicht aus den hinteren Bänken der Politik, sondern aus dem Umfeld von Bürgermeister Michael Müller (SPD). Er hat die Abgeordneten bereits über die „Vergabe einer Beratungsdienstleistung“ informiert. Die Opposition kritisierte den Vorstoß.

> Auftragsvergabe deutet auf Versagen von Dilek Kolat

Die Berater sollen meistern, was die Politik sich selbst nicht mehr zeitnah zutraut. Wie eine Senatssprecherin sagte, solle McKinsey mit dem Masterplan konkrete Zahlen erarbeiten. Müllers Senatskanzlei ergänzte, die Berater sollten dazu beitragen, Integration jetzt einzuleiten. „Diese komplexe Aufgabe kann die Verwaltung in dieser kurzen Zeit nicht alleine bewältigen“, formulierte es Senatskanzleichef Björn Böhning. Der SPD-Linke und einstige Berliner Olympia-Planer stellt damit Politik wie Verwaltung ein Armutszeugnis aus. Die Botschaft lautet: Wir können nicht mehr, jedenfalls nicht mehr schnell genug und nicht ohne Hilfe.

Die Landesregierung rechnet für dieses Jahr mit einem anhaltenden Zustrom von Zuwanderern. Wurden 2015 bereits 80000 Asylsuchende in Berlin registriert und rund 50000 von der Stadt untergebracht und versorgt, so lässt der anhaltende Zuzug der Metropole keine Atempause. Am 19. Januar hatte der Senat einen Masterplan für den März beschlossen. Doch die enormen Herausforderungen, Zuwanderer in Arbeit zu bringen, Unterkünfte bereitzustellen und die innere Sicherheit zu gewährleisten, will und kann der Senat nun nicht mehr in Eigenregie lösen.

Jeden Tag wachse die Notwendigkeit eines solchen großangelegten Plans, so Böhning jetzt. McKinsey solle vor allem die Behörden untereinander abstimmen. In Arbeitskreisen sollen die jeweiligen Führungen der „Senatsverwaltungen unter Beteiligung der Bezirksverwaltungen Maßnahmen entwickeln“, heißt es in der Abstimmungsvorlage für das Parlament.

Diese Mammutaufgabe öffentlich auszuschreiben traut sich der Senat erst gar nicht. McKinsey sei „das einzige Unternehmen“ mit der nötigen Erfahrung, so Böhning. Er gilt als Netzwerker mit guten Kontakten zur Bundesspitze der SPD, wo die Zusammenarbeit mit McKinsey bereits etabliert ist.

Senatsintern ist die „Mc-Lösung“ umstritten: Es sei erstaunlich, dass die Senatskanzlei ein Beratungsunternehmen beauftragen müsse, um die Integration zu übernehmen, ätzt CDU-Generalsekretär Kai Wegner. Laut CDU ist der Auftrag an die Berater ein offensichtlicher Machtentzug für die zuständige Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD). Müller habe kein Vertrauen in sie, so Wegner. Senatorin Kolat habe bisher keine konkreten Maßnahmen zur Integration auf den Weg gebracht. Das Programm „Arrivo“, das Asylsuchende ins Handwerk vermitteln soll, habe sie im Zustand eines Pilotprojekts belassen, statt es auszuweiten.

McKinsey hat Kolat tatsächlich voraus, Bundesbehörden und Schwedens Regierung in Sachen Zuwanderung beraten zu haben. Für das Unternehmen sind der enge Zeitplan bis zur Fertigstellung des Plans im März und der laut Branchenkennern eher geringe Lohn jedenfalls kein positiver Anreiz. Die Opposition fürchtet daher weniger die Kosten des Plans, als dass McKinsey womöglich auch zwischen den Koalitionären SPD und CDU vermitteln muss, nicht nur zwischen Politik und Verwaltung. *Sverre Gutschmidt*

Danke Deutschland, danke Spandau

Von Vera Lengsfeld

Vom Verein der vietnamesischen Boatpeople „Danke Deutschland“ war an dieser Stelle schon die Rede. In den Zeiten der Flüchtlingskrise ist es aber angebracht, noch einmal daran zu erinnern, dass es eine Gruppe von Flüchtlingen gibt, die Vorbild für alle anderen Einwanderer sein sollte.

Die Boatpeople kamen nach dem Sieg der nordvietnamesischen Kommunisten über Südvietnam nach Deutschland. Sie hatten eine dramatische Fahrt über das südchinesische Meer hinter sich und waren mehrheitlich von der auf Initiative von Rupert Neudeck gecharterten „Cap Anamur“ gerettet worden. Sie hatten in der Regel nichts gerettet außer ihrer Haut. Sie wurden zur erfolgreichsten Einwanderergruppe in unserem Land. Viele von ihnen sind heute Unternehmer, wie die Vorsitzende des Vereins „Danke Deutschland“, Hao Abitz, die es sogar zur Berliner Unternehmerin des Jahres brachte. Sie haben sich weniger auf staatliche Hilfen verlassen als auf ihre eigene Initiative und ihren Willen, in der neuen Heimat Erfolg zu haben.

Diesen Erfolg konnten Besucher des diesjährigen Tet-Festes des Vereins im Rathaus Spandau bewundern. Beinahe hätte dieses wichtigste vietnamesische Fest in diesem Jahr in Berlin nicht gefeiert werden können, denn das Freizeit- und Erholungszentrum (FEZ) in der Wuhlheide, in dem sich in den vergangenen Jahren die Vietnamesen aus ganz Deutschland getroffen hatten, hatte kurzfristig ohne Begründung abgesagt. Dankenswerterweise stellte Spandau seinen Bürgersaal im historischen Rathaus zur Verfügung. Bezirksbürgermeister HelmutKleebank, SPD, erschien sogar zur Eröffnung des Festes. In seiner Ansprache zeigte er sich beeindruckt von der „Dankbarkeitskultur“, die Hao Abitz und ihre Mitstreiter mit ihrem Fest zum Ausdruck bringen wollten. Die ehemalige Ausländerbeauftragte von Berlin, Barbara John, hat in ihrer Rede darauf hingewiesen, dass die Vietnamesen bisher die einzige Einwanderergruppe seien, die eine solche Dankbarkeit gegenüber der Aufnahmegesellschaft bezeuge.

Wie man sich integrieren kann, ohne seine eigene Kultur aufzugeben, wurde dann im Programm deutlich. Es begann mit einer Referenz an die Ahnen, ohne die alle Heutigen nicht da wären, und einer Schweigeminute für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft. Es folgte der traditionelle Drachentanz. Anschließend gaben Sängerinnen und Tänzerinnen in ihren zauberhaften Kleidern einen Einblick in die vietnamesische Kultur. Zwei junge Männer zeigten aber auch auf dem Klavier, wie meisterhaft sie sich die europäische Musik angeeignet haben.

Die vietnamesischen Boatpeople sind eine Bereicherung für Deutschland!

Kampf gegen die Klans

Innensenator demonstriert Härte – Opposition: »Wahlkampfgetöse«

Für den Kampf gegen organisierte Kriminalität und Paralleljustiz in Berlin will der Senat bis Ende April ein Konzept vorlegen. Wie aus einer bereits im Dezember vorgelegten Studie hervorgeht, haben gewalttätige Großfamilien mit mehreren tausend Mitgliedern in Teilen Berlins mittlerweile ein Klima der Angst geschaffen.

Betroffen sind Teile von Neukölln, Wedding, Moabit, Kreuzberg und Charlottenburg, wobei die Autoren der Studie eine zunehmende Tendenz zum fließenden Übergang zur organisierten Kriminalität sehen. Aus Sicht von Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) ist der Kampf gegen diese Entwicklung eine „ressortübergreifende Aufgabe“: „So viel Repression gegen Täter wie möglich, ja – aber das allein löst die Probleme nicht.“

Wenn die Opfer nichts sagten, habe der Rechtsstaat ganz große Schwierigkeiten bei der Strafverfolgung, so der Justizsenator. Abhilfe will Heilmann unter anderem dadurch schaffen, dass Opfer stärker über ihre Rechte aufgeklärt werden. In patriarchalen Familien werde geschlagenen Frauen gedroht, dass ihnen die Kinder weggenommen würden, wenn sie zur Polizei gingen. Für die Aufklärung der Opfer benötigt man aus Sicht des Senators Mittler.

> Großfamilien erzeugen ein Klima der Angst

Um das Klima der Angst zu durchbrechen, soll auch verstärkt auf eine Videobefragung von Opfern zurückgegriffen werden. Misshandelte Frauen, die eine Anzeige gewagt haben, könnten zu Beginn eines Ermittlungsverfahrens auch per Video von einem Richter befragt werden, schlug Heilmann vor. Im Strafprozess könnte die aufgezeichnete Aussage dann als Beweismittel herangezogen werden, so dass die Opfer nicht mehr unbedingt im Gerichtssaal ihre Aussage im Beisein der Öffentlichkeit noch einmal machen müssten.

Auch die Strafverfolgung will der Senator stärken. Zumindest angekündigt ist, dass noch 2016 sieben neue Staatsanwälte ihren Dienst aufnehmen sollen. Ein Teil werde bei der Aufklärung organisierter Kriminalität eingesetzt.

Auf Skepsis sind die Ankündigungen bei Teilen der Opposition gestoßen. So bezeichnete der innenpolitische Sprecher der Piratenfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Christopher Lauer, die Ankündigung Heilmanns als „leeres Getöse im Wahljahr“ – im September ist in Berlin Landtagswahl. Heilmann sei seit vier Jahren Justizsenator und hätte all seine Ideen längst umsetzen können, so Lauer. *Norman Hanert*

Teures Barock

Fürs Berliner Schloss fehlen noch Spender

Beim Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses läuft bislang alles am Schnürchen. Ob es sich bei der geplanten Eröffnung im September 2019 aber auch in seiner ganzen ursprünglichen barocken Pracht zeigt, ist noch ungewiss. Denn für die Rekonstruktion der historischen Außenfassaden fehlt noch das Geld. Für die Finanzierung der Repliken hatte sich der private Förderverein Berliner Schloss e. V. verpflichtet, Spendengelder in Höhe von 80 Millionen Euro einzutreiben. Doch das wird nicht reichen, da zusätzlich 25 Millionen Euro für die Rekonstruktion der Kuppel auf der Westfassade und dreier weiterer Innenportale benötigt werden.

Um das nun auf 105 Millionen Euro erhöhte Spendenziel erreichen zu können, rührt der private Förderverein unermüdlich die Trommeln, damit die Bürger ihre Portemonnaies öffnen. 57 Millionen Euro sind schon zusammengekommen, fehlt also noch etwas weniger als die Hälfte. Aktuell treibt der Verein, dessen Geschäftsführer Wilhelm von Boddien überhaupt erst den ganzen Prozess des Wiederaufbaus mit in Gang setzte, in der Hamburger Europa-Passage mit einer Wanderausstellung Spendengelder bei den Hanseaten ein.

> Schon 57 Millionen Euro eingesammelt

Auf 40 Schautafeln und interaktiven Monitoren wird die Geschichte, Kriegszerstörung und Sprengung durch die Kommunisten erzählt. Daneben sind noch bis diesen Sonnabend ein 3-D-Modell des Schlosses und die Replik einer Portalfigur, ein Adlerkopf, ausgestellt. In verkleinerter Form ist die Ausstellung im Baden-Württemberger Hohenzollernschloss, dem Stammhaus der Preußenkönige, ab Ende April zu sehen. *Harald Tews*

Staatsressourcen gegen Pogida

Nach Dresden und dem Land Thüringen ist nun auch in Potsdam ein Fall von Missbrauch staatlicher Ressourcen für Anti-Pegida-Proteste bekannt geworden. Ursula Löbel, Leiterin der „Servicestelle Tolerantes und Sicheres Potsdam“, hat am 2. Februar über den dienstinternen E-Mail-Verteiler eine Aufforderung an die Mitarbeiter der Landeshauptstadt verschickt, sich an den linksextremen Protestaufmärschen gegen Pogida (Potsdamer gegen die Islamisierung des Abendlandes) zu beteiligen. „Wir rufen alle demokratischen und friedliebenden Bürger*innen auf, sich an der Kundgebung zu beteiligen und den rechtsextremen und fremdenfeindlichen Bestrebungen ... eine kraftvolle Stimme entgegenzusetzen.“ Beim ersten Anti-Pogida-Marsch hatten Linke in Potsdam bürgerkriegsähnliche Zustände hervorgerufen. Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD): „Die gewaltbereite Antifa führt keinen Kampf gegen rechts, sondern gegen den Rechtsstaat.“ *H.L.*

MELDUNGEN

Nuklearmaterial verschwunden

Bagdad – Im Irak ist ein Behälter mit zehn Gramm des radioaktiven Stoffes Iridium-192 aus einer Lagerhalle der US-Erdöl-Service-Firma „Weatherford“ verschwunden. Die USA schieben die Schuld dem Inhaber der Lagerhalle zu, dem türkischen Unternehmen SGS. Der Diebstahl soll bereits im November 1915 begangen worden sein. Sicherheitsleute vermuten den radioaktiven Stoff bereits bei der Terrororganisation IS, der daraus eine „schmutzige Bombe“ bauen könnte. Dabei wird einem konventionellen Sprengsatz radioaktives Material beigegeben. Wer mit Iridium-192 in unmittelbaren Kontakt tritt, kann innerhalb weniger Tage oder gar Stunden sterben. *FS*

ÖVP will Recht auf Bargeld

Wien – Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) will angesichts der Diskussion um die Bargeldabschaffung das „Recht auf Bargeld“ in der Verfassung verankern. Dabei ginge es vor allem um die Wahlfreiheit und den Schutz der Anonymität beim Zahlen. Dazu der ÖVP-Präsidentschaftskandidat und Verfassungsexperte Andreas Khol: „In Österreichs offener Verfassung hat auch Bargeld als Staatsziel einen Platz, wenn das den Bürgerinnen und Bürgern ein derart großes Anliegen ist.“ Der Punkt sei, dass eine Abschaffung des Euro-Bargelds nur mit einer Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten möglich wäre. Mit einer Verankerung in der österreichischen Verfassung wären zumindest Österreichs Vertreter entsprechend gebunden. Auch die Österreichische Nationalbank hält nichts von einer Bargeldabschaffung, da „unsere Gesellschaft nicht bereit ist, auf Bargeld zu verzichten und es noch über viele Jahre hinaus ein unerlässliches Zahlungsmittel bleiben“ werde. *J.H.*

Waffenruhe ohne den Feind

USA und Russland vereinbaren Atempause für Syrien – Opposition zerstückelt in religiöse Splittergruppen

Die USA und Russland haben eine Waffenruhe in Syrien beschlossen, von der als Terroristen eingestufte Gruppen wie der IS und die al-Nusra-Front ausgeschlossen bleiben. Neben der Zivilbevölkerung verschaffen die Großmächte auch den als gemäßigt geltenden Oppositionellen eine Atempause. Dass eine Waffenruhe ohne die Einbeziehung aller verfeindeten Gruppierungen allerdings zum Ende des Bürgerkriegs beitragen kann, ist zweifelhaft.

Barack Obama und Wladimir Putin haben eine Vereinbarung unterzeichnet, mit der sie für eine Waffenruhe zwischen der syrischen Armee und der bewaffneten Opposition sorgen wollen. Putin bezeichnet die gemeinsame Erklärung gar als „echte Chance, das Blutvergießen zu beenden“. Das klingt sehr optimistisch angesichts der vielen gegeneinander kämpfenden Organisationen, bei deren Aktionen religiöse und ethnische Motive im Vordergrund stehen. In dem Dokument heißt es, die Schläge gegen die als terroristisch eingestuften Gruppen IS und Al-Nusra-Front sollten weitergehen. Entgegen anderweitiger Medienmeldungen sollen Russland und die USA ihre Einsätze verdeckt bereits eng absprechen.

Syriens Präsident Baschar al-Assad hat für den 13. April Parlamentswahlen angekündigt. Zuvor hatte er seinen Mäzen Russland mit Rückeroberungsäußerungen verärgert. Nach einem Rüffel aus Moskau mäßigte er sich. Dass sich nach den Parlamentswahlen in Syrien etwas zum Besseren wenden wird, darf bezweifelt werden. Denn außer ein paar wenigen Namen von Oppositionellen ist so gut wie nicht bekannt, wer sich in ihren Reihen verbirgt. Nach Einschätzung der US-amerikanischen Defense Intelligence Agency gab es 2013 etwa 1200 Oppositionsgruppen, meist mit radikalen religiösen Ansichten, die sich mal dem einen, mal dem anderen Führer anschließen und daher schwer zu kontrollieren sind. Anhänger verschiedener Religionsgemeinschaften des Vielvölkerstaats Syrien, in dem syrische Araber, Kurden, Assyrer-Aramäer, Turkmenen und Palästinenser leben, führen einen Konflikt entlang einer ethno-religiösen Linie. Syrien ist zum Schlachtfeld zweier islamischer Glaubensrichtungen geworden: der sunnitischen und der schiitischen. Bekannt sind der Al-Kaida-Ableger al-Nusra-Front, Islamisten vom „Syrischen Nationalrat“ und sogenannte gemäßigte Oppositionelle wie die Freie Syrische Armee, die sich größtenteils aus Deserteuren der Assad-Armee zusammensetzt, aber zeitweise auch von anderen gegen Assad kämpfenden Rebellen unterstützt wird.

Seit Ausbruch des Bürgerkriegs 2011 wird Syrien zunehmend zum Spielball geostrategischer Interessen. Während die USA und Russland in Syrien einen Stellvertreterkrieg um ihre Großmachtansprüche führen, geht es den islamischen Staaten Iran, Saudi-Arabien und Türkei um die Kräftigung ihrer

»Kollateralschäden« auch bei US-Luftangriffen

jeweiligen Islam-Auslegung. Die sunnitischen Saudis wollen in Syrien die Schiiten schwächen und damit auch den Iran, während der Iran an der Seite Assads steht. IS-Chef Abu Bakr al-Baghdadi will die Herrschaft über Syrien als Sprungbrett für ein globales Kalifat erlangen.

Die Türkei nutzt den Syrienkrieg, um die vom Westen unterstützten Kurden zu bekämpfen. Ziele der türkischen Luftangriffe sind vor allem kurdische Stellungen. Präsident Recep Tayyip Erdogan träumt von einem osmanischen Großreich, die von den USA unterstützten Kurden von einem vereinigten Kurdistan. Der Präsident der mehrheitlich sunnitischen Türkei soll sogar den IS unterstützt haben, um den Alawiten Assad loszuwerden. Bei einer türkischen Intervention im Nachbarstaat Syrien droht ein direkter Zusammenstoß mit der russischen Luftwaffe. Daran sind weder die USA noch Russland interessiert. Der Nato-Partner Türkei könnte den Bündnisfall auslösen. Unterstützung erhält die Türkei von Saudi-Arabien. König Salman mischt im Syrienkonflikt kräftig mit, indem er radikalsunnitische Rebellen gegen das Assad-Regime aufrüstet.



Nach Luftangriffen der US-geführten Anti-IS-Koalition in Syrien: Zerstörungen in Kobane im November 2014 Bild: pa

Angesichts dieser komplexen Hintergründe erscheint eine Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland zwingend. Während Obama einerseits schon vor einiger Zeit ein Scheitern seiner Syrienpolitik zugegeben hat, halten andererseits westliche Politiker und Medien an ihrer Anti-Putin-Rhetorik fest. Es scheint der Psychologie der Beruhigung der Massen geschuldet zu sein, in Krisenzeiten einen Sündenbock zu stilisieren, den man für alles verantwortlich machen kann, was gerade schief läuft. Im Augenblick ist Putin der Schuldige. Ihm wird vorgeworfen, die Ukrainekrise verursacht zu haben und durch die Bombardierung syrischer Städte die Flüchtlingskrise in Europa zu verschärfen.

Ohne die Bombardierung ziviler Ziele wie Krankenhäuser und Schulen gutzuheißen, sollte man sich der Fairness halber in Erinnerung rufen, dass Russland erst im September 2015 in den Syrienkonflikt militärisch eingegriffen hat. Der Bürgerkrieg tobt seit 2011. Zuvor war es die US-angeführte Anti-IS-Koalition, die syrische Städte in Schutt und Asche legte. Wie bei den russischen Luftangriffen kam es auch dabei zu „Kollateralschäden“: Im Oktober 2014 töteten US-Bomber Kurden bei einem Luftangriff auf Kobane. Die Bombe sollte eigentlich IS-Kämpfer treffen. Es versteht sich von selbst, dass der IS seinen Kampf nicht im freien Feld führt, sondern sich in besiedelten Gebieten versteckt. Will der Westen also Putin die Verantwortung für zivile Opfer des Krieges zuschieben, sollten die verantwortlichen Politiker einmal die vergangenen Jahre ihrer Syrienpolitik Revue passieren lassen: In fünf Jahren gab es mindestens 250000 Tote, über elf Millionen Menschen mussten aus ihrer Heimat fliehen Der Westen hat nichts getan, um dies zu verhindern.

In deutschen Sicherheitskreisen hieß es, dass die Lage in Syrien schon „unumkehrbar“ sei. Es gebe keine militärische Lösung. In wenigen Monaten hat Russland das Gegenteil bewiesen und schlägt obendrein noch Kapital aus seinem Syrien-Einsatz: Das Vorführen der neuesten Waffengeneration hat zu einem massiven Anstieg der russischen Rüstungsexporte geführt.

Manuela Rosenthal-Kappi

Kein dritter im Bunde

Wie Jeb Bushs Griff nach dem Präsidentenamt scheiterte

Am vergangenen Wochenende ist eine politische Ära in den USA zu Ende gegangen – zumindest vorerst. Auch bei den Vorwahlen in South Carolina blieb Jeb Bush hinter seinen ärgsten Konkurrenten Donald Trump, Ted Cruz und Marco Rubio. Noch bevor das Ausscheidungsrennen um den Präsidentschaftskandidaten der Republikaner richtig begonnen hatte, befand sich John Ellis Bush, den alle Welt nur Jeb nennt, schon auf der Verliererstraße. Dabei wollte er unbedingt in die Fußstapfen seines Vaters George und seines Bruders George Walker treten, die beide Präsidenten der Vereinigten Staaten waren.

Um zu retten, was eigentlich nicht mehr zu retten war, aktivierte Jeb noch einmal alle familiäre Bande. Sieben Jahre lang hatte sich George W. Bush zurückgehalten. Seit der Amtseinführung seines Nachfolgers Barack Obama am 20. Januar 2009 hat der 43. Präsident auf öffentliche Auftritte weitgehend verzichtet. Ein Ex-Präsident sei dem Amtsinhaber Respekt schuldig, erklärte Bush seine Zurückhaltung. Doch nun scheidet sein demokratischer Nachfolger Barack Obama aus dem Amt. Und die Republikaner sind guter Hoffnung, dass sie den nächsten Präsidenten stellen können. Bruder Jeb galt zu Beginn des Wahlkampfes als Favorit. Seine Familie gilt als einflussreich, in den vergangenen Wahlkämpfen konnte der Ex-Gouverneur Floridas finanziell aufwendige Kampagnen fahren. Doch dann ging alles schief. Es begann mit einer peinlichen Panne im Netz. Die Web-Adresse jebbush.com verlinkt seit Monaten auf die Seite von Erzrivale Donald Trump. Bush selbst hatte sie nie für sich gesichert, im Frühjahr 2015 gab es sie für 250000 US-Dollar zu kaufen, Trumps Wahlkampf-Team schlug zu. Es sind diese kleinen Anekdoten, die immer mehr US-Amerikaner zweifeln ließen, dass Bush der richtige Präsident für sie sei. Seine Ausflüge in die freie Wirtschaft verliefen zudem peinlich. 2007 heuerte er als Berater bei der Investmentbank Lehman Brothers an. Mit seinen Kontakten sollte er die Bank retten. Nicht einmal ein Jahr später war das Geldhaus am Ende. „Wer will so jemandem die Finanzen der Vereinigten Staaten anvertrauen“, ätzte Rivale und Milliardär Trump. In South Carolina sollte eigentlich die Wende gelingen. So wie es sein Bruder im Jahr 2000 schaffte. Damals hatte George W. Bush hinter John McCain zurückgelegen. Entgegen allen Prognosen gewann er in South Carolina. Danach gewann seine Kampagne an Fahrt und er zog ins Weiße Haus ein. „Ich verstehe, dass die Amerikaner wütend und frustriert sind, aber wir brauchen im Oval Office niemanden, der diese Wut und diese Frustration entzündet und spiegelt“, so George W. Bush in Anspielung auf Trump. „Wir brauchen jemanden, der die Probleme lösen kann, die unsere Wut und Frustration hervorgerufen haben – und das ist Jeb Bush.“ Doch auch das konnte am katastrophalen Außenauftritt von Jeb nichts mehr ändern. Unlängst postete er das Bild einer Schnellfeuerwaffe mit seinem Namen und dem Zusatz „America“ im Internet. Der Spott war groß: „Wir wissen, dass du verlierst. Aber Selbstmord ist auch keine Lösung.“ In South Carolina gab es die Quittung. Mickerige neun Prozent erhielt Jeb Bush: „Meine Kampagne endet hier“, erklärte er unter Tränen. Einen dritten Präsidenten Bush wird es nicht geben – zumindest vorerst.

Da konnte selbst der große Bruder George Walker nicht helfen

Peter Entinger

Fünf neue Ministerinnen

Premier der Vereinigten Arabischen Emirate setzt auf Reformen

In den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), einer Föderation absoluter Monarchien, wurde Ohood bint Khalfan Al Roumi zur ersten Ministerin für Glück ernannt. Die Ministerin soll Projekte und Programme durchführen, um die Menschen im Land, das zu den reichsten der Welt gehört, noch glücklicher zu machen. Weitere vier Frauen in den VAE wurden von Premierminister Scheich Muhammad bin Raschid Al Maktum ebenfalls neu ins Kabinett berufen. Eine von ihnen, Lubna Khalid al-Qasimi, ist für das neu geschaffene Ressort für Toleranz zuständig.

Toleranz gehört zu den fundamentalen Werten in den VAE. Im Juni letztes Jahres wurde in Mussaffah, einem Vorort von Abu Dhabi, im Beisein von Pietro Kardinal Parolin, quasi dem Außenminister des Papstes, eine neue katholische Kirche errichtet. Dieses ist umso bemerkenswerter, als im benachbarten Saudi-Arabien Kirchen immer noch verboten sind, und das obwohl auch dort, im Geburtsland des Propheten Mohammed, der Anteil der Christen stark wächst.

Zu den Prioritäten der neuen VAE-Regierung gehören neben Glück und Toleranz auch die Zukunftsgestaltung, die Jugend und der Kampf gegen den Klimawandel. Die frisch ernannte Jugendministerin Shama al-Mazroui ist selbst erst 22 Jahre alt.

In den 44 Jahren seiner Unabhängigkeit von Großbritannien haben sich die VAE dank des sprudelnden Ölreichtums von einem rückständigen Wüstenstaat zu einem internationalen Finanzzentrum entwickelt, das Hunderttausende von Arbeitskräften aus aller Welt und Touristen in Scharen angezogen hat.

Die Frauen hatten einen großen Anteil am Zustandekommen des Arabischen Frühlings. In Tunesien, Ägypten und dem Jemen standen die Frauen oft in der ersten Reihe der Demonstranten, die eine gerechtere Gesellschaft forderten. Auch wenn sich in vielen Ländern jetzt die Islamisten durchzusetzen scheinen, ist mit den Frauen auch in der arabischen Welt weiter zu rechnen, gerade weil dort ihre Stellung am prekärsten ist.

Selbst bei den Saudis sind die Frauen auf dem Vormarsch

Am größten ist die Frauendiskriminierung bislang in Saudi-Arabien, das Königreich ist aufgrund seiner systematischen Diskriminierung von Frauen immer wieder Ziel von Kritik von Menschenrechtsgruppen. Die wahhabitische Auslegung des Korans hat in Saudi-Arabien zu einer strikten, durch Religion und Tradition begründeten Geschlechtertrennung geführt, die an die Apartheid in Südafrika erinnert. Schulen und Universitäten sind ebenso nach Geschlechtern separiert wie Büros, Restaurants und Transportmittel; in öffentlichen Gebäuden gibt es verschiedene Eingänge für Frauen und Männer. Frauen dürfen im Königreich nicht Auto fahren.

Im vergangenen Jahr nun durften Frauen erstmals bei lokalen Wahlen in Saudi-Arabien mit abstimmen. Die Vorsitzende des Weltwirtschaftsforums in Saudi-Arabien ist eine Frau. Ein gutes Beispiel sind auch die Prinzessinnen aus dem Königshaus, die zwar in der Thronfolge keine Rolle spielen, aber von denen viele an westlichen Universitäten studiert haben. So ist vor einigen Jahren Prinzessin Basma Bint Saud Bin Abdulaziz, Tochter von König Saud und Enkelin von Staatsgründer König Ibn Saud, an die Öffentlichkeit mit der Forderung nach einem Zivilgesetzbuch herangetreten, in dem Männer und Frauen als gleichberechtigt vor dem Gesetz gelten. *Bodo Bost*

EU-Kommissar will zurück auf Anfang

Brüssel torpediert Verhandlungen zur Erweiterung der deutsch-russischen Nord-Stream-Pipeline

Von 2013 bis 2015 stieg der Umfang des von Russland unter der Ostsee durch die beiden Röhren der Nord-Stream-Pipeline nach Deutschland transportierten Gases von 23,8 Milliarden über 35,5 Milliarden auf 39,1 Milliarden Kubikmeter. Damit stieg die Auslastung von 43 über 65 auf 71 Prozent. Angesichts dieses Trends ist der Bau von zwei weiteren Röhren unter der Bezeichnung „NordStream 2“ in Planung.

Eine Gasleitung von Russland unter der Ostsee ohne Umweg nach Deutschland – das ist eine verlockende Perspektive der beiden Partner im Gasgeschäft: Da die Leitung durch keine anderen Länder ginge, fiele die Gefahr weg, dass jemand sie als politisches Druckmittel oder aber als Möglichkeit der kostenlosen Selbstbedienung nähme. Dass derlei nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigt das ukrainische Beispiel. Es gäbe außerdem eine erhebliche Ersparnis an Durchleitungsgebühren, was sich günstig auf die Kosten für den Verbraucher auswirkte, und insgesamt einen ungefährdeten, reibungslosen Ablauf des Gastransports. Die bereits bestehenden zwei Röhren der Pipeline NordStream zeigen das.

Es ginge also um eine runde Sache, und eigentlich wäre sie das auch, wenn nicht wieder einmal die EU mitspielen müsste. Der Vizepräsident der EU-Kommission und Kommissar für die Energieunion, der Slowake Maroš Šefcovic, will die ganzen Verhandlungen um die Gaspipeline Nord Stream 2 von vorne aufrollen. Er bezweifelt, dass es sich dabei um ein rein kommerzielles Projekt handelt und sogar, dass es mit dem EU-Recht vereinbar ist.

Mit seiner Argumentation gleicht Šefcovic auffällig derjenigen der USA und der Ukraine. Beim Weltwirtschaftsforum in Davos hatten US-Vizepräsident Joe Biden und der ukrainische Präsident Petro Poroschenko erklärt, es handele sich bei Nord Stream 2 um ein eminent „politisches Projekt“, das verhindert werden müsse. Poroschenko gab nach dem Treffen mit Biden bekannt: „Im Gespräch wurde deutlich, dass das Projekt Nord Stream 2 ein rein politisches Projekt ist, und wir müssen effektiv handeln, um es zu stoppen.“

Ein Grund dafür ist, dass das Projekt Deutschland eine größere Bedeutung bei der Gasversorgung Europas verschaffen würde. Das allein fürchten die EU-Freunde ebenso wie die USA. Es gibt aber dem das Projekt South Stream, eine Leitung durch das Schwarze Meer und über den Balkan, gescheitert war. Damals, Ende 2014, waren die Verträge für die Durchleitung alle unter Dach und Fach, als die USA in Brüssel intervenierten. Brüssel zeigte sich wie üblich willfährig und gab den Druck an Bulgarien weiter, das in den sauren Apfel beißen und das Projekt gegen das eigene Interesse blockieren musste. Dem ärmlichen Balkanland gehen damit

> Die Zahl der Gasröhren unter der Ostsee soll verdoppelt werden

gen für Brüssel, die Verlegung der Gasleitung zu verweigern.“ Tatsächlich wird sich an diesem Projekt erweisen müssen, ob ein EU-Mitgliedsland, in diesem Falle Deutschland, noch so viel Selbständigkeit besitzt, dass es einen bilateralen Außenhandelsvertrag mit einem Land außerhalb der EU, hier Russland, abschließen kann. Und es muss sich erweisen, welche Bedeutung der Einfluss der USA auf die EU und ihre Mitgliedsländer hat.

Auf der einen Seite stehen die Bundesrepublik, Russland und



Ist als Slowake nicht unbedingt unparteiisch: Der EU-Kommissar für die Energieunion Maroš Šefcovic

Bild: Getty

noch andere Bedenken der Nord-Stream-Gegner. Polen sieht sich wieder einmal von Deutschland und Russland eingekesselt, die Ukraine und die Balkanländer maulen, weil ihnen angeblich Durchleitungsgebühren entgingen.

Tatsächlich soll Nord Stream 2 aus demselben Grund fallen, aus

jährlich 400 Millionen Euro an Durchleitungsgebühren verloren. Der Grund für den Aufwand: Die USA wollen Russland aus dem Gasgeschäft drängen.

Dennoch ist Russlands EU-Botschafter Wladimir Tschischow zuversichtlich. Er ist überzeugt: „Im Gegensatz zu South Stream gibt es hier keine rechtlichen Grundla-

Österreich zusammen mit der Energiewirtschaft für Nord-Stream 2, auf der anderen die USA, die EU und einzelne ihrer Mitgliedsländer, im wesentlichen die mittelosteuropäischen Staaten, die Verluste oder eine deutsch-russische Annäherung oder aber beides fürchten. Unklar ist zunächst, mit welchen Recht sich die USA in den Handel einmischen. Führt man sich aber vor Augen, dass sie überall zur Stelle sind, wo es gilt, Russland einen Schaden zuzufügen, ist auch dies beantwortet.

Washington, Brüssel und Warschau haben sich sogar zu der Aussage zusammengefunden, die Pipeline könne zu einer „diplomatischen Keule“ Moskaus werden, und es den Russen erlauben, die Gaslieferungen nach Mitteleuropa zu lenken, ohne den deutschen Markt zu beeinflussen. Das berichtet das US-Propagandablatt „Politico“ und zitiert dabei John Emerson, den US-Botschafter in Deutschland: „Einige europäische Länder signalisieren, dass die Folgen der Umsetzung des Projekts nicht nur die Beziehungen zwischen Moskau und Berlin betreffen würden. Wir äußern sowohl auf der gesamteuropäischen Ebene als auch in Deutschland weiter unsere Besorgnis wegen des NordStream-2-Projekts.“ Die daraufhin erfolge Pflichtübung des deutschen Botschafters in den USA, Peter Wittig, lautet: „Es gibt Fragen, die die Europäer selbst lösen sollten.“

Inzwischen stoßen die EU-Behörden bei dem Versuch auf Schwierigkeiten, einen rechtlichen Vorwand für das Verbot der Pipeline zu finden. Jedenfalls kam die Rechtsdirektion der EU-Kommission zu dem Schluss, dass sich die Regulierungsvorschriften für den EU-Energiemarkt nicht auf Nord Stream anwenden lassen. Doch Hilfe naht aus der Ukraine. Sie hat eine offizielle Klage gegen das Vorhaben eingereicht: „Wir bitten die EU-Kommission, eine Ermittlung aufzunehmen und dieses antiukrainische, antieuropäische, antislowakische und antipolnische Projekt zu stoppen.“ Auf jeden Fall hat man sich in der EU insgesamt darauf verständigt, die Einfuhr von russischem Gas zu verringern. Andere Abhängigkeiten würden das Ergebnis sein.

Florian Stumfall

MELDUNGEN

EEG-Umlage rechtswidrig

Berlin – Ein Rechtsgutachten der Humboldt-Universität zu Berlin belegt: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), nach dem alle Stromkunden eine Abgabe von 6,345 Cent pro Kilowattstunde zu zahlen haben, ist verfassungs- und europarechtswidrig. Nach Ansicht des Rechtsprofessors Hans-Peter Schwintowski ist „das EEG-Fördersystem für das Erreichen der europäischen Klimaschutzziele weder erforderlich noch geeignet, sondern stattdessen unverhältnismäßig“. Es bestünden gravierende Mängel des EEG bei der Formulierung sowie der Anwendung des Gesetzes. Es sei „ein fortgesetzter Rechtsverstoß zu Lasten der Verbraucher“, so Schwintowski. *U.M.*

TTIP im Allzeittief

Bielefeld – Zu Beginn der zwölften Verhandlungsrunde zum transatlantischen Handelsabkommen TTIP fällt die Zustimmung der Deutschen auf ein Allzeittief. In einer Emnid-Umfrage meinten 41 Prozent, TTIP sei „eher eine schlechte Sache“ für Deutschland. 25 Prozent nannten TTIP eine „eher gute Sache“. 34 Prozent trauten sich keine Einschätzung zu. 79 Prozent fühlten sich „eher schlecht“ über TTIP informiert, nur 19 Prozent „eher gut“. *U.M.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.028.310.960.839 €
Vorwoche: 2.028.242.393.330 €

Verschuldung pro Kopf:
24.948 €
Vorwoche: 24.948 €

(Dienstag, 23. Februar 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

In den Händen von 300

Eigentümer von Nationalbanken teilen sich den Reichtum der Welt

Seit Jahresbeginn ist aus den Medien immer wieder zu vernehmen, dass der Wohlstand in Deutschland und der Welt ungerecht verteilt sei. Es heißt, dass „zehn Prozent der Bevölkerung bis 52 Prozent des Vermögens“ hätten beziehungsweise dass nur ein Prozent der Bevölkerung – die Superreichen – in Europa 25 Prozent am gesamten Vermögen der Volkswirtschaft hätten, in den USA sogar 35 Prozent, dass aber die Unterschicht, also rund die Hälfte der Bevölkerung, sowohl in Europa als auch in den USA nur fünf Prozent des Gesamtvermögens der Volkswirtschaft hätten. Tatsächlich ist – wie es schon Marx beschwor – der Reichtum der Welt in immer weniger Händen – in den berühmten „300 Familien“ – kumuliert. Diesen Superreichen der Welt gehören fast alle internationalen Banken, die Rohstoffe der Welt, die meisten Industriekomplexe, das größte Immobilienvermögen und riesige Ländereien in der ganzen Welt.

Meist fehlt bei den derzeitigen Reichtumsklagen auch nicht der Hinweis, dass die Reichen dieses Vermögen nicht durch Arbeit gewonnen hätten. Tatsächlich besagt die Schichtensoziologie, dass die Oberschicht ihr Einkommen im Wesentlichen aus Vermögenserträgen bezieht, der Mittelstand dagegen nicht nur Hauptleistungsträger für die Bevölkerung ist, sondern auch sein Einkommen aus Leistungserträgen erzielen muss und die Unterschicht neben Lohnerträgen vor allem aus Sozialleistungen der Mittelschicht unterstützt werden muss.

Dass sich der Reichtum der Welt vor allem in der Hand der berühmten „300 Familien“ der Superreichen konzentriert hat, hängt vor allem damit zusammen, dass diese Familien Eigentümer der mächtigsten Zentralbank der Welt – Federal Reserve Bank – und einiger anderer Nationalbanken sind und auf diese Weise nicht nur das Zentralbankensystem der westlichen Welt beherrschen, sondern damit auch das Recht zum Gelddrucken und zur Währungsmanipulation haben. Die Finanzelite hat in den letzten 50 Jahren die Geldmenge des Papiergeldes verfünfzigfacht, während sich das Welt-Realvermögen nur verfünffacht hat. Wir leben also auf einer ungeheuren Blase von gedruckten, nicht gedeckten Dollar und Euro, welche die Finanzelite in den Kreislauf gebracht hat. Sie hat nicht nur damit das gesamte Finanz- und Währungssystem aufgebläht, sondern sich mit dem selbst gedruckten Geld auch die Sachwerte der Welt gekauft hat. Mit dem selbst gedruckten Geld wurden nicht nur die Kredite an 200 Staaten der Erde großzügig gewährt und damit diese Staaten langfristig in die Tributpflicht genommen, sondern auch die Sachwerte der Welt – Immobilien, Bodenschätze, Boden selbst, Industriekomplexe – aufgekauft. Formal liefen diese Käufe und Beteiligungen über Fonds. Eigenartigerweise sitzen aber diese Fonds zu 90 Prozent in den Steueroasen und sind untereinander wiederum beteiligt und verschachtelt, so dass man die wahren Eigentümer kaum erkennen kann. Praktisch aber gehören sie wenigen reichen Familien.

> Die Wirtschaft beherrscht die Politik, nicht umgekehrt

So wird auch verständlich, weshalb beispielsweise in den USA nicht die Politik das Finanzwesen und die Wirtschaft beherrscht, sondern umgekehrt das Finanzwesen die Politik und dass diese Oberfinanzmacht über die USA auch die übrige Welt entweder beherrscht oder diejenigen, die sich noch nicht beherrschen lassen wollen, bekämpft wie Putin, Assad oder den Iran.

Eberhard Hamer

Und kein Ende in Sicht

Die Krise der maritimen Branche geht ins achte Jahr

Derzeit steckt die maritime Branche in einer Krise, die schon seit 2008 andauert. Für Martin Stopford, einen der Direktoren von Clarksons plc, einem der weltweit größten Schiffsmakler, ist dies bereits die 22. seit der Mitte des 18. Jahrhunderts. Jedes Mal waren Kriege, Rohstoffmängel, Verschiebungen in der Weltwirtschaft oder tiefgreifende technische Veränderungen die Auslöser.

Deutsche Reedereien sind von der Schifffahrtskrise stark betroffen. Sie betreiben fast zehn Prozent der weltweiten Handelsflotte, mehr als ein Drittel der auf der Welt betriebenen Containerschiffe gehört deutschen Unternehmen. Der Anstieg des Euro im Verhältnis zum US-Dollar bis 2013 führte zu sinkenden Erlösen, da die Frachtraten je Container in US-Dollar verhandelt werden.

Noch vor einem Jahr sah der Hamburger Reeder Hermann Ebel einen Silberstreif am Horizont. Im ersten Halbjahr 2015 waren die Charterraten von Containerschiffen so stark angestiegen wie zuletzt 2011. Aber schon Mitte des Jahres 2015 wendete sich das Blatt wieder, die Raten sind erneut im freien Fall.

Der Rückgang der Rohstoffpreise habe sofort zu einer Abschwächung der Nachfrage auf vielen Verkehrsrouten geführt, sagt Ebel, der 1983 zusammen mit einem Partner das Schiffsfinanzierungshaus Hansa Treuhand gegründet hat. Weitere negative Einflüsse seien Rückgänge bei den Ladungsmengen und erhebliche Überkapazitäten an Schiffstonnage.

Die Reeder reagieren darauf, indem sie ihre Schiffe aus dem Verkehr ziehen. Wer kann, verkauft unrentable Tonnage oder verschrottet sie. Doch aufgrund der augenblicklich sehr niedrigen

> Die bundesdeutsche Wirtschaft ist besonders betroffen

Schrottpreise wurde dieser Weg in den vergangenen Monaten kaum gewählt. Denn wenn die Schrottpreise nicht die Verbindlichkeiten decken, werden Schiffe aufgelegt. Dem Branchendienst Alphaliner zufolge liegen derzeit so viele Schiffe beschäftigungslos auf Reede wie seit Beginn der Krise vor sieben Jahren nicht mehr. Ende Januar waren es 326, das entspricht 6,4 Prozent der gesamten Containertransportkapazität.

Eine Prognose, wann das Ende der Krise erreicht sein wird, mag Ebel nicht abgeben: „Wir kommen mit jedem Tag dem Ende näher, aber wir wissen nicht, wann wir es erreicht haben werden“.

Manchmal könnten aber kleine Veränderungen den gesamten Markt drehen, ergänzt Jan Bartels, Schifffahrtsexperte bei Hansa Treuhand. „Das Ende der Sanktionen gegen den Iran ist so ein Beispiel. Möglicherweise werden auch die Sanktionen gegen Russland gelockert.“ Auch die inzwischen wieder steigende Verschrottung könnte einen positiven Effekt auslösen, so Bartels.

Hoffnungen, die Globalisierung würde langfristig schon wieder Tempo in die Markte bringen, dämpft Thomas Straubhaar, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg und Ex-Direktor des Hamburgischen Welt-WirtschaftsInstituts (HWWI): „Die Globalisierung, wie wir sie früher gefeiert haben, mit Containern, Schiffen und Häfen, wird immer weniger relevant. Es kann ökonomisch nicht nachhaltig sein, Standardgüter zentral herzustellen und sie um die halbe Welt zu transportieren. Künftig wird wieder mehr vor Ort produziert, näher am Kunden.“

Das würde die Nachfrage nach Schiffstransporten sicherlich erheblich verändern.

Eigel Wiese

Mehr Grund

Von Ilse Hennigs

In Großbritannien tut sich etwas. Manches spricht dafür, dass dort die EU-Gegner die Oberhand gewinnen. Dieses ist umso bemerkenswerter, als die Briten von vielen Nachteilen der Vergemeinschaftung, unter denen die Deutschen leiden, weitgehend verschont sind. Da ist zum einen der immense Mitgliedsbeitrag, der für die Briten durch den sogenannten Britenrabatt abgemildert wird. Dann sind da die immensen Kosten des rechtswidrigen Bail-Out trotz Nichtbeistands-Klausel (No-Bail-Out-Klausel), die den Inselbewohnern durch die Beibehaltung der eigenen Währung erspart bleiben. Als drittes sei die weitgehende Verschonung von der Asylsucherflut genannt, die Großbritannien nicht nur der Insellage, sondern auch dem Verzicht auf Schengen zu verdanken hat. Und schließlich wird Englands Handel mit Russland nicht derart durch Brüssel torpediert wie der deutsche (siehe Seite 7).

Die Bundesrepublik leidet also ungleich stärker unter der Vergemeinschaftung als das Vereinigte Königreich und hätte von daher ungleich mehr Grund, zu Brüssel auf Distanz zu gehen. Aber ihre Bürger werden im Gegensatz zu den Untertanen der Königin ja nicht gefragt.

Wie in der DDR

Von Manuel Ruoff

Als Historiker, der sich von Berufs wegen mit der Geschichte befasst, und als ein älter werdender Mensch, der zwangsläufig immer mehr erlebt hat, habe ich zunehmend Déjà-vu-Erlebnisse. Da sind zum Beispiel die deutsch-polnischen Beziehungen.

Jahrelang war Kritik an den Milliardenzahlungen Deutschlands über die EU an Polen politisch unkorrekt. Schließlich waren es ja angeblich wir Deutschen, die von der Union am meisten profitierten. Seitdem aber Warschau sich Brüssels Versuch widersetzt, die Asylsucher per Kontingenten auf die EU-Staaten zu verteilen, werden auf einmal in der Bundesrepublik die EU-Zahlungen an Polen thematisiert und der östliche Nachbar als großer Profiteure der EU dargestellt, der nun gefälligst auch einmal Solidarität zu üben habe.

Analog wurde in der DDR jahrzehntelang die Freundschaft zu den Freunden jenseits der Oder gepredigt. Als jedoch in Polen die Gewerkschaft „Solidarität“ den Ostblock zu destabilisieren drohte, wurden auf einmal in den DDR-Medien antipolnische Stereotype gepflegt.

Die Parallelen liegen auf der Hand. Solange Polen und der jeweilige deutsche Staat im selben Block sind und gemeinsam nach der Pfeife der Blockzentrale – in Moskau beziehungsweise Brüssel – tanzen, ist westlich der Oder bedingungslose Freundschaft mit Polen angesagt und Kritik am Partner verpönt. Aber wehe, Warschau droht aus der Reihe zu tanzen – durch die Ostblock-kritische „Solidarität“ oder die EU-kritische PIS –, dann wird Kritik an Polen nicht nur geduldet, sondern sogar geschürt – wie billig.

Wissenschaft und Wahnsinn

Von Stephanie Sieckmann

Ein interessanter Ansatz zum Thema der Flüchtlingskrise und der geplanten Masseneinwanderung nach Europa ergibt sich auch bei der näheren Betrachtung der Person Angela Merkel.

Theoretisch könnte sie mit ihren Kollegen darauf setzen, dass eine überlegte weitere Grenzöffnung mit der unausgesprochenen Einladung „Kommt her und findet euer Glück“ eine weitere Völkerwanderung bewirkt. Diejenigen, die jetzt aus Syrien und Nordafrika zu uns strömen, könnten zum Beispiel in einigen Monaten, sobald die Visumpflicht für die Balkanstaaten aufgehoben ist, durch eine zweite Gruppe von Zureisenden Verdrängung erfahren. Die eine Gruppe der Zuzügler würde dann mit einer zweiten Gruppe konfrontiert werden. Ein Szenario, das eine gewisse Spannung mit sich bringt. Bewohner der Balkanstaaten haben nämlich oft bereits Verwandte in Deutschland, können hier bei diesen unterkommen und haben damit eine Adresse. Zudem können sie über die vorhandenen Kontakte schneller an Arbeitsplätze kommen als Asylbewerber.

> Vielleicht befinden wir uns nur in Merkels Versuchsanordnung

Als weitere Entwicklung sind verschiedene Möglichkeiten denkbar. Vernachlässigen sollte man dabei die Variante, bei der es zu einem offenen Konflikt zwischen den beiden um Arbeitsplätze und Wohnraum rivalisierenden Gruppen kommen könnte. Interessanter ist das Szenario, dass die in den letzten Monaten zu uns über die Grenzen geströmten sogenannten Asylsuchenden wieder zurück in ihre Heimatländer reisen. Oder ganz praktisch: einfach die dann verwaisten Balkanländer besiedeln. Nach dem Vorbild Saudi-Arabiens, von dem zu hören ist, das es seine Landwirtschaft nach Kalifornien auslagern will und dort entsprechend Ländereien aufkauft, könnten die nordafrikanischen Länder ihre ausgewanderten Einwohner als ausgelagerte Landwirte einsetzen und die Versorgung des Heimatlandes über diese Außenposten organisieren.

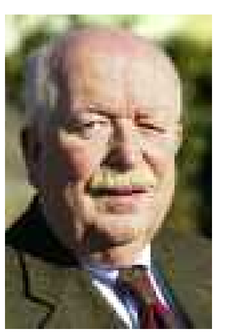
Zugegeben, das klingt skurril. Doch vielleicht ist das, was wir gerade in Deutschland erleben, schlicht und einfach auch eine individuelle Versuchsanordnung. Angela Merkel ist schließlich studierte Physikerin. Ihre Diplomarbeit trug den Titel „Der Einfluss der räumlichen Korrelation auf die Reaktionsgeschwindigkeit bei bimolekularen Elementarreaktionen in dichten Medien“. Das lässt sich doch übertragen. Räumliche Korrelation? Liegt vor. Bimolekulare Elementarreaktionen? Zeigen sich. Dichte Medien? Ja, Deutschland ist dicht besiedelt. Vergleichsweise. Da geht aber noch was. Das zeigen uns die Politiker gerade. Noch spannender aber ist das Thema ihrer Dissertation: „Untersuchung des Mechanismus von Zerfallsreaktionen mit einfachem Bindungsbruch und Berechnung ihrer Geschwindigkeitskonstanten auf der Grundlage quantenchemischer und statistischer Methoden“. Zerfallsreaktionen – trifft es genau. Einfacher Bindungsbruch – stimmt. Wie schön, dass wir eine hochintelligente Kanzlerin haben. Doch wie war das gleich? Genie und Wahnsinn liegen eng beieinander. Hoffen wir mal das Beste.



Masseneinwanderung als Variante von Merkels individueller Versuchsanordnung? Die Physikerin promovierte mit dem Thema „Untersuchung des Mechanismus von Zerfallsreaktionen mit einfachem Bindungsbruch...“

Bild: dapd

Gegenwind



Europa und die EU trennen Welten

Von Florian Stumfall

Bildreich, aber doch mit einem etwas bitteren Unterton hatte im November 2014 vor dem EU-Parlament in Straßburg Papst Franziskus Europa mit einer unfruchtbaren Frau verglichen, denn der Alte Kontinent bringe nichts mehr hervor. Der Papst wörtlich: „Demnach scheinen die großen Ideale, die Europa inspiriert haben, ihre Anziehungskraft verloren zu haben zugunsten von bürokratischen Verwaltungsapparaten seiner Institutionen.“ Daraufhin erhielt Franziskus einen erbosten Anruf von Kanzlerin Angela Merkel, die auf diesem Weg nicht zum ersten Mal bewies, dass sie gegenüber dem katholischen Kirchenoberhaupt nicht den angemessenen Ton findet.

Zwar liegt der Vorfall schon längere Zeit zurück, doch Franziskus kam jetzt in einem Interview noch einmal darauf zu sprechen, was der Kanzlerin eine Gelegenheit zur Unhöflichkeit gab. Sie setzte noch eins drauf und erklärte, die könne sich an ein derartiges Gespräch nicht erinnern.

Merkel aber hätte sich und dem Staat, in dessen Namen sie auftritt, diese Peinlichkeit ersparen können, wenn sie, was die intellektuelle Redlichkeit gebietet, einen Unterschied gemacht hätte zwischen der EU und Europa. Doch sie hat die Brüssel-Propaganda der politischen Kaste derart verinnerlicht, dass sie zu dieser Unterscheidung nicht fähig ist.

Doch das ist spätestens dann unumgänglich, wenn, wie bei Franziskus zu vernehmen, die Rede ist von „starken und tiefen Wurzeln“. Die hat Europa so zweifelsfrei, wie sie der EU fehlen. Nicht einmal auf die an sich selbstverständlichste Formalie kann sich diese berufen, nämlich eine Legitimation durch die Bürger Europas, geschweige denn, dass sie bei ihnen „tief und stark verwurzelt“ wäre.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Dieses Europa hat es längst gegeben, bevor man in Brüssel einen bürokratischen Moloch errichtet hat. Denn dieses Europa ist ein kulturelles, ein geistiges Gebilde, und die Wurzeln, aus denen es über Jahrhunderte gelebt hat, sind die griechische Philosophie, die Staatskunst der Römer und der ethische Kanon des Christentums. Das sind jene „starken und tiefen Wurzeln“, von denen der Papst sprach. Doch wie geht die EU, wie geht Brüssel mit diesem Erbe um?

Es scheint nicht übertrieben zu sagen, dass die Verwaltung der geistigen Erbmasse Europas durch die EU schändlich ist und skandalös. Europa darf für sich in Anspruch nehmen, in seiner Geistesgeschichte den Begriff der persönlichen Freiheit hervorgebracht und in seiner politischen Geschichte immer wieder verwirklicht zu haben, wenn auch mit schmerzlichen Rückschlägen. Die EU stellt einen solchen Rückschlag dar, die Regelungsdichte durch Brüsseler Diktat grenzt ans Groteske, die Gewaltenteilung in den EU-Institutionen ist ebenso abgeschafft wie die Aufteilung von Macht durch föderale Elemente. Der Zentralismus kennzeichnet das System durchgehend und hat sich dazu das beschönigende Attribut der „Harmonisierung“ zugelegt, damit man das Kind nicht beim Namen nennen muss: nämlich Gleichschaltung.

Die Erinnerung an die attische Demokratie ist dahin, dahin auch ihr eigentlicher Sinn, nämlich die Freiheit des einzelnen. Dass sie innerhalb der EU tagtäglich gemindert wird, zeigt sich am deutlichsten am Zustand der Meinungsfreiheit, um die es so elend bestellt ist. Zu wesentlichen Gegenständen der politischen Agenda wie Russland, USA, Nato, Klima, Entwicklungshilfe und vor allem der Sinnhaftigkeit der EU selbst ist nur eine einzige Meinung zugelassen. Der Wettstreit der Ideen, europäisches Erbe aus tiefem Grund, ist in der EU erloschen. Wer aus der Reihe schert, wird mundtot gemacht.

Während Europas Staatsphilosophie seit Jahrhunderten den Zusammenhang zwischen der Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit erkannt hat, brechen sowohl die EU-Institutionen als auch die Regierungen der Mitgliedsländer Rechtsverordnungen als Regelfall. So hat man für den dauerhaften Bruch des Verbots der Vergemeinschaftungen von Schulden aus dem Lissabon-Vertrag im EWS sogar eine eigene Institution geschaffen.

Rechtsbrüche, wo immer es opportun erscheint, und die Bereitschaft der EU und ihrer Mitgliedsländer, beliebig in der Welt Angriffskriege zu führen, die in Deutschland dem Grundgesetz und allenthalben dem Völkerrecht widersprechen, ist der harmloseste Rechtsbruch beileibe nicht.

Dies letztere geschieht als Ausdruck des Vasallentums gegenüber den USA. Diese haben das Erbe Europas bereits mit dem Sezessionskrieg ausgeschlagen und konzentrieren sich völlig auf die EU als ihren Fuß in der eurasischen Tür. Auch hier könnte der Gegensatz zwischen Europa und der EU kaum deutlicher sein: Europa gab einst den politisch-ethischen Leitfaden für die Neue Welt mit, die EU ist nun der Erfüllungsgehilfe für die globale Herrschaft durch die „Neue Weltordnung“.

Wie gering in Brüssel das Recht geachtet wird, war auch an der Bedenkenlosigkeit zu erkennen, mit der Länder wie Bulgarien oder Rumänien in die Gemeinschaft aufgenommen wurden, die weitgehend von Korruption, Nepotismus und Kriminalität durchsetzt sind. Doch dergleichen gibt es nicht nur am Balkan, vielmehr sind es die Institutionen selbst, die den Rechtsbruch fördern. Das meiste Geld in der EU wird im Bereich Landwirtschaft verbraten, denn der ist am meisten vergemeinschaftet. Hier gehen Jahr für Jahr Milliarden durch Betrug verloren, Geld der Steuerzahler. Die EU-Kommission kennt Täter und Methoden, unternimmt aber nichts. Vertuschung dient dem Gemeinschaftswerk, die Wahrheit schadet ihm. Ein ehemaliger belgischer EU-Beamter, Paul van Buitenen, wurde disziplinarisch belangt, weil er eine Denkschrift über die Korruption in Brüssel verfasst hatte.

Die Missachtung des Rechts gefährdet indes nicht nur die Freiheit, sondern sie untergräbt ebenso das ethische Fundament, ohne das keine Gemeinschaft sein sollte. Diese Einsicht aber hat in Brüssel nie Platz gegriffen – es hätte geschehen können, wenn man sich je des christlichen Ethik-Kanons besonnen hätte, der wesentlich zum Erbe Europas gehört. Christliche Bezüge aber waren in der EU bisher nur in der Form der Ablehnung zu erkennen, wenn es etwa darum ging, das Verbot von christlichen Symbolen voranzutreiben.

In einer einzigen Hinsicht macht die EU von einem Element des europäischen Erbes Gebrauch. Das ist die Staatsidee, die im Wesentlichen von Rom überliefert ist. Nun stellt allerdings Rom den ärmlichsten Erblasser europäischer Schätze dar, und die Staats-Idee ist von allem, was Europa hervorgebracht hat, das gefährlichste Geschenk. Und wenn, wie in der EU mehr und mehr der Fall, Recht und Freiheit gemindert und getilgt werden, dann wird, so ein Wort des Kirchenvaters Augustinus, der Staat, hier also die EU, zu einer „Räuberbande“.

> **Der Autor**: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Es ist offenkundig: Papst Franziskus und Kanzlerin Merkel haben von zwei völlig verschiedenen Dingen gesprochen, er von Europa, sie von der EU. Je mehr Europa als ein geistiges Gebilde dem Niedergang entgegengeht, darin fleißig befördert durch immer neue Bildungsreformen, umso weniger steht es der EU mit ihrer politischen Anmaßung im Wege. In Brüssel weiß man nicht, wo Sokrates wohnt, an hellenischen Belangen interessieren nur die Möglichkeiten und Notwendigkeiten, das heutige Griechenland bei der Stange zu halten. Von geistigem Glanz zu träumen, kann da nur hinderlich sein.

Ein Trichter fürs »Ärschlein«

Wörterburg und Märchentempel – Kassel hat ein neues Erlebnismuseum: die »Grimmwelt«

Um ihre berühmtesten Bewohner ins rechte Licht zu setzen, hat sich die Stadt Kassel nicht lumpen lassen: Viele Millionen Euro kostete der multimediale Freizeitpark zu Ehren der Märchenbrüder.

Der Reiz ist groß, über das den Brüdern Jacob und Wilhelm Grimm in Kassel gewidmete neue Museum einfach hinwegzugehen. Denn der Architekt Kilian Kada hat die Nord- und Südfassade seiner mit Travertin verkleideten „begehbaren Skulptur“ mit Treppen ausgestattet, die auf die Dachterrasse führen. Aber letztlich kommt es auf die inneren Werte an. Gehen wir also hinein.

Der von außen an eine Festung oder einen Tempel erinnernde Bau heißt „Grimmwelt“ hat 20 Millionen Euro gekostet, die von der Stadt Kassel, dem Land Hessen und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung aufgebracht wurden. Er weist im Inneren vier Ebenen mit 1600 Quadratmetern Ausstellungsfläche auf. Geschäftsführerin Susanne Völker erklärt die „Grimmwelt“ zur erlebnisorientierten Einrichtung für ein breites Publikum.

Im Blickpunkt steht das vielseitige Werk Jacob (1785–1863) und Wilhelm (1786–1859) Grimms sowie seine vielfältigen Impulse für Literatur, Kunst, Film und Forschung. Für die Ausstellungsarchitektur zeichnet „Holzer Kobler Architektur“ verantwortlich. Die Ausstellungskonzeption haben Annemarie Hürlimann und Nicola Lepp erarbeitet.

Zum Auftakt der Dauerausstellung nutzt documenta-Künstler Ecke Bonk eine Wand als Projektionsfläche für eine schier endlose Wörterkette. In langsamer alphabetischer Folge ziehen alle Begriffe vorüber, die im „Deutschen Wörterbuch“ verzeichnet sind. Man müsste 100 Tage bleiben, um die mehr als 300 000 Wörter gelesen zu haben. Das gigantische Projekt des Wörterbuchs begannen die Grimms 1838. Sie kamen bis „F“. Zahlreiche Nachfolger saßen bis 1961 in der Bundesrepublik und der DDR an der Vollendung des Wörterbuchs, über das Wilhelm äußerte: Es „soll die deutsche Sprache umfassen, wie sie sich in drei Jahrhunderten ausgebildet hat: es beginnt mit Luther und schließt mit Goethe“.

„Weisz“ – die Grimms schrieben statt „ß“ stets „sz“ – leuchtende Neonbuchstaben leiten den Besucher durch die 25 Ausstellungbereiche, die drei thematischen Schwerpunkten zugeordnet sind. Die erste Sektion ist der Welt der Sprache und der Texte gewidmet. Dem Begriff „Ärschlein“ ist ein Trichter zugeordnet. Wer ein Schimpfwort hineinruft, bekommt eine altertümlich klingende Beleidigung zurück, etwa „Topfsau“ oder „Giftnickel“. Dazu passt Jacob Grimms Vorwort des ersten Bandes: „Das wörterbuch ist kein sittenbuch, sondern ein wissenschaftliches, allen zwecken gerechtes unternehmen, selbst in der bibel gebricht es nicht an wörtern, die bei der feinen gesellschaft verpönt sind.“ Wir sehen: Er war ein Verfechter der Kleinschreibung.

In der Abteilung „Buch“ ist anhand von Erstausgaben die wissenschaftliche Arbeit der Grimms ausgebreitet, darunter die „Deutsche Grammatik“, die „Deutsche Mythologie“ und „Die deutsche Heldensage“. Das größte Heiligtum des Hauses aber befindet sich hinter Panzerglas: Die fünf Handexemplare der zweibändigen ersten und der dreibändigen zweiten Auflage der ab 1812 veröffentlichten Kinder- und Hausmärchen. Sie wurden von den Brüdern mit handschriftlichen Ergänzungen und Textabwandlungen für künftige Auflagen versehen. Die fünf Handexemplare gehören seit 2005 zum Unesco-Weltdokumentenerbe. Insbesondere Wilhelm überarbeitete die gesammelten Märchen von Ausgabe zu Ausgabe.



Bild: Grimmwelt/Jan Bitter

Labyrinth der Worte: Kassel huldigt auch den Autoren des „Deutschen Wörterbuchs“

Der Grimm-Spezialist Heinz Rölleke erklärt, Wilhelm „näherte sich geradezu genial mehr und mehr einem verloren geglaubten älteren Märchenton an. Indem er diese angeblich verschüttete Sprechart zu rekonstruieren versuchte, schuf er unversehens und letztlich ungewollt etwas völlig Neues, die einmalige Poesie und Wortkunst der Grimmschen Märchen“.

Der zweite thematische Schwerpunkt dreht sich um Bilder und Imaginationen, die von den Grimmschen Märchen hervorgebracht worden sind. Das Künstlerduo Anders Lutz und Andres Guggisberger hat die aus Beton und Mörtel geschaffene „Märchenbombe“ beigesteuert. Dem aufgeplatzten Hohlkörper sind phantastische, roh und ungeschlacht wirkende Kleinwesen entstiegen: Däumlinge etwa oder bizarre Mischwesen, halb Mensch, halb Tier. Säulenartige Gebilde, die mit grünen Borsten ausgestattet sind, symbolisieren eine Dornenhecke. Aus Lautsprechern vernimmt man Einflüsterungen, die dazu verlocken, vom „rechten Weg“ abzukommen. Dabei gerät man vor den „Zauberspiegel“ von Schneewittchens böser Stiefmutter oder auf den Spuren von Hänsel und Gretel ins Hexenhaus.

Der abschließende thematische Schwerpunkt erzählt aus dem Leben von Jacob und Wilhelm Grimm. Unter dem Stichwort „Cassel“, das übrigens im Deutschen Wörterbuch als erläuterter Begriff nicht vorkommt, wird daran erinnert, dass die in Hanau geborenen Brüder trotz Abstechern nach Marburg und Göttingen rund 30 Jahre in Kassel verbrachten, bevor sie 1841 Friedrich Wilhelm IV. von Preußen an die Königliche Akademie der Wissenschaften nach Berlin berief. Unter dem Begriff „Quitte“ steht Wilhelms Frau Dorothea im Blickpunkt. Ausgestellt sind die von ihr gesammelten Quittenrezepte.

Auch zur Märchensammlung trug sie bei. Zum Beispiel „Tischlein deck dich“. Das inspirierte den documenta-Künstler Antoni Miralda zu der wandfüllenden Installation „Banquet Table Tales“. Sie besteht aus Tellern, auf die Kochrezepte Dorotheas geschrieben sind, und Tabletts, die mit Objekten Märchen wie „Der süße Brei“ erzählen. Der Junggeselle Jacob teilte sich die Wohnung mit der Familie Wilhelm Grimm. Aus ihrem „Nachlasz“ sind ein Sofa sowie Wilhelms Taschenuhr und Jacobs mit kleinen Hufeisen als Glücksbringern geschmückte Krawattennadel ausgestellt.

Veit-Mario Thiede

„Grimmwelt“, Weinberg 21, Kassel, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Freitag bis 20 Uhr. Eintritt: 8 Euro. Das Begleitbuch aus dem Sieveking Verlag kostet im Museum 19,90 Euro, im Buchhandel 29,90 Euro. www.grimmwelt.de

MELDUNGEN

Mit Klarinette auf Tournee

Berlin – Vom 2. bis 9. März geht die Junge Deutsche Philharmonie auf Frühjahrstournee. Die Konzertreise mit Werken von Mozart, Carl Maria von Weber, Mendelssohn Bartholdy und dem Klarinettisten Jörg Widmann führt durch Bamberg, Fribourg, Aschaffenburg, Berlin, Hamburg und Wilhelmshaven (www.jdph.de). Daneben hat das Orchester Bruckners 9. Sinfonie und ein Violakonzert auf CD eingespielt (Ensemble Modern Medien/Edel EMCD-029). *tws*

Dali im Bahnhof von Lüttich

Lüttich – Am 27 Februar wird im Calatrava-Bahnhof von Lüttich-Guillemins die Ausstellung „Von Salvador bis Dalí“ eröffnet. Die auch auf Deutsch präsentierte Schau mit 150 Werken des spanischen Surrealisten läuft bis zum 31. August (www.expodali.be). *tws*

Zweimal Horst Janssen

Paderborn/Hamburg – Werke des bedeutenden deutschen Grafikers, Plakatkünstlers und Illustrators Horst Janssen stehen im Mittelpunkt von gleich zwei Ausstellungen. „Horst Janssen – Meine Hölle bin ich selber“ heißt die neue Ausstellung in der Reithalle von Paderborn-Schloss Neuhaus, in der bis zum 5. Juni 140 Werke aus der Privatsammlung des Kunstverlegers Tete Böttger zu sehen sind (www.paderborn.de/galeriereithalle). Vom 2. März bis 3. Juli stellt in Hamburg das Altonaer Museum den „Horst-Janssen-Archipel“ vor. Dabei werden mehr als 240 Werke des 1995 gestorbenen Hamburger Enfant terribles gezeigt (www.altonaer-museum.de). *tws*

Wanderer zwischen den Welten

Unterschätzter Autor und Frauenversteher – Der vor 100 Jahren geborene Henry James

Herman Melville und Mark Twain – das sind die Namen, die einem zur Frage nach den bekanntesten US-Romanautoren des 19. Jahrhunderts einfallen. Von Henry James ist dabei selten die Rede. Wie bitte, lautet da häufig der Einwand, war der nicht Engländer? Ja, aber nur ein Jahr lang. Ein Jahr vor seinem Tod am 18. Februar 1916 nahm der Amerikaner aus Protest gegen die bis dahin passive Haltung seiner US-Regierung im Ersten Weltkrieg die britische Staatsbürgerschaft an. Der Autor, der in Bonn studiert hatte, der das Land seines Idols Goethe liebte und perfekt Deutsch sprach, ließ sich bei Kriegsausbruch vom britischen Patriotismus mitreißen.

Der 1843 in New York geborene Kosmopolit lebte zu dem Zeitpunkt schon rund 40 Jahre im Königreich, weshalb er für viele bis heute als viktorianischer Autor gilt. Doch schon die Titel seiner erfolgreichen Klassiker wie „Der Amerikaner“, „Damen in Boston“ oder „Washington Square“ lassen ahnen, dass sich James nie richtig von seiner alten Heimat lösen konnte. Der beinahe schon in aristokratisch-wohlhabenden Verhältnissen aufgewachsene Autor, dessen Bruder William ein berühmter Philosoph und Psychologe wurde, war ein Wanderer zwischen zwei Welten. Schon als Jugendlicher genoss er das Privileg, Europa bereisen zu können. Die jahrtausendalte Kultur seiner Vorväter weckte in ihm solche Begierden, dass er ab 1875 zuerst in Paris, wo er sich aber als Fremder fühlte, und kurz darauf in London seine Zelte aufschlug. Er galt als erster Vertreter einer verlorenen Generation von wichtigen US-Autoren der Moderne, die wie nach ihm T. S. Eliot, Ezra Pound, Ernest Hemingway oder Henry Miller in Europa ihr Glück versuchten.

Richtig heimisch wurden die wenigsten von ihnen dort. Sie bildeten meist eine Clique unter sich. Ablesbar ist das in James' bekanntestem Roman „Porträt einer Dame“, der auf einem englischen Landsitz, in Florenz und Rom spielt, bei dem aber von einer Ausnahme abgesehen alle wichtigen handelnden Figuren Amerikaner sind.

Bild: Wikipedia

Henry James (1843–1916)

Wer sich auf den dicken Wälzer einlässt, den die Neuseeländerin Jane Campion 1996 mit Nicole Kidman aufwendig fürs Kino inszeniert hat, der muss Geduld aufbringen: Es passiert kaum etwas. Der Roman heißt ja „Porträt“ und nicht „Geschichte einer Dame“. James porträtiert das Innenleben der jungen, freiheitsliebenden US-Lady Isabel Archer, die in Italien auf einen Landsmann hereinfällt, indem sie ihn heiratet. Sie ließ sich von dem schöngeistigen Nichtsnutz blenden, der nur hinter ihrem Geld her war. Während Freud die Psychoanalyse begründete, legte James seine Heldin erzähltechnisch auf die Couch und analysierte ihr Seelenleben. Banal gesagt: Er installierte die Kamera von außen in den Kopf der Figuren hinein und entwickelte dabei eine subjektive Erzähltechnik, aus der sich später die von Thomas Mann genutzte „Erlebte Rede“ oder der moderne Bewusstseinsroman entwickelte.

Dies alles macht James zu einem Vorläufer der Moderne und die Lektüre am Ende – sofern man sich als Leser auf die nicht immer leicht zu durchschauende Perspektive einlässt – zu einem bleibenden Erlebnis. Und oft auch zu einem Rätsel: Über seine bekannteste Erzählung, die Spukgeschichte „Die Drehung der Schraube“, streiten sich die Anglisten bis heute, ob sich die unheilvollen Geisteserscheinungen in und um einem englischen Schloss allein im Kopf der erzählenden Gouvernante abspielen oder nicht. Hat die als vernünftig dargestellte Frau also eine Schraube locker? Die Frage muss der Leser ganz für sich allein beantworten.

James hat nicht solch ein kraftvolles Abenteuer wie „Moby Dick“ und kein volkstümliches Vergnügen wie „Tom Sawyer“ geschaffen – und doch steht er wegen seiner erzählerischen Raffinesse von der Bedeutung her auf einer Stufe mit Melville und Mark Twain. In Deutschland hat er es schwer, wahrgenommen zu werden, da seine Werke in mehreren Verlagen verstreut erscheinen. Zum Jahrestag hat dtv eine Neuübersetzung von „Daisy Miller“ herausgebracht, Hanser eine von „Die Gesandten“, Manesse von „Die Europäer“ sowie den Erzählband „Tagebuch eines Mannes von 50 Jahren“. Außerdem ist im Parthas Verlag von Hazel Hutchison die neue Biografie „Henry James“ erschienen. *Harald Tews*

Das verflixte 4. Jahr

Diesmal ist der Februar einen Tag länger

Der Februar dieses Jahres endet später als sonst. Er hat einen Tag mehr: Es ist Schaltjahr. Üblicherweise hat der Februar 28 Tage. Weil aber der Erd-Umlauf um die Sonne einen Tick länger dauert als das kalendarische Jahr und sich so auf die 365 Tage pro Jahr immer knapp sechs Stunden hinzuaddieren, hat Papst Gregor 1582 beschlossen, zum Ausgleich alle vier Jahre einen zusätzlichen Tag einzuführen, es sei denn das Jahr ist nicht durch vier teilbar und – von wenigen Ausnahmen abgesehen – kein Säkularjahr wie 2000. Dieses Jahr aber ist es wieder so weit, ganz zur Freude all jener, die in einem Schaltjahr am 29. Februar Geburtstag haben.

Rossini feierte nur alle vier Jahre Geburtstag

Es gibt nur wenige Prominente, die an einem 29. Februar geboren wurden. Der wohl bekannteste unter ihnen ist der italienische Komponist Gioachino Rossini, Jahrgang 1792. Am 29. Februar 1796 wurde er ein Schaltjahr alt, sein zweites konnte er erst wieder 1804 feiern, weil ja 1800 kein Schaltjahr sein durfte. Auch der Amerikaner Herman Hollerith (Jahrgang 1860), Erfinder der Lochkartenmaschine, wurde an einem 29. Februar geboren, ebenso die französische Schauspielerin Michèle Morgan (1920). In der Neuzeit waren die Schaltjahre gemeinhin die Jahre, in denen Olympische Spiele und US-Präsidentschaftswahlen stattfanden.

Die an einem 29. Februar Geborenen haben in den Jahren, in denen sie keinen „richtigen“ Geburtstag feiern können, viel Spott zu ertragen. Allerdings scherzen sie dann in Schaltjahren zurück, wenn sie auf die Frage, wie alt sie seien, antworten: „Nur ein Viertel so alt, wie ich aussehe.“ Humor bewies auch ein Düsseldorfer zu seinem Geburtstag am 29. Februar 1988. Im Jahr 1916 geboren, so errechnete er, sei er 1988 gerade 18 Jahre alt geworden und damit wehrpflichtig. Diese Erkenntnis zu Papier bringend, schrieb er an das örtliche Kreiswehrersatzamt und fragte an, wo und wann er einrücken müsse. Die Bundeswehr spielte das Spiel mit und konterte in humoriger Weise, indem man dem kriegsgedienten 72-jährigen mitteilte: „… darf ich Sie bitten, vorurteilsfrei in den Spiegel zu schauen, ob Ihnen das Gesicht eines 18-jährigen entgegenblickt oder nicht. Sollten Sie bei Ihrer persönlichen Musterung zu einem positiven Ergebnis kommen, sind Sie unser Mann!“ *Wolfgang Reith/tws*

Wenn es an Interesse und Anteilnahme mangelt

Die Wahrnehmung der Deutschen als Opfer: In Rundfunk, Presse und den anderen Medien des deutschsprachigen Raums

Gewiss sollte man sich bei der Beurteilung der Rolle der Medien vor Verallgemeinerungen hüten. Jedoch liegt man wohl nicht völlig falsch, wenn man den Eindruck hat, dass die Leiden der Deutschen als Opfer im Allgemeinen und die der Heimatvertriebenen im Besonderen in den deutschsprachigen Medien weder auf ein besonders großes Interesse noch auf eine besonders große menschliche Anteilnahme stoßen.

Zuweilen mag auch nur Gedankenlosigkeit oder Verständnislosigkeit das Bild in den Medien prägen. Zwei Beispiele mögen dies belegen: Als eine Nachrichtensendung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen über die Versöhnungsveranstaltung in der tschechischen Stadt Brünn anlässlich des 70. Jahrestages des bekannten Brünner Todesmarsches berichtete, wurde der Bericht mit einem Foto unterlegt, das Deutsche mit vollgepackten Pferdewagen zeigte, auf denen sogar Schränke zu sehen waren. Die Wahrheit war eine völlig andere: Die Opfer des Brünner Todesmarsches fuhren nicht auf Pferdewagen, sondern liefen zu Fuß, und nur mit der Habe, die sie auf dem Rücken oder mit ihren Händen tragen konnten.

Das von der Nachrichtenredaktion falsch ausgewählte Bild erinnerte mich an ein – allerdings vor langer Zeit – veröffentlichtes Foto in der Mitte eines Artikels über Vertreibungen. Das Foto zeigte lachende gutgenährte Kinder, die aus den Fenstern von polnischen D-Zugwagen dem Fotografen fröhlich zuwinkten. Der Text unter dem Foto erklärte, es handele sich um einen Transport von Kindern deutscher Heimatvertriebener. Jeder Leser dieser Zeitung wusste und jeder Redakteur hätte wissen müssen, dass die deutschen Kinder 1945 ihre Heimat im Osten nicht lachend in D-Zugwagen verließen, sondern nicht selten traurig in Güterwaggons oder in Viehwagen. Da offenbar auch in der Redaktion jener Zeitung sich jemand daran erinnerte, wurde in einer späteren Ausgabe eine Berichtigung abgedruckt des Inhaltes, es habe sich bei dem Foto nicht um deutsche heimatvertriebene Kinder gehandelt, sondern um einen Transport polnischer Kinder aus den an die Sowjetunion abgetretenen ostpolnischen Gebieten.

Dem Luftkrieg, dem Hunderttausende von Zivilpersonen nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Teilen Europas und später Japans zum Opfer fielen, widmen die Medien inzwischen nicht wenig Aufmerksamkeit – konservative Medien allerdings wohl mehr als andere. Erstaunlich und zugleich unverständlich ist es allerdings, wenn in einer großen überregionalen deutschen Tageszeitung eine Karte mit den von Bombenangriffen heimgesuchten deutschen Städten veröffentlicht wurde, die sich auf Städte westlich von Oder und Neiße beschränkte, die verheerenden Luftangriffe vor allem auf Königsberg und Swinemünde – der von 670 amerikanischen Bomberflugzeugen am 12. März 1945 auf die mit Flüchtlingen aus Ostpreußen vollgestopfte Stadt Swinemünde geführte Angriff tötete immerhin rund 20 000 Menschen – also schlicht nicht wahrnahm. Über den Grund dieser Nicht-Wahrnehmung kann man nur rätseln; man kann jedenfalls nur hoffen, dass es sich bei dieser Auslassung nicht um redaktionelles Nichtwissen handelte, sondern um die Unsicherheit hinsichtlich der Ortsnamen der früher deutschen, jetzt polnischen oder russischen Städte.



Nicht nur die „NZZ"-Redaktion ließ es an Mitgefühl für sie vermissen: Deutsche Opfer des Luftkrieges, hier 1945 in Dresden Bild: akg

Dazu ein Beispiel aus der deutschen und eines aus der ausländischen Presse: In einer deutschen überregionalen Tageszeitung wurde eine Sportsendung im Fernsehen mit dem Hinweis angekündigt: "Tennis, WTA-Turnier der Damen in Katowice/Polen." Über dieselbe Stadt war in einer Schweizer überregionalen Zeitung zu lesen: "Um Kattowitz erstreckt sich mit einem Netz von rund 200 Kilometern eines der längsten Strassenbahnnetze Europas." Ist es nicht ein Zeichen von geradezu perverser political correctness, wenn ein deutscher Journalist meint, er müsse „Katowice/Polen" schreiben (warum dann nicht „Polonia"?), während ein Schweizer Journalist kein Problem mit „Kattowitz" hat?

Wenig Mitgefühl mit den deutschen Opfern des Luftkrieges zeigte die Redaktion einer angesehenen Schweizer Zeitung: Als der Autor des Buches „Die Zerstörung deutscher Städte im Luftkrieg", Björn Schumacher, bei der Redaktion der „Neuen Zürcher Zeitung" („NZZ") anfragte, ob dort Interesse an einer Besprechung dieses Buches bestehe, erhielt er eine negative Antwort unter anderem mit der Begründung: „Hätte Hitler den 2. Weltkrieg nicht vom Zaun gebrochen, so wären keine Bomben auf deutsche Städte gefallen. So einfach ist das".

„So einfach" ist das also, wenn beispielsweise noch im März 1945 durch einen militärisch sinnlosen Bombenangriff auf Dresden Zehntausende von Frauen und Kindern getötet werden. Andere Sprüche zu Dresden wurden von den Medien nicht erfunden, sondern nur weitergetragen, so der schwer verständliche Ausspruch der früheren Dresdner Oberbürgermeisterin, Dresden sei „eine schuldige Stadt" gewesen. Wie kann eine Stadt schuldig sein? Gemeint war vermutlich deren Bevölkerung – aber das traute die Oberbürgermeisterin sich wohl nicht zu sagen, weil das Abwegige einer solchen Verallgemeinerung auf der Hand liegt. Berichtet wurde in der Presse auch über die Rede, die Gregor Gysi anlässlich des Gedenkens an die Bombardierung der Stadt Dresden 2015 gehalten hat und in der er die Schrecken dieses Angriffes mit der Formulierung relativiert hat, der Krieg sei damit dahin zurückgekehrt, von wo er ausgegangen sei. Diese mit den Opfern wenig sympathisierenden Äußerungen werden allerdings noch weit übertroffen von dem Spruch auf einem Spruchband, das (Gegen-)Demonstranten in Dresden zeigten und der den für den Luftangriff auf Dresden seinerzeit verantwortlichen britischen Luftmarschall Harris aufforderte, dies wieder zu tun: „Do it again, Harris!" Man fragt sich, was in den Köpfen solcher Sprücheklopfer vorgeht, und man fragt sich zugleich, warum eine Strafanzeige wegen Volksverhetzung von der zuständigen Staatsanwaltschaft als angeblich unbegründet zurückgewiesen wurde.

Eine besonders intensive Form der Nichtanteilnahme am Leiden der Opfer ist die Nichtkenntnisnahme. Als ein trauriges Beispiel dafür kann der russische Kriegsveteranen portraitierende Artikel „Danke, Viktor" in der Zeitschrift „Chrismon", der aus der Zeitschrift „Christ und Welt" hervorgegangenen monatlichen Beilage zu verschiedenen überregionalen Zeitungen, genannt werden.

»Chrismon« bedankte sich bei den Rotarmisten und verschwieg die Vergewaltigungsopfer

In diesem ausführlichen, sich über mehrere Seiten hinziehenden Beitrag sind Interviews mit früheren sowjetischen Soldaten veröffentlicht, die über ihre Erlebnisse und Gefühle im „Großen Vaterländischen Krieg" berichten. Der Beitrag schildert durchaus eindrucksvoll und informativ die Erinnerungen jener Soldaten. Auffallend ist allerdings, dass in dem umfangreichen Artikel die brutalen Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45 mit keinem Wort zur Sprache kommen. Ein Leser, dem dieses Beschweigen aufgefallen war, schrieb an die Autorin: „Konnten Sie dieses Thema (also das Verhalten der Soldaten der Roten Armee gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung, speziell gegenüber Frauen und Mädchen) in Ihren Interviews zur Sprache bringen oder war dies – aus welchen Gründen auch immer – unmöglich oder zumindest unangebracht?" Die Frage blieb unbeantwortet. *Ingo von Münch*

Nach der »Befreiung« ging das Hungern erst richtig los

Vor 70 Jahren kürzte Großbritannien in seiner Besatzungszone die Lebensmittelzuteilungen für die Bevölkerung um ein Drittel

Bereits einige Tage vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, am 28. August 1939, begann im Dritten Reich die Rationierung von Lebensmitteln. Allerdings waren die Rationen großzügig bemessen. So standen damals jedem Erwachsenen unter anderem 700 Gramm Fleisch und 420 Gramm Fett pro Woche zu. Hierdurch lag die Kalorienzufuhr bei 3100 Kilokalorien pro Tag und damit deutlich über dem Empfohlenen. Bis zum Mai 1945 sank die Ration auf 2010 Kilokalorien, was für Normalarbeiter bereits zu wenig war, denn die benötigen im Durchschnitt um die 2400 Kilokalorien. Doch das war beileibe noch nicht das Ende der Talfahrt.

Infolge von Flucht und Vertreibung zogen riesige Menschenströme von Ost nach West. So trafen allein in der britischen Besatzungszone bis Anfang 1947 3,67 Millionen heimatlos Gewordene ein. Dadurch stieg die Bevölkerungszahl um fast 20 Prozent. Erschwerend kam hinzu, dass weltweit zu wenig Nahrungsmittel produziert wurden. Der Mangel erfasste sogar die USA, wo die Verwendung von Weizen bei der Bierherstellung verboten und das Mehl rationiert wurden. Daher konnte keine der vier Besatzungsmächte die Deutschen ausreichend versorgen – was allerdings auch gar nicht unbedingt beabsichtigt war. So meinte der britische Militärgouverneur Bernard Montgomery, wenn die Besiegten etwas hungern müssten, sei das vollkommen berechtigt. Allerdings änderte der Field Marshal dann Anfang 1946 seine Meinung und warnte das Kabinett in London vor einer humanitären Katastrophe ungeahnten Ausmaßes. Zu diesem Zeitpunkt erhielten die Bewohner der britischen Zone lediglich noch 1500 Kilokalorien pro Tag – das lag nun sogar unter dem, was ein Mensch benötigt, der ganztägig das Bett hütet.

Aber „Montys" Intervention blieb erfolglos. Aufgrund der nach wie vor völlig desolaten Versorgungssituation verfügte die Militärregierung in Bad Oeynhausen am 28. Februar 1946 eine Reduzierung der Rationen auf 1014 Kilokalorien. Dem schlossen sich kurz darauf die US-Amerikaner und Franzosen an. In deren Machtbereich mussten die Einheimischen nun ab März 1946 mit 1275 beziehungsweise gar nur 880 Kilokalorien auskommen.

Bernard Montgomery hielt es für berechtigt, wenn die Besiegten hungern müssen

Für den Normalverbraucher in der britischen Zone, der meist sarkastisch „Maximalverzichter" genannt wurde, standen im Frühjahr 1946 folgende Mengen an Nahrungsmitteln pro Tag zur Verfügung: 180 Gramm Brot, 266 Gramm Kartoffeln, 35 Gramm Grieß oder Haferflocken, 16 Gramm Fleisch, 21 Gramm Fisch, 29 Gramm Zucker oder Marmelade, zwei Gramm Käse, 0,07 Liter Magermilch und 14 Gramm Fett – letzteres war ein Fünftel der medizinisch für ratsam erachteten Mindestdosis. Dieses Fünftel schrumpfte dann im Sommer 1946 noch einmal auf die Hälfte.

Infolge des Fettmangels nahm die Zahl der Erkrankungen an Lungentuberkulose um 400 Prozent gegenüber 1938 zu. Die Säuglingssterblichkeit verdoppelte sich. Und auch sonst verfielen die Menschen zusehends. Im Sommer 1946 hatten drei Viertel der Bevölkerung deutliches Untergewicht. Hungerödeme, Anämien, Nierenschäden und Rachitis waren an der Tagesordnung, weswegen die Zahl der Todesfälle durch Mangelernährung rapide nach oben schnellte. Ebenso gab es immer mehr Suizide aufgrund unerträglicher Lebensumstände.

Nichtsdestotrotz reagierten die britischen Verantwortlichen zunächst mit Ignoranz: „Eine Hungersnot im üblichen Sinne besteht nicht", meinte John Burns Hynd, der Minister für deutsche und österreichische Angelegenheiten. Andere gaben zynische Ratschläge wie "Besser kauen" oder „Früher schlafen gehen." Dabei fielen die Ausgehungerten inzwischen sogar über die Hunde der alliierten Offiziere her. So meldete eine US-Zeitung, das Ausmaß, in dem diese „getötet und verspeist werden, kommt einer Herausforderung gleich".

Im Juli 1946 waren die Verhältnisse schließlich derart dramatisch, dass der deutsche Zonenbeirat, dem unter anderem auch Konrad Adenauer angehörte, an die britische Militärregierung schrieb: „Die entstehende Verzweiflung gefährdet ... aufs Ernsteste den Glauben an den guten Willen der Besatzungsmacht. In politischer Hinsicht wird eine schwere Vertrauenskrise nicht ausbleiben."

Zur Linderung der Not regte Hans Schlange-Schöningen in seiner Eigenschaft als Leiter des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone an, 20 000 Tonnen Sojabohnen zu importieren und die Fischerei zu intensivieren. Mit Letzterem griff er einen damals häufig geäußerten Vorschlag auf. Viele plädierten zudem für die Schaffung einer deutschen Walfangflotte zwecks Verbesserung der Fettversorgung.

Die Briten entschieden sich statt dessen aber lieber dafür, Lebensmittel aus ihrer Heimat heranzuschaffen, die dann auf der Insel fehlten, was dort ebenfalls zu einer Absenkung der Rationen führte. Doch blieb London keine Alternative hierzu, denn die flächendeckende Aushungerung der Deutschen verzögerte die Wiederherstellung der ökonomischen Selbstständigkeit der britischen Zone und verlängerte somit die kostenintensive Besatzungszeit. Dies erkannte auch der Verfasser eines Leitartikels in der „Times": „Die Belege dafür, dass sich der Gesundheitszustand der deutschen Bevölkerung während der letzten Monate infolge der Unterernährung verschlechterte, sind eindeutig. Von allen Faktoren, welche die wirtschaftliche Erholung in Deutschland behindern, ist dieser Aspekt sicherlich der wichtigste. Er beeinträchtigt die Arbeitskraft der Industriearbeiter direkt – durch die Auswirkungen auf ihre Gesundheit – und indirekt, da sie ihrem Arbeitsplatz fernbleiben, um zusätzliche Nahrung zu beschaffen. Die Rate der normalen Fehlzeiten übertrifft 20 Prozent."

Erst Währungsreform, Marshallplan und Kalter Krieg beendeten 1948 das Hungern

Durch die Lieferungen aus Großbritannien, die sich 1946 dann immerhin auf zwei Millionen Tonnen summierten, konnten die Rationen im Spätsommer wieder auf 1550 Kilokalorien angehoben werden. Allerdings stürzte die britische Zone schon zu Beginn des Jahres 1947 in die nächste Versorgungskrise, denn nun gingen auch in England die Vorräte aus, was die USA durch eine verstärkte Bereitstellung von Mais zu kompensieren versuchten. Dennoch war 1947 noch einmal ein extremes Hungerjahr, in dem die Zuteilungen in manchen Monaten nur 750 bis 900 Kilokalorien betrugen. Erst im darauffolgenden Jahr endete die Hungersnot, nachdem der US-Präsident den Marshallplan in Kraft gesetzt hatte, die D-Mark an die Stelle der Reichsmark getreten war und die Westmächte angesichts des einsetzenden Kalten Krieges ein wachsendes Interesse daran entwickelten, die Sympathien der Deutschen zu gewinnen. *Wolfgang Kaufmann*

Kampfeinsätze eingeschlossen

Unter Prinz Adalbert gewann Preußens Marine in ihren letzten Jahrzehnten noch eine gewisse Bedeutung

Nach dem Scheitern der 48er Revolution und damit des Versuches, eine gesamtdeutsche Flotte aufzubauen, kam es zu einer nennenswerten Vergrößerung des Schiffsbestandes der preußischen Flotte. Dafür zeichnete insbesondere Prinz Adalbert von Preußen verantwortlich.

Als kontinental orientierte Landmacht hatte Preußen lange Zeit keinen großen Wert auf den Ausbau seiner Kriegsflotte gelegt. Es vertraute auf den Beistand der Seemächte Großbritannien, Holland und Dänemark. Das rächte sich 1848 mit Beginn des Schleswig-Holsteinischen Krieges, als die Skandinavier plötzlich zum Kriegsgegner wurden und Engländer wie Niederländer neutral blieben. In der Folge kam der deutsche Seehandel fast vollständig zum Erliegen. Daraufhin beschloss die Frankfurter Nationalversammlung, sechs Millionen Taler zu investieren und eine eigene Reichsflotte aufzustellen, deren Leitung Prinz Adalbert von Preußen übertragen wurde. Der Neffe König Friedrich Wilhelms III., der als ausgewiesener Experte in Marinefragen galt, übte das Amt des Chefs der Technischen Marinekommission der Provisorischen Zentralgewalt für Gesamtdeutschland allerdings nur bis zum Februar des Jahres 1849 aus. Wenige Monate später, im Mai, übernahm er das Oberkommando über die preußischen Seestreitkräfte.

Diese erlebten unter Adalbert, der am 30. März 1854 formell zum „Admiral der preußischen Küsten“ avancierte, einen bemerkenswerten Aufschwung. Nachdem das Königreich 1849 noch mit 27 kleinen Kanonenbooten, zwei Dampfern und einer Korvette hatte auskommen müssen, wuchs die Anzahl der schwimmenden Einheiten bis 1871 auf 66. Darunter befanden sich nun die Panzerschiffe „Friedrich Carl“, „Kronprinz“, „König Wilhelm“, „Hansa“, „Prinz Adalbert“ und „Arminius“, das alte englische 91-Kanonen-Linienschiff „Renown“, die Dampffregatte „Barbarossa“, fünf Dampfkorvetten sowie 23 Dampfkanonenboote. Somit war Adalbert seinem 1848 formulierten Ziel, ein „kräftiges Dampfgeschwader“ zu schaffen, das „jeder befreundeten Flotte ein willkommener Alliierter sein wird“, ein erhebliches Stück näher gekommen, auch wenn die preußische Marine bis zu ihrer Umwandlung in die Marine des Norddeutschen Bundes nicht durch große Siege zur See auf sich aufmerksam machen konnte.

Wie heute die Deutsche Marine kämpfte vor 160 Jahren schon die preußische gegen Piraten

So endete die Strafexpedition gegen die Rif-Piraten in Marokko, die Prinz Adalbert eigenmächtig und gegen den ausdrücklichen Rat des Kommandanten seines Flaggschiffes „Danzig“, Korvettenkapitän Prinz Wilhelm von Hessen-Philippstal-Barchfeld, während der jährlichen Geschwaderübungen im Atlantik anordnete, mit einem handfesten Fiasko. Beim Versuch an der Küste anzulanden, um den heimtückischen Überfall auf die Stettiner Brigg „Flora“ zu rächen, kam es am 7. August 1856 zum Gefecht von Tres Forcas, das wegen der feindlichen Übermacht abgebrochen werden musste. Zuvor fielen sieben preußische Marinesoldaten und 22 weitere wurden verwundet – darunter auch Adalbert selbst, der einen Oberschenkeldurchschuss erlitt.

Desgleichen erbrachte das Seegefecht bei Jasmund am 17. März 1864 zu Beginn des Deutsch-Dänischen Krieges, bei dem zwei preußische Korvetten und acht Kanonenboote unter dem Kommando von Kapitän zur See Eduard von Jachmann auf ein dänisches Linienschiff und vier Fregatten beziehungsweise Korvetten trafen, nur ein unbefriedigendes Remis. Trotz seines enormen Angriffsgeistes konnte das preußische Geschwader den feindlichen Schiffsverband, der vor Rügen lag und die Zufahrt nach Swinemünde blockierte, nicht abdrängen.

Ein weiteres Duell fand am 9. Mai 1864 in der Nordsee unweit Helgoland statt, wobei es erneut gegen die dänische Blockadeflotte ging. Diesmal erhielt das preußische Kontingent, das unter dem Kommando von Korvettenkapitän Gustav Klatt stand und einen Raddampfer sowie zwei Kanonenboote umfasste, Unterstützung durch die österreichischen Schraubenfregatten „Schwarzenberg“ und „Radetzky“, womit eine numerische Übermacht bestand. Allerdings brach der österreichische Linienschiffskapitän Wilhelm von Tegetthoff den Kampf ab, als sein Flaggschiff in Brand geschossen wurde, so dass die Dänen einen Sieg verbuchen konnten. Dieser erlangte aber keine Bedeutung mehr, weil Dänemark an der Landfront unterlag und kapitulieren musste.

Im Deutschen Krieg von 1866 gegen Österreich erfolgten keine nennenswerten Einsätze der preußischen Marine, weil die feindliche Flotte im Mittelmeer gebunden war. Preußens italienischer Verbündeter erlitt am 20. Juli 1866 in der Seeschlacht von Lissa eine schwere Niederlage gegen die österreichischen Panzerschiffe. Das blieb aber ohne Auswirkung auf den Kriegsausgang, da Preußen über Österreich in der Entscheidungsschlacht von Königgrätz obsiegte.


Bild: CF

Ab 1854 Oberbefehlshaber der Marine: Prinz Adalbert von Preußen

Im Anschluss an den Triumph über Österreich erfolgte die Gründung des Norddeutschen Bundes. Preußens Marine wurde zur Marine des Norddeutschen Bundes. Diese stand wiederum unter dem Kommando von Prinz Adalbert von Preußen und war im bald folgenden Deutsch-Französischen Krieg an zwei Seegefechten beteiligt.

Das erste ereignete sich am 22. Juli 1870 in der Danziger Bucht. Dort lagen drei französische Panzerkorvetten, welche die Hafenstadt bedrohten. Gegen sie wagte der Kommandant der Glattdeck-Korvette „Nymphe“, Korvettenkapitän Johannes Weickhmann, eine tollkühne nächtliche Attacke. In deren Verlauf konnte er zwar keinen einzigen Treffer erzielen, aber er erreichte, dass die überraschten Franzosen in Panik abzogen.

Ein weiteres Artillerieduell zur See fand am 7. November 1870 vor der kubanischen Küste unweit von Havanna statt. Dort traf das deutsche Dampfkanonenboot „Meteor“ auf den französischen Aviso „Bouvet“, woraus sich ein Feuergefecht entwickelte, bei dem beide Schiffe Schäden davontrugen.

Ansonsten gab nur noch die Dampfkorvette „Augusta“ Schüsse auf Versorgungsschiffe ab, die vor der Biscaya-Küste verkehrten. Dabei kam es zu einer Versenkung, bevor die „Augusta“ im Hafen von Vigo, wo sie Kohlen bunkern wollte, festsaß, weil draußen auf See eine französische Übermacht aufgefahren war.

Noch während des Krieges gegen Frankreich, dessen siegreiches Ende aber bereits absehbar war, gründeten die deutschen Fürsten dann das Deutsche Reich, und aus der Marine des Norddeutschen Bundes wurde die kaiserliche. Prinz Adalbert zog sich nach dem letzten Einigungskrieg aus der Leitung der Marine zurück und starb zwei Jahre später an einem Leberleiden. *Wolfgang Kaufmann*

Autor des »Pfaffenspiegel«

Vor 130 Jahren starb der Kirchenkritiker Otto von Corvin

Außer, dass er am 12. Oktober 1812 in Gumbinnen als Sohn des dortigen Postdirektors geboren wurde, hatte Otto Julius Bernhard von Corvin-Wiersbitzki – Pseudonym: Otto von der Weiden – mit Ostpreußen nichts weiter zu tun: Mit zwölf Jahren kam er nach Potsdam in das Kadettenhaus, 1830 wurde er Leutnant in einem Infanterieregiment in Mainz. 1835 nahm er Abschied vom Heeresdienst und wurde Schriftsteller. Der Publizist hatte ein abenteuerliches Leben in Deutschland, Amerika und England.

Die von Corvin vorliegende Selbstbiografie schränkt eine Biografie hier ein, sie lädt aber dazu ein, den Ostpreußen Otto von Corvin berichten zu lassen. In dem 1861 erschienenen Werk „Aus dem Leben eines Volkskämpfers“ heißt es:

„Über meine Jagdvergnügungen versäumte ich jedoch meine literarischen Beschäftigungen nicht; im Gegenteil, sie wurden durch die einsamen Gänge in dem frischen Walde begünstigt. Ich begann ein Trauerspiel in Prosa: ‚Die Gräfin von Chateaubriand‘, wovon ich drei Akte fertig schrieb. Meine ‚Hunyaden‘ waren längst vollendet, und als ich sie ‚auf Verlangen der meist aus Frauen und Mädchen bestehenden Badegesellschaft vorlas, hatte ich die Genugtuung, ihnen allen Tränen zu entlocken. Bücher erhielt ich aus einer Leihbibliothek in Quedlinburg und lebte so ein recht angenehmes, einfaches Leben. Zuzeiten waren auch Konzerte in dem Gasthause der Blechhütte, die dicht am Fuße der Roßtrappe liegt, und wo alle Damen, eifrig strickend, anwesend waren.

Es war schon spät im Herbst, als mir die Rückkehr des Obersten (Oberst von Meyern war 1835 Corvins Gastgeber auf seinem Landgut Hohenberg bei Stendal) nach seinem Gute angezeigt wurde. Mit Bedauern verließ ich das schöne Bodetal, das ich seit jener Zeit nicht wiedergesehen habe.“



Otto von Corvin — Bild: Archiv

1845 schrieb Corvin sein Buch „Historische Denkmale des christlichen Fanatismus“, in dem seine antiklerikale Einstellung besonderen Ausdruck findet. Corvin vermerkt im Vorwort zur zweiten Auflage aus dem Jahre 1868, dass der staatliche Zensor der ersten Auflage, durch den er das Material überprüfen lassen wollte, in Leipzig ein Professor Hardenstern war: „Er sandte mir häufig mein Manuskript mit dicken Strichen versehen zurück.“

Die Neubearbeitung erschien unter dem Titel „Pfaffenspiegel“ im Oktober 1868. Der zweite Band, ein Ergänzungswerk zum „Pfaffenspiegel“, „Die Geißler“, folgte bald dem ersten, „allein ehe der dritte noch erscheinen konnte, brach der Sturm von 1848 los, der mich in Paris fand, wo ich Zeuge der Februar-Revolution wurde. Die Zeit des Schreibens war nur vorläufig vorüber.“

„Von der Kritik wurde mein Buch durchweg günstig aufgenommen und meinem Fleiß und Bestreben die vollste Anerkennung zuteil“, so Corvin an anderer Stelle. Aus Amerika kehrte er 1867 nach Deutschland zurück, ließ sich in Berlin als Mitarbeiter verschiedener ausländischer Zeitungen nieder. Als Berichterstatter erlebte er den Deutsch-Französischen Krieg. Weitere Schriften von Otto von Corvin sind „Hassan“ (1836), das Trauerspiel „Die Hunyaden“ (1836), „Geschichte der Aurora von Königsmark“ (1847), „Die goldene Legende“ (1875) und „Zehn Jahre aus meinem Leben“ (1875). 1884 schließlich erschien „Aus dem Zellengefängnis“, Briefe aus bewegter, schwerer Zeit 1848 bis 1856. Otto von Corvin starb am 1. März 1886 in Wiesbaden. *E.B.*

Der unterkühlte Neutze

Vor 25 Jahren starb der älteste der drei schauspielenden Brüder

Am gestrigen Donnerstag wurde auf Arte die empfehlenswerte deutsch-französisch-Schweizer Dokumentation „Die Gentlemen baten zur Kasse – Die wahre Geschichte des legendären Postraubs“ widerholt. Wie der Titel möglicherweise bereits vermuten lässt, hält sich der Film an den deutschen Kultdreiteiler aus dem Jahre 1966 „Die Gentlemen bitten zur Kasse“ und greift wiederholt auf Szenen aus ihm zurück. So gab es ein Widersehen nicht nur mit Horst Tappert als Michael Donegan, sondern auch mit Günther Neutze als einem herrlich britisch unterkühlten oder zumindest selbstbeherrschten Archibald Arrow. Der „Spiegel“ formuliert es so, dass Neutze im Vergleich mit seinen „weicher und auch lebhafter“ wirkenden jüngeren Brüdern und Kollegen Hans Lothar und Horst Michael der „kantigste“ sei. Als wortkarg und publicityscheu wird er beschrieben. Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ spricht von einem „kühlen Darsteller mit starker Präsenz, der auch ohne große Gesten auffiel“.

Manche mögen das für langweilig halten, aber dieser staubtrockene, unprätentiöse, souveräne, unterkühlte Typus ist zumindest dem Norddeutschen nicht unsympathisch. Und aus Norddeutschland kommt Günther Neutze auch. Am 5. März 1921 wurde der älteste Sohn eines Justizbeamten in Hannover geboren. Bereits als Schüler stand er als Statist auf der Bühne des Schauburg-Theaters an der Hildesheimer Straße. Er nahm privaten Schauspielunterricht und hatte in Aschaffenburg sein erstes Theaterengagement.

Nach Kriegsdienst und Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion erhielt er 1947 ein Engagement am Landestheater seiner Geburtsstadt. Gastspiele auf anderen Bühnen folgten, doch seiner Heimatstadt blieb er treu. 1975 schlug der Anhänger des Fußballvereins Hannover 96 sogar ein Angebot, ins Wiener Burgtheater zu wechseln, aus.

Daneben machte er auf der Mattscheibe Karriere, vor allem in Krimis. Bereits Anfang der 60er Jahre spielte er sowohl in „Stahlnetz“ als auch in „Kriminalmuseum“. Das erste und letzte Mal sowohl mit Hans Lothar als auch mit Horst Michael Neutze war er in Jürgen Rolands 1964 produziertem Spielfilm „Polizeirevier Davidswache“ zu sehen. Nur mit Hans Lothar und Günther Neutze entstand im selben Jahr der Fernsehfilm „Flug in Gefahr“ nach Arthur Haileys Roman „Flight into Danger“. Wenn diese beiden Filme auch erfolgreich waren, so gelang Neutze der Durchbruch doch erst zwei Jahre später in dem Straßenfeger über den britischen Postzugraub.

Ein Norddeutscher wie aus dem Buche

Ab 1967 drehte der auf Krimis spezialisierte Hamburger Erfolgsregisseur Jürgen Roland mit Neutze in der Hauptrolle des schnoddrig-mürrischen französischen Kommissars Bernard die Krimiserie zum Mitraten „Dem Täter auf der Spur“. 18 Folgen hatte die Serie. Der Produktionszeitraum, 1967 bis 1973, deckt den Höhepunkt der Karriere des Günther Neutze ab. Diverse sehenswerte Produktionen mit ihm fallen in diese Zeit.

Danach wurde es etwas ruhiger um den Mimen, der auch im Hörfunk sein Publikum fand. 1976 spielte er jedoch noch einmal an der Seite von Walter Kohut, Harald Leipnitz und Herbert Bötticher in der absolut sehenswerten Kriminalkomödie „Vier gegen die Bank“. Regie führte Wolfgang Petersen. Das Drehbuch schrieb Wolfgang Menge. Kopiert zu werden, ist bekanntlich das größte Kompliment, und so spricht es für sich, dass Weihnachten eine Neuverfilmung mit Jan Josef Liefers, Michael „Bully“ Herbig, Matthias Schweighöfer und Til Schweiger in die Kinos kommen soll.

Günther Neutzes Herzkrankreit forderte ihren Tribut. 1979 brach er während einer Theatertournee zusammen. 1983 zog er sich ins Privatleben zurück. Am 26. Februar 1991 schließlich starb der nicht einmal 70-Jährige in seiner Geburts- und Heimatstadt Hannover an den Folgen eines Schlaganfalls. *Manuel Ruoff*

Falsche Bretzel

Zu: Kein Satz zu den deutschen Kriegsgefangenen (Nr. 4)

Der Beitrag von Ingo von Münch ist wieder einmal hervorragend gelungen, sachkundig, abgeklärt und mit zutreffendem Urteil beschlossen. Lediglich ein kleiner geografischer Fehler hat sich darin eingeschlichen: Es handelt sich nicht um „Bretzenheim bei Mainz“, sondern um Bretzenheim im Landkreis Bad Keuznach, Teil der Verbandsgemeinde Langenlonsheim. Es ist ein an der Nahe gelegener Weinort, zehn Kilometer, bevor der Fluss bei Bingen in den Rhein mündet. Das Ortswappen zeigt in der unteren Hälfte eine Brezel. In der Gemarkung liegt das „Feld des Jammers“, das zu den Rheinwiesenlagern gehört.

Aus der Ortsgeschichte erwähnenswert ist, dass die Herrschaft Bretzenheim 1772 durch den Grafen Karl August von Heydeck für 300000 Gulden gekauft wurde. Dieser war ein unehelicher Sohn des Kurfürsten Carl Theodor von der Pfalz und der Tänzerin und Schauspielerin Maria Josepha Seyffert. 1789 wurde die Herrschaft zum Reichsfürstentum erhoben, allerdings bereits 1795 im Koalitionskrieg französisch besetzt. Fürst Heydeck wurde für diesen Verlust mit Lindau entschädigt, das er 1803 an Österreich verkaufte, was Napoleon aufs Höchste erregte.

Das im Beitrag fälschlich genannte Bretzenheim bei Mainz ist seit 1930 Stadtteil der heutigen Landeshauptstadt. Es hat gleichfalls eine Brezel im Wappen (seit 1920), wenn auch in anderer Ausrichtung. **Joachim Jänsch, Wald-Michelbach**

Marionetten eines Überwachungsstaats

Zu: Attacken auf das Bargeld (Nr. 5)

Die Bundesregierung erwägt die Einführung einer Obergrenze für alle Barzahlungen im Inland. Als Arbeitsgröße ist ein Betrag von 5000 Euro im Gespräch. Als Grund für den Eingriff wird die gewachsene Bedrohungslage durch den Terrorismus genannt.

Es wird schon länger auch aus anderen Gründen über eine Einschränkung von Bargeld diskutiert. Die Bundesregierung fordert eine einheitliche europäische Lösung, sei aber notfalls bereit, ein Bargeldlimit festzulegen. Es kann in unserer Demokratie doch noch nicht angehen, dass Bargeld zurückgedrängt werden soll, obwohl es für Verbraucher unter Datenschutzgesichtspunkten von großem Vorteil ist. Wer Obergrenzen oder sogar Abschaffung diskutiert, darf die enormen Konsequenzen für Verbraucher nicht außer Acht lassen.

Bei einer Abschaffung des Bargeldverkehrs könnten dann die Sicherheitsbehörden den kompletten Zahlungsverkehr nachvollziehen. Es gibt weltreichende Möglichkeiten zur Steuerung der Geldpolitik durch den digitalisierten Zahlungsverkehr. Es wird ersichtlich, dass das Hauptziel tatsächlich in der Einführung repressiver Maßnahmen gegen die Sparer liegen dürfte.

Der Kontrollverlust der Vermögensbesitzer wird zunehmen. Sparer wären gezwungen, Sonderabgaben und Transaktionssteuern auf ihr digitales Vermögen zu akzeptieren oder das Geld zu investieren. Der Weg in ein Überwachungssystem wird geebnet. Alle finanziellen Transaktionen hinterlassen dann digitale Spuren. Egal ob beim Brötchenkauf, beim Bier – die Krankenversicherungen dürften an Informationen interessiert sein, die aufzeigen, wer alkoholische Getränke und Tabakwaren einkauft. Die Gesundheitsrisiken ließen sich so viel exakter eingrenzen. Was denken sich diese Bevormunder eigentlich, wenn die Energie oder die berühmte gelobte Technik ausfällt. Aus dem mündigen Konsumenten wird die gläserne Marionette eines übermächtigen Überwachungsstaates. Unsere Freiheitsrechte werden bereits jetzt durch die EU-Bestimmungen systematisch zurückgedrängt.

Die hemmungslose Schulden-Politik treiben EU und Bundesrepublik dazu, sich jeden Cent der Steuerzahler sichern zu müssen. Dies geht aus Sicht der Regierung am besten mit Repression und Überwachung. **Johann Eggers, Jützbüttel**

Ein Trump lässt sich nicht an der Leine führen

Zu: Außenseiter von links (Nr. 6)

Für uns Europäer erscheint der US-Wahlkampf bisweilen unverständlich. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der Kandidat der Republikaner, Donald Trump, bezeichnet den Ehemann der Kandidatin der Demokraten, Hillary Clinton, als „Hund“.

Kein Grund zum Kopfschütteln! In den USA gilt ebenso wie hier der Grundsatz der „Political Correctness“, und viele Dinge bleiben unerwähnt, dennoch versteht sie jeder politisch interessierte Bürger. Tabu-Themen sind zum Beispiel die katholische Kirche, der Einfluss der Neueinwanderer und der der Juden. Auch liegt die Wahl eines Katholiken, eines Juden, eines Farbigen oder einer Frau zum Präsidenten der USA außerhalb der Vorstellungswelt der „echten“ Amerikaner.

Die Wahl des Katholiken John F. Kennedy zum Präsidenten erfolgte, das ist inzwischen bekannt, nicht so sehr durch die Wählerstimmen der Bürger als vielmehr durch die Bestechungsgelder, die der Vater des Präsidentschaftskandidaten den Gewerkschaften gegeben hatte, und aufgrund der Zugeständnisse, die dieser Vater dem organisierten Verbrechen gemacht hatte. Als sich der Sohn John F. und sein Bruder Robert, der spätere Justizminister, nicht daran hielten, wurden beide auf die bei dieser Klientel herrschende Weise frühzeitig beseitigt.

Der erste schwarze Präsident, Barack Obama, konnte neben den Stimmen fast aller Außenseiter und Angehörigen von Minderheiten auch die Stimmen der sich als fortschrittlich vorkommenden Weißen einsammeln und so die Präsidentschaft erringen. Dass er wenig erfolgreich und wenig beliebt war und ist, hat die Wahlkampfstrategen davon abgehalten, wieder einen Schwarzen als aktuellen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen.

Es ist schon ein Kunststück, zu diesen Themen eine sogenannte „öffentliche Meinung“ hervorzuzaubern, die dem wahren Volkswillen weit entgegensteht. Und es ist ganz interessant zu sehen, wie sich auch hier in Europa die gleichgeschalteten Medien zu diesen Themen in Schweigen hüllen.

Als Trump „Hund“ sagte, meinte er, dass er nicht wie Bill Clinton an der Leine seiner Ehefrau durch die Gegend geführt wird, sondern selbst bestimmen wird, wohin es geht. Und jetzt wird einem auch klar, warum die Medien an Trump kein gutes Haar lassen. **Dr. Ferdinand v. Pfeffer, Lünen**

Große Beiträge

Zu: Wer Deutschland kaputt schlägt (Nr. 3) und: Der Plan ist Zerstörung (Nr. 2)

Für die Gastbeiträge von Eva Hermann über global agierende Strippenzieher und Florian Stumfall über Zündelei der CIA in Krisengebieten möchte ich Ihnen von ganzem Herzen danken und Ihnen meine Hochachtung aussprechen. Viele Erkenntnisse waren mir schon dank Ihrer intensiven Hintergrundrecherchen aus der Vergangenheit bekannt.

Sehr erfreut war ich über die Nachricht, dass die Auflagen Ihrer Wochenzeitung steigen. Hoffentlich erreichen die Informationen viele Deutsche, obwohl ich der Meinung bin, dass Deutschland verloren ist und nichts und niemand das Unheil aufhalten kann oder will. **Annegret Kümpel, Antalya/Türkei**

Prognose für 2025

Zu: Der ganz große Knall (Nr. 6)

Der fortgesetzte Hickhack um die Flüchtlings-Asylanten-Zuwandererdebatte ist mit den Beschlüssen unserer schwarz-roten Regierung in eine neue Phase der Verunsicherung getreten. Vieles von diesen Beschlüssen wird kaum umsetzbar sein. Die Voraussetzungen der Annahmen sind nicht gegeben.

Offenbar hat die Weltgemeinschaft in Form unserer "Nato-Freunde" USA und Großbritannien beschlossen, Deutschland zunächst finanziell auszubluten und in ein Armenhaus zu verwandeln. Die willfährige Hilfe in Form unserer Bundeskanzlerin und ihrer Companieros der Koalitionspartei ist dabei offensichtlich nur Formsache.

Englands Premier Cameron erpresst währenddessen die EU, um sein Vereinigtes Königreich vor der Unbill der Einwanderung Fremder zu verschonen, und fordert dafür auch noch einen Beitragserlass ein, um seine Landsleute davon zu überzeugen, dass ein Verbleib in der EU sinnvoll ist. Europa und Großbritannien – das passt einfach nicht zusammen. Die Trennung der ungeliebten Beziehung ist das Sinnvollste, was passieren kann, auch wenn jetzt wieder viele so tun, als sei das ein großer Fehler. Camerons Land war nie Nettozahler, immer nur Netto-Empfänger. "Give me my Money back", rief einst Maggie Thatcher. Cameron reiht sich in diese Phalanx nahtlos ein.

Da die EU nicht wirklich an sich selbst abspecken will, soll wohl wieder Deutschland in die Bresche springen und seinen Netto-Anteil an der EU weiter erhöhen. Was soll Deutschland eigentlich noch alles leisten?

Probleme muss man annehmen und lösen, wenn man denn kann,

Was soll Deutschland noch alles leisten?

sonst könnte das Volk auf die Idee kommen, die Demokratie sei nur eine Schönwettereinrichtung, die nicht in der Lage ist, reale Probleme zu lösen. Wenn man diesem Gedankengang folgt, dann ergibt all das Tun oder Nicht-Tun von Kanzlerin Merkel einen Sinn: den der späten Rache an der Bundesrepublik.

Ich wage hier mal einen Ausblick auf das Jahr 2025 – Erstens: Deutschland befindet sich aufgrund seiner eingegangenen Verpflichtungen (Euro, ESM) im finanziellen Siechtum. Zweitens: Griechenland hat seit mindestens fünf Jahren wieder die Drachme. Drittens: Die EU und auch der Euro befinden sich in Auflösung. Viertens: Die allerletzten Gutmenschen feiern die Ankunft des 30-Millionsten Zuwanderers. Fünftens: deutsch-islamische Politiker rufen die „Islamische Republik“ als Gottesstaat aus. Sechstens: Vereinzelt flammen bürgerkriegsähnliche Zustände auf, die Polizei schießt auf Deutsche. Siebtens: Ende 2025 leben 50 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Achtens: Die Einwohnerzahl in Deutschland hat sich auf 125 Millionen erhöht. **Rudi Armgardt, Viersen-Dülken**

Verzicht auf Besitz

Zu: Polnische Geschichtspolitik (Nr. 4)

Sie schreiben, dass Kohl auf die Ostgebiete durch den Grenzvertrag verzichtet hat. Schon die DDR hatte 1951 einen entsprechenden Grenzvertrag mit Polen. Man kann auf eine Sache nur verzichten, wenn man sie besitzt oder einen Rechtsanspruch darauf hat. Im Fall von Helmut Kohl war weder das eine noch das andere gegeben. Polen war und ist im Rahmen sicherer Grenzen der Nutzer und Besitzer der Ostgebiete. Nicht weniger, aber auch nicht mehr. **Norbert Schadel, Gerhardshofen**

Eine *PAZ*, die sich traut

Zu: Warum Gaddafi gestürzt wurde (Nr. 6)

Seit etwas über einem Jahr erhalte ich die *Preußische Allgemeine* und möchte sie nicht mehr missen. Schon lange wollte ich Ihnen meine Anerkennung für Ihre Arbeit aussprechen. Der Artikel in der Rubrik Gegenwind bringt mich nun aber endgültig dazu, Ihnen zu schreiben.

Ich habe in noch keinem Periodikum, welches "beim Lesen raschelt" in derartiger Offenheit gelesen, was man außer bei Ihnen lesen leider nur selbst im Internet recherchieren kann. Mir war allerdings neu, dass auch im Fall Libyen, so wie in der Ukraine, das Staatsgold „in Sicherheit“ gebracht wurde.

Machen Sie weiter so, mutig für die Wahrheit, dann nehmen Sie auch anderen die Scheu davor, das, was sie als Wahrheit erkennen, auszusprechen und sich nicht mit dem Totschlagargument „Verschwörungstheoretiker“ in die Ecke treiben zu lassen. Wir müssen unseren persönlichen Raum wieder selbstverständlich einnehmen und als ersten Schritt unser Land und unseren Staat zurückbekommen. Sie sind eine der wenigen im Pressewesen, die sich das trauen. **Oswald Kipke, Bad Dürkheim**

Wohltuende Ausnahme

Zu: *PAZ* (Nr. 4)

Ihre Zeitung ist eine mehr als wohltuende Ausnahme im sonstigen journalistischen Einheitsbrei – dabei driftet sie keineswegs in die extreme rechte Ecke ab, sondern beleuchtet die Probleme, wie mein geliebtes Vaterland durch die Politik systematisch ruiniert wird, auf erschreckende und doch erhellende Weise.

Leider will heute ein sehr großer Teil der (Verzeihung: vor allem westdeutschen) Bevölkerung nichts davon wissen, sondern verharrt in seinem jahrzehntelangen Hätschelzustand. Die Ostdeutschen – zumindest die Älteren – sind durch viele staatliche Gefängnis- und Lügenjahre wesentlich resistenter gegenüber Einlullungs- und Verdummungsversuchen. Vielleicht stellt deshalb Ihre Zeitung für die Politik sogar eine gewisse Gefahr dar.

Ich wünsche Ihnen allen für die Zukunft Ihres Blattes nur das Beste – mögen Ihre Journalisten auch weiterhin den vollen Durchblick behalten, wenn es schon andere nicht wollen oder können. Ich jedenfalls freue mich auf jeden Freitag und werde selbstverständlich die *Preußische Allgemeine* auch weiterhin fleißig kaufen und lesen. **Klaus Noack, Dresden**

Kolonialvergangenheit holt das unterwürfige Deutschland ein

Zu: Der Fluch der bösen Tat (Nr. 5)

Seit Mitte der 1970er Jahre habe ich mehrfach auf persönliche Einladungen hin als Gast an Treffen der Herero teilgenommen und bin dabei stets freundschaftlich empfangen worden. Gerade Oberhäuptling Kuaima Riruako betonte dabei immer wieder, dass man die Vergangenheit ruhen lassen und stattdessen eine gemeinsame Zukunft aufbauen wolle.

Tatsächlich war das Verhältnis zwischen den Herero und den deutschstämmigen Einwohnern Südwestafrikas/Namibias trotz des Krieges von 1904 über Jahrzehnte hinweg nahezu spannungsfrei, und so blieb es praktisch bis zum Beginn dieses Jahrtausends. Dann jedoch, mit dem Herannahen des Jahres 2004 und damit der 100. Wiederkehr des Krieges, begannen sich Eintrübungen abzuzeichnen, die von Hereroseite bald in Schuldzuweisungen mündeten und Entschädigungsforderungen nach sich zogen, wobei sich diese – und das war neu – nicht so sehr an die Namibia-Deutschen richteten, sondern vielmehr an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland als der Rechtsnachfolgerin des Deutschen Kaiserreiches.

Wie aber konnten aus einer jahrelangen Versöhnungshaltung solch spalterische Tendenzen erwachsen? Vier gesellschaftliche Gruppierungen in Deutschland waren maßgeblich für diese Entwicklung verantwortlich: Professoren und Wissenschaftler – hier sei insbesondere die Universität Bremen genannt – arbeiteten die deutsche Kolonialgeschichte nach den Grundsätzen des gegenwärtig

Entschädigung nach 100 Jahren

herrschenden Zeitgeistes auf und kamen zur „Erkenntnis“, dass die damaligen „Verbrechen“ bisher nicht durch „Reparationszahlungen“ gesühnt worden seien.

Im Rahmen der Anti-Apartheid-Bewegung hatten sich seit den 1960er Jahren deutsche Pfarrer, vor allem der Evangelischen Kirche, immer wieder nicht nur mit der südafrikanischen Politik der getrennten Entwicklung, sondern auch ihrem „Vorläufer“, dem Kolonialismus, beschäftigt und dabei nachhaltig einen Schuldkult gepflegt, der bislang schon in Bezug auf den Nationalsozialismus existierte, der dann aber auf die einstige Kolonialpolitik – und hier natürlich vornehmlich auf die deutsche – ausgedehnt wurde und der in der Welt seinesgleichen sucht.

Seit 2004 nahmen sich in vermehrtem Maße deutsche Politiker – vor allem der Partei „Die Linke“ (bedingt durch die alte Verbundenheit zwischen der Swapo und der SED), aber auch der SPD und von „Bündnis 90/Die Grünen“ – der Thematik an, um damit auf den Zug der „politischen Korrektheit“ zu springen und sich zu profilieren. Schließlich gesellten sich zum Teil namhafte Rechtsanwälte aus Deutschland, aber auch aus den Vereinigten Staaten dazu, um aus der Angelegenheit Kapital zu schlagen.

All diesen Interessengruppen gemeinsam war die Argumentation: Wenn die Juden für den Holocaust entschädigt wurden, dann haben die Herero ebenso ein Anrecht darauf, wobei vorher jedoch aus dem Krieg ein „Völkermord“ werden muss. Auf diese Weise wurden unter den Herero natürlich große Hoffnungen genährt. Seit den 1990er Jahren verstiegen sich deutsche Historiker sogar zu der Ansicht, Vorbilder für den Mord an den Juden habe es bereits in der deutschen Kolonialgeschichte – und hier insbesondere im Herero-Krieg des Jahres 1904 – gegeben.

Bei Besuchen von Hereroführern in Deutschland merkten diese natürlich schnell, dass sie in den Linken hierzulande Partner fanden, die in der Reparationsfrage nicht nur ein offenes Ohr hatten, sondern sie vielmehr aus-

Und was ist mit den deutschen Opfern?

drücklich in dem Anliegen bestärkten. Überdies sah man in der Thematik eine gute Gelegenheit, die aus der Geschichte hinlänglich bekannte „singuläre deutsche Schuld“ weiter zu nähren. „Wer kann es uns also verdenken", so erläuterte Riruako 2003 im Gespräch, „wenn wir uns das ständige Drängen deutscher Kreise folglich selbst zu eigen machen?" Immerhin seien Juden, Zigeuner, Homosexuelle, ehemalige Partisanen und politisch Verfolgte aller Couleurs durch deutsche Bundesregierungen seit 1949 entschädigt worden – warum also nicht auch die Herero? Wo so viel Geld geflossen sei, da werde doch bestimmt noch weiteres bereitliegen, das man eben nur „abrufen“ müsse. Und so wurden die Forderungen nach Reparationen aus zweifelsohne erlittenem Unrecht des Jahres 1904 gebetsmühlenartig wiederholt und leider inzwischen in Berlin „erhört“.

Nun sollen die beiden für den „Genozid-Dialog“ ernannten Sondergesandten bis Ende dieses Jahres ein tragbares Ergebnis erzielen. Separate Entschädigungszahlungen wird es von deutscher Seite jedoch auf keinen Fall geben, vielmehr wird man wohl die Entwicklungshilfe durch einen Sonderfonds aufstocken. Überdies, so Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) im Vorfeld, müssten bei den Gesprächen auch die deutschen Opfer, also die zu Beginn des Aufstands von den Herero ermordeten Farmer und deren Familienangehörige, Berücksichtigung finden, was eine neue Sicht der Dinge darstellt und wovon bisher nie die Rede war. Es dürfte also noch einmal spannend werden. **Wolfgang Reith, Neuss**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ostpreußenblatt

Nr. 8 – 26. Februar 2016

MELDUNGEN

Lkw-Verkehr lahmgelegt

Memel – Zum 1. Februar sind die bisherigen Genehmigungen für den Lkw-Verkehr zwischen Polen und Russland ausgelaufen, und neue wurden mangels politischer Übereinkünfte seitdem noch nicht ausgestellt. Russische Lkws können daher nicht mehr über Polen in die Bundesrepublik fahren und versuchen es bei eiligen Gütern notgedrungen mit der Fähre von Memel aus, wo die Fahrer in kilometerlangen Rückstaus oft mehrere Tage auf einen Platz für die Fähre nach Kiel warten müssen. Einem Russen aus Pleskau wurden diese an sich unnötigen Strapazen zu viel: Er beging in seiner Kabine kurz vor Erreichen des Memeler Hafengebietes Selbstmord. *T.W.W.*

Armee steht hoch im Kurs

Königsberg – 1500 junge Leute des Königsberger Gebiets wollen sich bei der Russischen Armee verpflichten. Neben Männern melden sich auch vermehrt Frauen freiwillig zum Dienst. Um aufgenommen zu werden, müssen sich die Anwärter einem harten psychologischen Auswahlverfahren unterziehen. Neben der allgemeinen physischen Belastbarkeit wird die Diensttauglichkeit für den angestrebten Bereich getestet. Besteht der Kandidat die ärztliche Tauglichkeitsprüfung, folgt eine Sportprüfung. Wurde der Grundwehrdienst bereits geleistet und verfügt der Bewerber über einen höheren Bildungsabschluss, stehen seine Chancen umso besser. Laut Offizier Natalja Brjanzewa ist die moderne russische Armee nur an hochqualifizierten Spezialisten interessiert. Sie lockt mit guter Bezahlung, einer sicheren und interessanten Tätigkeit sowie einem umfangreichen Sozialpaket mit kostenloser medizinischer Versorgung, der Bereitstellung von Wohnraum und sonstiger Vergünstigungen. *MRK*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomlyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Milomlyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Martenshöh [Marciniaki], Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing [Elblag] – Fichthorst [Jegłownik], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 58: Ortelsburg [Szczytno] – Alt Keykuth [Stare Kiejkuty], Baustelle. Straße Nr. 59: Moythienen [Mojtyny], Umbau der Brücke; Farienen [Faryny] – Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. Straße Nr. 63: Arys [Orzysz] – Johannisburg [Pisz], Bau der Brücke. *E.G.*

Bürger misstrauen Investoren

Bauvorhaben an der Königsberger Hufenallee – Stadt erteilte Genehmigungen vor öffentlicher Anhörung

In Königsberg fand kürzlich eine öffentliche Anhörung zum Bebauungsplan des an der Hufenallee gelegenen Grundstücks des ehemaligen Cafés Skaska statt. Vorwiegend ging es um die Grünflächen entlang des Baches im Park Luisenwahl. Investoren erklärten ihre Vorhaben, doch das Misstrauen der Bürger konnten sie nicht abbauen.



Einst ein beliebter Treffpunkt: Baustelle des ehemaligen Cafés Skaska Bild: J.T.

An der Anhörung nahmen Vertreter der Stadtverwaltung, Investoren, Bürger und Anwohner der umliegenden Häuser teil. Es ging vor allem um zwei Großprojekte, die auf dem Grundstück des ehemaligen Cafés Skaska (Märchen) und dem des Kinotheater Zarja (Morgenröte) geplant sind. An der Stelle des Cafés sind bereits Baurbeiten im Gange. Der Eigentümer des Kinos trägt sich schon seit Längerem mit Plänen, das Gebäude in einen großen Komplex mit Einkaufsmöglichkeiten und Unterhaltungsangeboten umzubauen. Er hatte die Firma „Primavera" mit der Projektplanung beauftragt, die bei der Anhörung vorgestellt wurde. Ein wichtiger Punkt des neuen Bauvorhabens ist der Teil des Parks Luisenwahl in der Nähe der Brücke auf der Hufenallee, die den Fluss des Parks überquert. Die Bauherren planen, den Fluss an dieser Stelle in einem Sammelbecken zu stauen, um so eine kleine Erholungszone zu schaffen.

Insgesamt wollen die Investoren ein städtisches Gelände von beinahe 14 Hektar umgestalten. Das Territorium reicht von der Hufenallee, der Hornstraße [Serschanta Koloskowa], dem Fluss und grenzt an den Park Luisenwahl. Der Vertreter der Baufirma erklärte, etwa die Hälfte des Geländes sei schon bebaut, ein Teil werde noch bebaut, und entlang des Flusses sei eine Grünzone geplant. Von daher könne von neuen Großbauprojekten keine Rede sein. Genau das hatten zuvor Bürger kritisiert, die wegen der gleichzeitigen Bebauung der beiden Grundstücke die Zerstörung der Grünflächen befürchteten.

Diese Ängste versuchten die Investoren mit der Vorstellung ihrer Pläne zu zerstreuen: Am Hang hinter dem Kino sei ein Freiluft-Kino und eine Erholungszone geplant. Was die Anwesenden verwirrte, war die Tatsache, dass die Behörden bereits Bauarbeiten auf dem gesamten Gelände genehmigt hatten, sie also vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Auf die Gewissenhaftigkeit der Investoren, die versprochen hatten, das Flussterrain nicht zu bebauen, wollte sich so recht niemand verlassen. So fiel die Reaktion der Teilnehmer der Anhörung wie erwartet aus: Einige waren wütend, andere empört. Die Mehrheit forderte, dass man ihnen die Feinheiten des Vorhabens im Klartext und nicht in Fachchinesisch erklären möge.

Mehr Fragen als Antworten

Vielen erschien eine Verbindung der Grundstücke des ehemaligen Cafés und des Kinos als verdächtig, da die Investoren Schlupflöcher finden würden, um ihren Bau so groß wie möglich zu gestalten. Die Investoren bestritten, dass es Absprachen zwischen beiden Projekten gegeben habe. Wenn dieser Eindruck entstanden sei, sei das auf Anhörungen vielleicht falsch interpretiert worden. Die Anwohner befürchten, dass der Bereich zwischen Hufenallee und Tiergarten, der für seine reiche Geschichte bekannt ist, seine natürliche Atmosphäre endgültig einbüßen wird.

Insgesamt warf die öffentliche Anhörung nur zusätzliche Fragen auf. Zum Beispiel blieb offen, wie der Umbau in der Nähe des Parkflusses verlaufen soll. Das einzige, was bereits geschieht, ist die Bebauung des Grundstücks des ehemaligen Cafés Skaska, gegen die sich die Bürger und Aktivisten der Vereinigung „Rettet das Kopfsteinpflaster" lange Zeit gewehrt hatten.

Zu sowjetischer Zeit war das Café ein beliebter Treffpunkt in der Stadt gewesen dank seiner günstigen Lage an der Kreuzung der Hufenallee und der Hornstraße sowie wegen seines Angebots und der Auswahl an Gerichten. In den 1990er Jahren wechselten mehrmals seine Besitzer, allmählich verwaiste die Gaststätte und bald musste sie geschlossen werden. Seitdem gab es viele Pläne, das Gebäude wieder auf-, imzubauen, abzureißen oder einen Umbau beziehungsweise einen Abriss und einen Neubau zu errichten. Vor einigen Jahren wurde wieder einmal laut darüber diskutiert. Es hatte sich ein neuer Investor gefunden, der anstelle des Cafés ein Hochhaus bauen wollte.

Seitdem wollen die Polemiken zwischen Bürgern, darunter ein Teil der Vereinigung „Rettet das Kopfsteinpflaster", Stadtvertretern und Bauherren nicht aufhören. Viele Treffen, öffentliche Anhörungen, Diskussionen in sozialen Netzwerken, Streitigkeiten und Petitionen endeten damit, dass die Behörde der Stadt die Bauherren unterstützte und schließlich die Genehmigung zum Bau eines Wohn- und Geschäftshauses anstelle des Cafés Skaska erteilte. Die Firma „Öko plus" erhielt die Erlaubnis, ein vierstöckiges Haus mit Frist bis zum 27. Mai 2017 zu errichten. Der Firma wurde dafür ein 4000 Quadratmeter großes Grundstück zugeteilt. In dem neuen Gebäude sollen ein Café, ein Restaurant, Geschäfte und eine Tiefgarage untergebracht werden.

Jurij Tschernyschew

Denkmaltausch

Heilsberg entfernt sowjetisches Objekt

Das Denkmal der Dankbarkeit für die Rote Armee, das auf der Straße Richtung Königsberger Gebiet steht, wird entfernt. Hauptgrund dafür ist der schlechte Zustand des Objektes.

Einen ähnlichen Beschluss verabschiedete der Stadtrat von Mehlsack, als er im Januar 2014 über die Entfernung des Denkmals des sowjetischen Generals Iwan Tschernjachowskij entschied. Der polnische Rat zur Bewahrung des Gedenkens an Kampf und Martyrium erklärte das Denkmal als widersprüchlich zur polnischen Staatsräson. Trotzdem ist eine russische Delegation am 14. Februar noch nach Mehlsack [Pieniezno] gekommen, um des Todestages des Generals zu gedenken. Die Russen kündigten an, dass sie den Ort jährlich besuchen würden, obwohl die Büste im September letzten Jahres abgenommen wurde und das Denkmal bald komplett entfernt wird.

Der Rat zur Bewahrung des Gedenkens an Kampf und Martyrium bewilligte auch den Abriss des Denkmals der sowjetischen Soldaten in Heilsberg. Das Objekt steht bei der Straße Nr. 51 an der Kreuzung der Bartoszycka und Warminska Straße. Als Begründung gibt der Rat den schlechten Zustand des Denkmals an sowie dass es ein Überrest der Propagandatätigkeit der Regierung der Volksrepublik Polen sei.

Bürgermeister vermeidet Eskalation

Laut Jacek Wisniowski, dem Bürgermeister von Heilsberg, soll die Kreuzung, an der sich das Denkmal befindet, umgebaut werden. Er meint, dass die symbolischen Elemente des Denkmals sich später an einem würdigen Ort befinden sollen, nämlich auf dem Soldatenfriedhof in der Ornecka Straße in Heilsberg. Der Bürgermeister will die angespannte politische Situation nicht mit radikalem Handeln zuspitzen.

An der Stelle des Denkmals für die sowjetischen Soldaten stand früher ein Denkmal für die deutschen Soldaten des Ersten Weltkriegs. *Edyta Gladkowska*

»Russenkinder« gesucht

Polnischer Regisseur plant Dokumentarfilm über ein heikles Thema

Grzegorz Linkowski, ein polnischer Regisseur aus Lublin, sucht russische Nachkriegskinder (in Deutschland als „Russenkinder" bekannt), weil er einen Dokumentarfilm über sie drehen möchte. „Russenkinder" sind Kinder, die infolge der von der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg vergewaltigten Frauen geboren wurden. Allein in Ostpreußen, Pommern und Schlesien wurden schätzungsweise 1,4 Millionen Frauen von Russen vergewaltigt.

Linkowski ist Regisseur, Drehbuchautor und Produzent von Dokumentarfilmen. Er ist auch Urheber und Direktor von zehn Ausgaben des Internationalen Dokumentarfilmfestivals „Scheidewege von Europa".

Derzeit leitet er die Arbeit von „Lublin Filmfonds". Er ist als Animator (Berufsbezeichnung der Filmbranche. Jemand, der Trickfilme am Computer erstellt) vieler künstlerischer und soziokultureller Projekte zu multikulturellen Themen bekannt. Vor Kurzem erhielt Linkowski den Preis „Angelus von Lublin 2015" in der Kategorie „Künstler" für „besondere Authentizität und die Suche nach kreativen Inhalten" in seinen bisher umgesetzten Dokumentarfilmen. Er beschäftigt sich mit der Frage der nationalen Identität von Polen, Ukrainern, Juden und Ermländern. Seine Dokumentationen schwimmen gegen den Strom und gegen eine immer stärkere Welle der Fremdenfeindlichkeit und des Nationalismus. Der Film „... bo jestem stad" („... weil ich von hier bin") erzählt über das Ermland, das Linkowski für sich entdeckt hat.

Buch des Deutschen Autors Behlau gab den Impuls

Im vergangenen Jahr erschien in Deutschland ein Buch von Winfried Behlau mit dem Titel „Distelblüten — Russenkinder in Deutschland". Behlau wurde am 26. April 1946 in Ottendorf geboren [Radostowo] in der Gemeinde Wartenburg [Barczewo]. Bis zu seinem 13. Lebensjahr dachte er, sein Vater wäre an der Ostfront gefallen. Er kannte ihn lediglich von einem Porträt an der Wand. Eines Tages erzählte die Mutter ihm, dass er ein „Russenkind" sei. Doch sie kehrte zu diesem Thema nie mehr zurück.

Der britische Historiker Antony Beevor schätzt, dass aus den 1,4 Millionen Vergewaltigungen in Ostpreußen, Pommern und Schlesien Zehntausende Kinder hervorgegangen sind. Viele von ihnen starben kurz nach der Geburt. Besonders hoch war Sterblichkeitsrate in Berlin, wo um die 90 Prozent der Neugeborenen starben.

Linkowski hofft, dass die „Russenkinder", die heute noch im südlichen Ostpreußen leben, den Mut finden, ihre Angst zu überwinden, und sich bei ihm melden werden, um der Nachwelt von ihrem Leid und ihrem Trauma mittels des Dokumentarfilms zu erzählen.

Er ist unter folgender Adresse zu erreichen: Grzegorz Linkowski, ul. F. Araszkiewicza 90 B, 20-834 Lublin, Polen. E-Mail: linkart@wp.pl *Leszek Chaburski*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

da ist man nun 100 Jahre alt geworden, und von überall blickt einen diese Zahl golden bekränzt aus der Fülle von Blumen und Marzipan und liebevoll ausgewählten Geburtstagsgaben an, ziert die geschriebenen, gemalten und gemailten Glückwünsche, die tatsächlich inzwischen den sprichwörtlichen Wäschekorb füllen, und ist einfach überall präsent. Nie hätte ich daran gedacht, diese dreistellige Zahl an Lebensjahren zu erreichen, selbst als man mit 90 schon in die Zielgeraden einbog, mein Pegasus dann aber den Endspurt verweigerte und mich noch weiter auf der Strecke beließ. Ehrlich, lewe Landslied: Habt Ihr, als Ihr jung ward, je daran gedacht, 100 Jahre alt zu werden? Als Kind haben wir diese Zahl gesungen im Dornröschen-Kreisspiel, wenn dem Prinzesschen in unserer Mitte von der bösen Fee gedroht wurde: „Dornröschen schlafe 100 Jahr und alle mit!“ Aber die vergingen dann in unserem Singspiel sehr schnell, denn „die Hecke riesengroß“ – aus Kinderarmen gebildet – durchbrach der schöne Prinz und rief der Schlafenden zu: „Dornröschen wache wieder auf, und alle mit!“ Ja, so habe ich unser Kinderspiel vom 100 Jahre dauernden Dornröschenschlaf noch in Erinnerung, und die wird nun auch bei manchem unserer älteren Leserinnen und Leser geweckt werden.

Aber diese imaginäre Zahl 100 konkretisierte sich um und an diesem Jahrhundertgeburtstag immer mehr, denn die persönlichen oder brieflichen Gratulanten ließen viele Ereignisse und Begegnungen aus den verschiedensten Epochen meines Lebens wieder lebendig werden. Da wurde mir doch bewusst, wie viele Jahresringe mein Lebensbaum inzwischen hat – und dass er noch weitere ansetzen soll, den Wünschen vieler Leserinnen und Leser nach, die mir den Mut machen, ungehindert unserer Familienarbeit weiter wie bisher nachzugehen, denn ihrer Meinung ist der 100. keine Zäsur. Und noch nie in meiner nun über 30-jährigen Funktion als „Familienmutter“ habe ich die Verbundenheit mit unserer Leserschaft so intensiv gespürt wie in diesen Februartagen. „Die Familie lebt“ – das kann nun niemand bestreiten. Aber wie sie lebt – das ist nach über 70 Jahren Vertreibung schon etwas Wunderbares.

Eine der schönsten Bestätigungen bekam ich kurz vor meinem Geburtstag, und sie erfolgte durch einen Leser, der kein Landsmann ist und der bis zu seiner ersten Ostpreußenreise so gut wie nichts über unsere Heimat wusste. Er kehrte dann so begeistert in seine Bodensee-Heimat zurück, dass er seine Eindrücke aufschrieb und sie uns zusandte. Gerade weil Herr **Hubert Geiger** das Land mit den Augen eines Reisenden sah, der dort keine Wurzeln hat, fanden wir seine Schilderung so gelungen – und auch informativ für Neuleser –, dass wir diesen Beitrag auf unserer Familienseite in Folge 4 brachten. Was dann geschah, teilte uns der badische Forstmeister in folgendem Schreiben mit:

„Die Veröffentlichung von Teilen meines Briefes in Ihrer Kolumne hat Reaktionen ausgelöst, die ich nicht erwartet hatte. Über 30 Telefonanrufe, Briefe und E-Mails haben mich zwischenzeitlich erreicht. Alle Personen waren sehr erfreut und haben sich für meinen Reisebericht, der als solcher ja gar nicht gedacht war, vielmals bedankt. Ich erhielt Informationen über den persönlichen Werdegang, die Wohnorte und die heutigen Verbindungen der Leser nach Ostpreußen. Mit einem Herrn habe ich fast eine Stunde lang telefoniert, und hinterher hatte ich den Eindruck, ihn schon viele Jahre zu kennen. Eine Dame schickte mir drei interessante Bücher, die mir sehr halfen, mich mit der Erfahrungswelt der Erlebnisgeneration vertraut zu machen. Niemand gab mir das Gefühl des Unerwünscht seins, im Gegenteil, der Eine oder die Andere bot mir an, jederzeit anrufen zu können und den Kontakt aufrecht zu erhalten. Das wiederum hat mich sehr gefreut. Die Ostpreußische Familie steht nicht nur auf dem Papier, sie existiert wirklich!“

Nein, sie ist kein Papiertiger, unsere Ostpreußische Familie, sie ist lebendig wie je zuvor und vermittelt Heimatgefühl in Wort, Bild, Lied und gesprochenem Wort. Das hätte ich schon am frühen Geburtstagmorgen vernehmen können, aber leider hatte ich keine Ahnung, dass mir in der NDR-Sendung „Klassik nach Wunsch“ durch Frau **Helga Abramowski** ein so herzlich heimatlicher Glückwunsch übermittelt werden sollte, in den auch unsere Familienarbeit eingebettet war, wie er schöner nicht gesprochen werden konnte. Die Sendung wurde aufgenommen, und ich bekam sie noch an meinem Geburtstag vorgespielt. Ich möchte mich bei Frau Abramowski sehr herzlich für diese Überraschung bedanken – die auch für Herrn **Georg Bendrien** aus Bad Oldesloe eine war, wie er mir in seinem Glückwunschschreiben mitteilte:

„Als ich heute Morgen im Rundfunk hörte, wie Ihnen mit einem musikalischen Wunsch zu Ihrem 100. Geburtstag gratuliert wurde, habe ich mich erschrocken. Den Moderator, **Hans Jürgen Mende**, halte ich für einen immer bestens informierten Kulturjournalisten. Es konnte doch nicht sein, dass er so etwas in die Welt setzte! Aber alles Forschen in den mir zugänglichen Unterlagen bestätigte, dass Sie tatsächlich 1916 in Ostpreußen geboren wurden.“ Und nun, da Herr Bendrien erkannt hat, dass es kein Irrtum war, wünscht er mir „gute Gesundheit und geistige Frische, damit Sie mit Ihrem unerschöpflichen Wissen die Erinnerung an das frühere Ostpreußen, an das Land, seine Kultur und seine Menschen weiterhin in der Ihnen eigenen engagierten Art und Weise wach halten können!“



Bild: Pekrul

Relief von Stanislaus Cauer an der Königsberger Kunstakademie

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Damit spricht er für viele Leserinnen und Leser, die mir auf so aufrichtige Art und mit ganz persönlichen Worten gratuliert haben. Wenn man mit „trautste Frau Geede“ angesprochen wird – das hat schon was für eine altgediente Ostpreußin.

Lewe Landslied, es wird eine ganze Weile dauern, bis ich all die Glückwünsche in Reim und Prosa, manche sogar in unserem heimatlichen Platt, bis zum letzten Satzpunkt gelesen und verarbeitet habe. Es braucht seine Zeit, bis es für mich überschaubar ist, welche Anregungen ich an unsere Ostpreußische Familie weitergeben kann, welche Sprüche und Aphorismen unsere Kolumne bereichern werden, welche übermittelten, meist heiteren Kindheitserinnerungen wir als kleine Glanzlichter setzen können – es ist schon eine reiche Ernte, die ich da zu meinem 100. einfahren konnte und die ich gut lagern werde. Um sie dann an unsere Nachkommen weiter geben zu können, wenn diese sich bemühen, die Heimat ihrer Vorfahren zu bewahren.

Einer der Eifrigsten ist **Jörn Pekrul**, der unsere Kolumne schon seit Jahren mit seinen großartigen aktuellen Fotos und Berichten bereichert und der mich zu meinem 100. mit einer Gabe überrascht hat, die wohl kaum zu überbieten ist. Der Mann aus Frankfurt, der sich selber „Königsberger Wanderer“ nennt, hat auf vier Reisen in das nördliche Ostpreußen zwischen 2011 und 2015 eine unglaubliche Fülle von Aufnahmen gemacht, von denen er 2500 abgespeichert hat. Die übermittelte er mir mit einem USB-Stick, sodass ich nun am PC einen Rundgang durch meine heutige Heimatstadt machen kann, auf dem jedes von ihm entdeckte Relikt aus der deutschen Vergangenheit ausgeleuchtet wird. Jörn Pekrul schreibt dazu:

„Ich möchte Sie zu diesem ausführlichen Spaziergang an die Hand nehmen und Sie durch alle Ecken und Winkel Ihrer Stadt führen und Sie begleiten und Ihnen zeigen, wie viel Königsberg noch da ist. Und diese Stadtführung ist für Sie zu Ihrem 100. Geburtstag. Es ist nur Königsberg drauf, nicht Kaliningrad.“

Es ist schon eine Gratwanderung der Gefühle, wenn man sich auf diesen langen Spaziergang begibt, und sie wird noch verstärkt durch die Schilderung der Eindrücke, die Jörn Pekrul auf seiner letzten Königsberger Wanderung bei einer Rast am Dom gewinnt, als er in Gedanken meinen langen Lebensweg passieren lässt – den eines Königsberger Kindes, das mehr als ein Drittel seines nun 100-jährigen Lebens in dieser Stadt verbrachte Dazu bringt er auch viele Erkenntnisse mit ein, die er durch unsere Ostpreußische Familie gewonnen hat. Und so beendet er seine Ausführungen, die er in einer, mit seinen schönsten Königsberger Ansichten versehenen Mappe mit der Aufschrift: „Königsberg en détail“ zusammenfasst, mit den Worten: „Ihnen, liebe Frau Geede, und allen Leserinnen und Lesern von den Straßen Königsbergs einen Gruß der Zuneigung und Verbundenheit“.

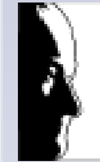
Dieser Satz des Königsberger Wanderers könnte auch für meine Empfindungen stehen, aber verbunden mit einem ersten Dank für die guten Wünsche und liebevollen Worte, die mich erfreuen, aber auch nachdenklich stimmen, denn sie enthalten mehr oder weniger die Bitte: Mach weiter so, wir brauchen dich. Ich darf diese an eine 100-Jährige gestellte Forderung auch dem Glückwunsch des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Herrn Stephan Grigat, entnehmen:

„Mögen Ihnen noch viele Jahre mit Schaffenskraft, Lebensmut und Gesundheit vergönnt sein. Meine guten Wünsche zu Ihrem runden Jubiläum verbinde ich mit Worten der Anerkennung für Ihren unermüdlichen Einsatz, den Sie für Ostpreußen, die Landsmannschaft und die *Preußische Allgemeine Zeitung* leisten. Seit 70 Jahren sind Sie unserer Arbeit auf das Engste verbunden. Unter Ihrer Ägide hat sich die ‚Ostpreußische Familie‘ zur ersten Adresse für alle Suchenden entwickelt, die Fragen zu Ostpreußen haben. Sie sind zum Gedächtnis eines ganzen Landes und Volksstammes geworden. Nicht von ungefähr danken Ihnen unsere Zeitungsleser mit dem Ehrentitel ‚Mutter der ostpreußischen Familie‘.“

Diese Worte empfinde ich als Verpflichtung, die mir gestellte Aufgabe weiter zu erfüllen, solange mir Gott dafür die Kraft schenkt. Und die gewinne ich auch durch die Arbeit für und mit unseren Lesern, wie es der Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Königsberg, **Klaus Weigelt**, sieht, indem er mir im Namen aller Königsberger dieses Kant-Wort übermittelte: „Das Ausfüllen der Zeit durch planmäßig fortschreitende Beschäftigungen, die einen großen beabsichtigten Zweck zur Folge haben, ist das einzige sichere Mittel, seines Lebens froh und dabei doch auch lebenssatt zu werden.“

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Nun auch östlich der Oder

In Breslau wurden erstmals in der Republik Polen »Stolpersteine« zum Gedenken an NS-Opfer verlegt

Weit über 50 000 sogenannte Stolpersteine sind mittlerweile in den europäischen Bürgersteigen zum Andenken an Opfer des Nationalsozialismus zu finden, die meisten in der Bundesrepublik Deutschland. Seit dem 2. Februar ist das weltweit größte dezentrale Mahnmal nun auch erstmals mit offizieller Segnung in Ostdeutschland vertreten. In Breslau konnte der Kölner Künstler und seit 1992 an seinem Projekt wirkende Initiator Gunter Demnig sechs Gedenksteine im Straßenpflaster der Schweidnitzer Straße [ul. Swidnicka], auf dem Weg vom Hauptbahnhof zum zentralen Ring, sowie in der Matthiasstraße [ul. Jednosci Narodowej] einlassen.

Zwar gab es bislang schon Stolpersteine im Frankfurter Stadtteil Dammvorstadt [Slubice] sowie auch in Breslau selbst, doch die Verlegung der Frankfurter Steine erfolgte quasi im Rahmen der Städtepartnerschaft in der geteilten brandenburgischen Stadt auf Initiative aus deren westlicher Hälfte. Der ebenfalls bereits zuvor in Breslau verlegte Stolperstein befindet sich hingegen auf Privatgelände des Edith-Stein-Hauses. Auch in Gunter Demnigs Heimatstadt Köln gibt es an einem früheren Wohnort einen Stolperstein für Edith Stein, eine zum Katholizismus übergetretene Jüdin, die in Auschwitz ums Leben kam. Gunter Demnigs Vater Wilfried stammt aus Breslau und zog 1927 nach Nauen bei Berlin. Für den Künstler ist die Odermetropole damit also ein besonderer Ort.

Bei der Verlegung der ersten „offiziell abgesegneten“ Steine betonte Gunter Demnig im Hinblick darauf, dass es in Breslau bislang nur einen Stolperstein auf dem Grundstück des Edith-Stein-Hauses gab: „Unsere Intention ist es aber, den NS-Opfern, die in den Konzentrationslagern zu Nummern degradiert wurden, ihre Namen zurückzugeben und mit Hilfe der Steine ihre Namen in die heutige Öffentlichkeit zu tragen – Hinterhöfe sind uns nicht genug.“ Doch der offizielle Segen an Breslaus prädestinierteren Stellen blieb dezent. Nicht alle Steine konnten wie geplant verlegt werden und die Vertreter der Stadt blieben fern.

In der Matthiasstraße verlegte der Künstler jetzt in Anwesenheit von aus New York angereisten Familienangehörigen Stolpersteine für Opfer aus der Familie Zorek. In der Schweidnitzer Straße 39 wurden Steine für Rose Bernstein-Treitel (1891–1942) und Anita Treitel (1920–1941) verlegt. Auch hierzu erschienen Angehörige aus den USA, aber auch aus Großbritannien und der Bundesrepublik. Die Angehörigen zeigten sich jedoch enttäuscht, dass das Prozedere im Vorfeld so schwierig war und nur Angehörige dazu Anträge stellen konnten. Angesichts der Tatsache, dass die meisten Opfer gar keine Angehörigen hinterlassen hätten sei das ein unverständliches Hindernis. Doch einen Präzedenzfall gibt es nun. In vielen Ländern ist nach einem schwierigen Anlauf später manch neue Verlegung von Stolpersteinen möglich geworden. Und so blickt Demnig für 2016 auch optimistisch auf erste Stolpersteine in Litauen und Weißrussland.

Zuletzt war in der Republik Polen übrigens in Gleiwitz die Verlegung von Stolpersteinen gescheitert. Stadtpräsident Zygmunt Frankiewicz hatte dort keine Genehmigung erteilt. Das Gegenargument lauitete, „auf dem Andenken an Menschen tritt man nicht mit den Füßen“. Auch hat Demnigs Herangehensweise, die ein Gegenmodell zum historischen Pathos in Form von Monumenten ist, in Polen bislang keine Tradition. Doch dürfte sich hinter der Ablehnung auch eine tiefere Angst verbergen: Was, wenn auch Deutsche, deren Angehörige ab 1945 in diesem Raum Opfer staatlicher Gewalt wurden, ein ähnliches Gedenken für Tote von Deportation oder Vertreibung in Anlehnung an Demnigs Idee einfordern?

Edmund Pander



Bild: privat

Beim „Stolpersteine“ verlegen: G. Demnig



Zum 102. Geburtstag

Röder, Otto, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar

Zum 100. Geburtstag

Michalzik, Prof. Dr. Kurt, aus Lyck, am 29. Februar
Wisch, Konrad, aus Kumehnen, Kreis Samland, am 26. Februar

Zum 99. Geburtstag

Rauscher, Edith, geb. **Hagen**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 2. März

Zum 97. Geburtstag

Gerlach, Erna, geb. **Rosengart**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 2. März

Zum 96. Geburtstag

Borutta, Hans, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 28. Februar
Dzingel, Hans, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 29. Februar
Vogt, Erna, geb. **Petrick**, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 26. Februar

Zum 95. Geburtstag

Dannhauser, Karl, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. März
Rokotta, Kurt, aus Lyck, am 1. März

Zum 94. Geburtstag

Gläßmann, Karl, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 1. März
Heisel, Brigitte, geb. **Thierbach**, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, am 2. März
Hundertmark, Hildegard, geb. **Klein**, aus Klein Hubnicken, Kreis Samland, am 26. Februar
Liebold, Käte, geb. **Glandien**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 26. Februar
Opalka, Elisabeth, geb. **Chmielewski**, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar
Paslawski, Gerda, geb. **Olschewski**, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 26. Februar
Pohl, Hedwig, geb. **Chlebowitz**, verw. **Dieck**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 1. März
Schwarz, Ruth, geb. **Nowitzki**, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 28. Februar

Zum 93. Geburtstag

Abrolat, Gertrud, geb. **Graschtat**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 27. Februar
Graubner, Ursula, aus Lyck, Rothof/Gut, am 3. März
Kaldun, Erna, geb. **Nummert**, aus Strobjehnen, Kreis Samland, am 2. März
Kohtz, Arno, aus Lyck, Steinstraße 36, am 3. März
Kutzmutz, Erika, geb. **Lagerpusch**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 1. März
Lühmann, Hertha, geb. **Szikorra**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 3. März
Maaß, Helene, geb. **Nilotzki**, aus Neidenburg, am 26. Februar
Melzer, Hildegard, geb. **Pichler**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. März

Zum 92. Geburtstag

Burk, Paul, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 27. Februar
Drochner, Heinz, aus Schlichtingen, Kreis Elchniederung, am 27. Februar
Frank, Angela, geb. **Ott**, aus Wehlau, am 28. Februar
Giesel, Elisabeth, geb. **Rockel**, aus Grünhoff, Kreis Samland, am 28. Februar
Hlavka-Mozarski, Rose, geb. **Hlavka**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. März
Kowalsky, Martha, geb. **Bury**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar
Kreuzgrabe, Elisabeth, geb. **Lohrenz**, aus Treuburg, am 3. März
Kühl, Lilly, geb. **Weichler**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 26. Februar
Lasarzik, Ilse, aus Treuburg, am 28. Februar
Meier, Gerhard A., aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 2. März

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Termine der LO

2016
11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg
15. bis 17. April: Seminar der Kulturreferenten in Helmstedt
18. bis 20. April: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
18. Juni: Sommerfest im ostpreußischen Allenstein
25. bis 26. Juni: IV. Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Sensburg
9. bis 11. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. Oktober: Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)
31. Oktober bis 2. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Nagorr, Elfriede, geb. **Dobrick**, aus Wehlau, am 2. März
Numrich, Erika, geb. **Schmidt**, aus Ebenrode, am 26. Februar
Petrat, Hilmar, aus Bartztal, Kreis Ebenrode, am 28. Februar
Piechottka, Elfriede, aus Prostken, Kreis Lyck, am 29. Februar
Quick, Irma, geb. **Fohs**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 2. März
Ruppenstein, Erwin, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 1. März
Schwarz, Lydia, geb. **Hill**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 2. März
Segatz, Luzie, geb. **Schneider**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 27. Februar
Steimmig, Gerda, aus Lyck, am 28. Februar
Walendy, Bruno, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 26. Februar

Zum 91. Geburtstag

Andrick, Bruno, aus Neidenburg, am 26. Februar
Bernhard, Wilhelm, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 27. Februar
Daudert, Erich, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 2. März
Forster, Betty, geb. **Buchholz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. Februar
Giehmann, Hildegard, aus Prostken, Kreis Lyck, am 27. Februar
Jankowski, Erich, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 1. März
Jork, Elfriede, geb. **Lehmann**, aus Modelkau, Kreis Neidenburg, am 27. Februar
Klein, Ingeborg, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 27. Februar
Kremser, Luise, aus Nautzau, Kreis Samland, am 2. März
Messidat, Arno, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. März
Porath, Edeltraut, aus Lyck, am 1. März
Riewe, Lydia, geb. **Grabowski**, aus Neidenburg, am 1. März
Sopp, Gertrud, geb. **Wrobel**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 26. Februar
Sywottek, Heinrich, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 1. März
Weichler, Horst, aus Neidenburg, am 1. März

Zum 90. Geburtstag

Draempaehl, Else, geb. **Markowski**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 2. März
Godzieba, Karl, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 1. März
Haacke, Ilse, geb. **Latta**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 3. März
Herrmann, Otto, aus Mulden, Kreis Lyck, am 1. März
Holfert, Martha, geb. **Olschewski**, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar
Klein, Ernst, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 3. März
Kulessa, Anneliese, geb. **Pilgrim**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 1. März
Loose, Ruth, geb. **Dombrowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 28. Februar
Madeyka, Gottfried, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 2. März
Meyer, Marie-Luise, geb. **Tabel**, aus Sanglienen, Kreis Samland, am 2. März
Neunfinger, Erika, geb. **Böhnke**, aus Schönhöhe, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar
Ork, Hedwig, geb. **Scheller**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 28. Februar
Piper, Hertha, geb. **Hilper**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 3. März
Ringies, Ursula, geb. **Gregorz**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 27. Februar
Saunus, Gerhard, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 3. März
Steinert, Karl-Heinz, aus Treuburg, am 27. Februar

Zum 85. Geburtstag

Barann, Gisela, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 2. März
Becker, Eva, geb. **Kalendruschat**, aus Klein Schollen, Kreis Tilsit- Ragnit am 2. März
Behmer, Luzi, geb. **Turner**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 3. März
Busse, Waltraud, geb. **Lehmann**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 1. März
Chmill, Irene, geb. **Burkandt**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 2. März
Domschke, Dorothea, geb. **Schirrmacher**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 3. März
Fisher, Eva, geb. **Hardt**, aus Grieteinen, Kreis Elchniederung, am 1. März
Froese, Gertrud, aus Hessenhöh, Kreis Lötzen, am 3. März
Gropius, Anna-Maria, geb. **Klimkat**, aus Königsberg-Ballieth, am 3. März
Guddat, Christel, geb. **Czarnetta**, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 3. März
Henning, Waltraut, geb. **Reiter**, aus Neidenburg, am 27. Februar
Jensen, Helga, geb. **Maslo**, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, am 26. Februar
Köller, Gustav, aus Gollen, Kreis Lyck, am 28. Februar
Kohse, Werner, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 28. Februar
Ladewig, Ursula, geb. **Nadzeyka**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 26, am 3. März
Loll, Gerda, geb. **Reuter**, aus Datzken, Kreis Ebenrode, am 2. März
Meiss, Liesbeth, geb. **Augustin**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 27. Februar
Olschewski, Gerhard, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 2. März
Paick, Alfred, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 2. März
Perkuhn, Lothar, aus Wenzken, Kreis Angerburg, am 1. März
Reißner, Marianne, geb. **Wiebereit**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 2. März
Schweiger, Elsbeth, geb. **Jäger**, aus Groß Blumenau, Kreis Samland, am 2. März
Stadie, Emil, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 27. Februar
Wendt, Ingeborg, geb. **Kolbusa**, aus Lyck, am 26. Februar
Wischmann, Brigitte, geb. **Moritz**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 3. März

Zum 80. Geburtstag

Anders-Neuwald, Helga, geb. **Neuwald**, aus Schmilgen, Kreis Schloßberg, und Rantau, Kreis Samland, am 28. Februar
Atrott, Achim, aus Kummeln, Kreis Ebenrode, am 28. Februar
Bansamir, Irmgard, geb. **Janowski**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 28. Februar
Baske, Inge, geb. **Doormann**, aus Ortelsburg, am 27. Februar
Bickel, Gisela, geb. **Klimmek**, aus Struben, Kreis Neidenburg, am 26. Februar
Brandt, Günter, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 3. März
Danielzik, Kurt, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 26. Februar
Dillenhöfer, Brigitte, geb. **Marienfeld**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 1. März
Dudda, Gerhard, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 2. März
Düsterhöft, Manfred, aus Angertal, Kreis Angerburg, am 3. März
Gause, Gertraut, geb. **Buczilowski**, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 3. März
Gehrmann, Wolfgang, aus Braunsberg, am 26. Februar
Hasenfuss, Rosemarie, geb. **Schweighoefer**, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 26. Februar
Hennenhöfer, Gisela, geb. **Gipner**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 26. Februar
Hold, Margret, geb. **Schirmacher**, aus Worschienen, Kreis Preußisch Eylau, am 26. Februar
Kalwa, Friedrich W., aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 28. Februar
Kaminski, Renate, aus Arys, Kreis Johannisburg, am 26. Februar
Kizow, Irmgard, geb. **Kroll**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 1. März
Korinth, Reinhilde, aus Gruten, Kreis Elchniederung, am 29. Februar
Kossak, Erwin, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 2. März
Krafft, Christel, geb. **Schlenther**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 1. März
Kunkel, Dr. Ulrich, aus Preußisch Eylau, am 26. Februar
Langecker, Herbert, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 26. Februar
Lask, Karl, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 27. Februar
Löhner, Hildegard, geb. **Buttkus**, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 27. Februar
Lombardi-Boccia, Christel, geb. **Warlies**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 27. Februar
Marke, Alice, geb. **Griggel**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 1. März
Meistrowitz, Werner, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 3. März
Motzkeit, Ute, geb. **Meliss**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 3. März
Napiwotzki, Ruth, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 2. März
Nowik, Hildegard, aus Lyck, am 28. Februar
Pagel, Hiltrud, geb. **Düsterhöft**, aus Angertal, Kreis Angerburg, am 3. März
Paulwitz, Doris, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 28. Februar
Vogel, Erika, geb. **Rakowski**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 3. März
Zielonka, Alfred, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. März

Zum 75. Geburtstag

Blum, Edeltraud, geb. **Marklein**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 27. Februar
Hoffmann, Manfred, aus Ebenrode, am 3. März
Lewerenz, Reinhard, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 26. Februar
Maschinowski, Rudolf, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, am 15. Februar
Mayer, Barbara, geb. **Pörschke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. März
Rosmaity, Klaus, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 2. März
Spickschen, Dr. Thorlef, aus Wohydiethen, Kreis Samland, am 1. März
Wagner, Erich, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 2. März
Weller, Ursula, geb. **Zeball**, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 1. März
Wood, Ingrid, geb. **Juckel**, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 28. Februar
Zeitzmann, Christa, geb. **Müller**, aus Berningen, Kreis Ebenrode, am 1. März
Zirkel, Emil, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 26. Februar

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 27. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Das Leben der Anderen. Spielfim, D 2006.
Sonnabend, 27. Februar, 20.15 Uhr, Einsfestival: Die Akte General. Dokumentarspiel über Fritz Bauer, D 2016.
Sonnabend, 27. Februar, 21.02 Uhr, Tagesschau24: Was wurde aus der Stasi?
Sonnabend, 27. Februar, 23.05 Uhr, RBB: Waltz with Bashir. Antkriegs-Trickdrama, IL/F/D 2008.
Sonntag, 28. Februar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 100 Jahren: Der amerikanische Schriftsteller Henry James gestorben.
Sonntag, 28. Februar, 14.05 Uhr, BR: Serengeti darf nicht sterben. Dokumentation, D 1959.
Sonntag, 28. Februar, 17.35 Uhr, Arte: Der Maler Franz Xaver Winterhalter. Dokumentation, D/F/GB 20156.
Sonntag, 28. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Der letzte Kaiser. Monumentalepos über Aisin Gioro Puyi, GB/VRC 1987.
Sonntag, 28. Februar, 20.15 Uhr, Tagesschau 24: Mord in Stockholm – Wer erschoss Olof Palme?
Sonntag, 28. Februar, 23.05 Uhr, MDR: NVA – Dienen für das Volk?
Montag, 29. Februar, 8.55 Uhr, Arte: Verdun – Sie werden nicht durchkommen. Dokumentation, F 2014.
Montag, 29. Februar, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Bauen im Aufnahmezustand – Flucht, Architektur und Stadtplanung.
Montag, 29. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Unternehmen Petticoat. Komödie, USA 1959.
Montag, 29. Februar, 21.45 Uhr, HR: Breslau und das Tal der Schlösser. Dokumentation, D 2015.
Montag, 29. Februar, 0.35 Uhr, Arte: Die Somme. Das Grab der Millionen. Kriegsdrama, D 1930.
Dienstag, 1. März, 21.45 Uhr, Arte: Der Rote Baron – Manfred von Richthofen. Dokumentation, D 2016.
Mittwoch, 2. März, 0.10 Uhr, WDR: Fremde Heimat – Das Schicksal der Vertriebenen nach 1945 (2/2). Dokumentation, D 2011.
Donnerstag, 3. März, 15.15 Uhr, NDR: Die letzten Deutschen in Slowenien – Im Gottscheer Land.

Musik zu Pfingsten

Singen, Tanzen und Gitarrespielen im Mai

Zu Pfingsten, vom 13. bis 16. Mai 2016 veranstaltet die Landsmannschaft Ostpreußen zusammen mit dem Arbeitskreis für Nordostdeutsche Musik ein „Ostpreußisches Musikwochenende“. Die dreitägige Veranstaltung findet in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt statt. Die künstlerische Leitung liegt in den Händen von Karin Petersen (Singkreis), Benjamin Mausolf (Singkreis), Roland Funck (Gitarrengruppe) und Brigitte Schulze (Tanz). Die Seminargebühr beträgt 100 Euro. Schüler und Studenten zahlen 50 Euro. Unterkunft und Vollverpflegung sind frei. Die Unterbringung erfolgt in Zweibettzimmern mit Dusche und WC. Für Einzelzimmer ist ein Zuschlag von 8 Euro pro Nacht zu entrichten. Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen erhalten Sie beim Veranstalter: Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400823, Fax: (040) 41400819, E-Mail: info@ostpreussen.de.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 5. März, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat, Stuttgart: Ostermarkt unter Beteiligung vieler Landsmannschaften mit ihren Spezialitäten und kulinarischen Köstlichkeiten wie Königsberger Marzipan, Bärenfang, Schlesischer Mohn- und Streußelkuchen, Ostpreußische Raderkuchen, Machandel und vieles mehr. Dazu stellen die Landsmannschaften ihre vielfältige handwerkliche Kunst aus wie Bunzlauer Tippel, Trachten nebst Zubehör, musikalische Raritäten, antiquarische und moderne Literatur. Die Ostpreußen sind zusammen mit der Landesgruppe durch den Stand „Textile Volkskunst aus Ostpreußen“ vertreten. Zu finden sind dort unter anderem Bernsteinschmuck, Jostenbänder, Doppelstrick- und Kreuzsticharbeiten sowie Schlaufenhandschuhe. Wie jedes Jahr findet wieder eine Tombola statt.

Frauengruppe – Dienstag, 15. März, 14.30 Uhr, Kleiner Saal, Haus der Heimat, Stuttgart: Uta Lüttich trifft sich mit der Frauengruppe. Thema des Nachmittags ist „Ostern damals und heute“. Was hat sich von unseren vielfältigen Osterbräuchen bis in die heutige Zeit erhalten? Dazu werden Frühlingslieder gesungen, Gedichte und Geschichten vorgetragen. Auch die Herren der Kreisgruppe, Gäste und die Westpreußen sind herzlich willkommen.

Buchen – Blicke in eine vergangene Welt ermöglicht die am Dienstag im Foyer des Neuen Rathauses eröffnete Wanderausstellung „Schloss Lekow – Renaissance eines Gutes in Pommern“. Auf Initiative von Rosemarie Winkler, der Vorsitzenden der „Kreisgruppe der Ostpreußen, Westpreußen und Pommern“, macht sie in Buchen Station.

Bürgermeister Roland Burger freute sich in seinem Grußwort darüber, dass mit Schloss Lekow ein „architektonisch typisch pommerscher und kunsthistorisch wertvoller Bau“ in den Fokus gerät. Nicht zuletzt möge man auch rund 70 Jahre nach der Vertreibung aus den deutschen Gebieten Pommerns die Erinnerungen an die Heimat bewahren: Nur wer seine Wiege kenne, wisse auch, „wohin er gehe“, betonte Burger frei nach Theodor Heuss.

Für die Kreisgruppe sprach Rosemarie Winkler. Sie stellte das Schloss Lekow als „ein Juwel, das Herzlichkeit, Heimattreue und Versöhnung in Worten und Taten in sich vereint“ heraus. Aller Ehren wert sei dabei besonders das Engagement der Familie Sinapius, die das Gehöft 1995 erwarb und von Grund auf sanierte – kam es doch dabei zu zahlreichen Begegnungen zwischen Deutschen und Polen, „die sich die Hand zur Versöhnung reichen“. Es folgte ein Sachreferat von Gudrun Marx, die in ihrer Funktion als Landesvorsitzende der Landsmannschaft Pommern auf badenwürttembergischer Landesebene mit einem umfangreichen Exposé über die Geschichte Pommerns aufwartete. „Pommern war ein flussreiches Bauernland, in dem 1939 rund 60 Prozent der 38 400 Quadratkilometer Fläche landwirtschaftlich genutzt wurden“, berichtete sie unter anderem. Aufgrund seiner landschaftlichen Schönheit und leichter Erreichbarkeit galt Pommern als beliebtes Ferienziel der Berliner, die gern von den als gastfreundlich, aber auch verschlossen und arbeitsam geltenden Einheimischen besucht wurden.

In einer weiteren Ansprache erklärte die Kuratorin Martina Kerl, die die Ausstellung konzipierte, ihre Beweggründe: Als Tochter eines aus Pommern stammenden Vaters war sie seit frühester Kindheit mit dem Thema konfrontiert. „Das Dorf Lekow entwickelte sich aus meinen Mädchenträumen heraus zu einem Sehnsuchtsort, zu einem Stück heile Welt“, führte Kerl an – doch weder Vater noch Opa wollten nach dem Krieg nochmals in die alte Heimat. Über einen Verwandten kam die Kuratorin jedoch nach Pommern und fand dort neben einer verloren geglaubten Bilderkiste ihrer Großmutter auch das Gehöft, von dem sie als Kind gehört hatte. Zufällig stieß Kerl dort auf Schloss Lekow und die einmalige damit verbundene Geschichte: 1995 wurde es von Familie Sinapius erworben und neu aufgebaut. „Dass eine deutsche Familie in Pommern Fuß fasste, war dann spontan der Auslöser für meinen Entschluss diese Ausstellung aufzubauen“, so die Kuratorin.

Weitere Erklärungen steuerte Ulrike Sinapius bei. Aus dem Ansinnen, ein Haus aus deutscher Zeit zu retten, habe man über die polnische Treuhand zahlreiche Liegenschaften besichtigt, von denen Schloss Lekow „Liebe auf den ersten Blick“ war. Heute fungiert der Landsitz als Gästehaus.

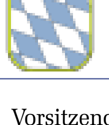
Abschließend dankte Bürgermeister Roland Burger allen Verantwortlichen rund um Gerlinde Trunk, Martina Kerl und Ulrike Sinapius, ehe das Publikum nach einem Stehempfang die Ausstellung kennenlernen konnte. Musikalisch wurde der Abend von Tatjana Hubert, Gerhard Kern und Jürgen Seemann umrahmt.

Adrian Bosch

Ludwigsburg – Donnerstag, 17. März, 15 Uhr, Kronenstube, Kronenstraße 2: Frühlingsfest.

Stuttgart – 27. Februar, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Kulturnachmittag der Landsmannschaft Westpreußen mit interessantem Programm. Alle Ostpreußen sind herzlich eingeladen.

Ulm/Neu Ulm – Sonnabend, 12. März, 14.30 Uhrr, Ulmer Stuben: Treffen der Frauengruppe.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonnabend, 19. März, 9.30 Uhr – 17 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Schloss Ellingen: Kulturtagung.

Ansbach –Sonnabend, 19. März, 15 Uhr, Orangerie: Frühlingssingen Geschichten und Gedichten aus dem Nordosten.

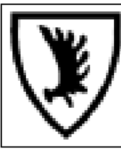
Bamberg – Mittwoch, 16. März, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Vortrag über „Christliche Ikonographie in Ostpreußen“

Landshut– Dienstag, 14. März, 14 Uhr, Gasthof „Zur Insel“: Frühlingssingen mit Gitarrespieler.

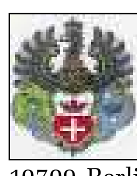


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Frauengruppe – Mittwoch, 9. März, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Treffen unter dem Motto „Langsam kommt der Frühling“. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



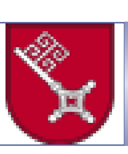
Königsberg – Donnerstag, 10. März, 14 Uhr, Johann-Georg–Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Hallensee: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfi Fortange Tel: 494 44 04



Rastenburg – Sonnabend, 13. März, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Ausstellungseröffnung in Buchen (v.L.): Kuratorin Martina Kerl, die heutige Schlossinhaberin Ulrike Sinapius, Bürgermeister Roland Burger, Kreisvorsitzende Rosemarie Winkler nebst Gatte sowie Klaus-Dieter Brunotte mit Ehefrau Bild: privat



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremerhaven – Am letzten Freitag im Januar trafen sich traditionsgemäß die Bremerhavener Ost- und Westpreußen sowie die ihnen angeschlossenen Elbinger zum Grünkohlessen im Barlachhaus am Holzhafen. Zuvor galt es jedoch, sich den nötigen Hunger „anzulaufen“. Die Kohlkönigin des vergangenen Jahres, Ingrid Monsees, hatte am 29. Januar für 12 Uhr zum Treffpunkt „Plesse-Eck“ am Elbinger Platz gebeten, und zehn mutige Wanderer waren erschienen. Mutig deshalb, weil das Sturmtief „Marita“ mit Süd-West-Sturmböen bis Stärke Zehn über die Wesermündung und Bremerhaven hinwegfegte.

Ihre Majestät Königin Ingrid war mit einem „Bully“ erschienen, voll bepackt mit heißem Tee, kaltem Korn und rotem, selbst hergestellten Holunderwein; außerdem Tapas aus Würstchen und Weintrauben mit Käse. Eigentlich war die Wanderung ja gedacht, sich an der frischen Luft den notwendigen Appetit für das zünftige Kohl-und-Pinkel-Grünkohlessen zu holen.

Nach der Start-Stärkung ging es los. Jürgen Sandmann hatte eine kleine Tour durch Gebiete in West-Geestemünde ausgearbeitet, durch die man als Normalbürger sonst eher selten kommt. Er wollte auch Erklärungen zu einzelnen Gebäuden und Straßennamen abgeben, aber seine Worte flogen meist im Sturm davon. Und das Einschenken in die Schnapsgläschen bei den häufigen Pausen bereitete enorme Schwierigkeiten.

Der Marsch ging am Hauptkanal entlang durch verschiedene Alt-Geestemünder Straßen. Am altehrwürdigen Gebäude der heutigen Polizei (früher Höhere Mädchenschule, dann Rathaus Geestemünde) wurde „nachgetankt“.

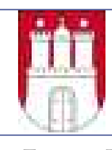
Am früheren Hauptzollamt vorbei ging es über die Kanalbrücke (früher fuhr hier die Straßenbahnlinie 2) zur Köperstraße mit der früher sehr beliebten Eckkneipe „Hein tut mol“. Der Südwest mit Orkanböen ließ nicht nach, so dass einstimmig beschlossen wurde, die Tour zu verkürzen.

Im Barlachhaus warteten bereits zwölf Ostpreußen und zwei Pommern auf die „Sturmerprobten“. Die Vorsitzende Marita Jachens-Paul begrüßte alle. Und auch die Zweite Vorsitzende Barbara Sandmann hieß ebenfalls alle Wartenden und Wanderer willkommen, begrüßte erstmals wieder das lange vermisste Ostpreußen-Mitglied Frau Kirbach-Emden sowie als Gäste das Ehepaar Margitte und Wilhelm Roes von der Pommerschen Landsmannschaft.

Dann wurde aufgetischt: Grünkohl, Fleisch, „Pinkel“, Kochwurst, Kartoffeln und Bratkartoffeln. Es hat allen sehr gut geschmeckt, ebenso die Tasse Kaffee (anstelle des obligatorischen Korns – wir hatten auf der Wanderung ja schon einiges genossen).

Dann folgte der Höhepunkt des Nachmittags: Mit großem Dank für sanftes Regieren im letzten Jahr wurde Königin Ingrid Monsees entkrönt und – überraschenderweise - zwei (!) neue Majestäten gekrönt! Erstmals in der Geschichte der Grünkohlwanderungen der ostdeutschen Landsmannschaften in Bremerhaven wurde bei den Ost- und Westpreußen ein Königspaar inthronisiert: Erich Neuber wurde König, und Eva Weidmann seine Königin. Beide erhielten Orden, Urkunde und als Zepter den obligatorischen Grünkohlstrunk. Die Ostpreußen wollen brave Untertanen sein und hoffen auf ein gnädiges Königspaar!

Mit dem Wunsch nach einem sicheren Nachhauseweg trotz Sturmböen beendete die Vorsitzende der Ostpreußen das Grünkohlessen 2016. *B. Sandmann*



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Mittwoch, 31. März, 14 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg: Delegiertenversammlung der Landsmannschaft Ostpreußischen Landesgruppe Hamburg.

KREISGRUPPEN

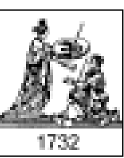


Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

BEZIRKSGRUPPEN

Bergedorf – Freitag 11. März, 12 Uhr, Bahnhof Lohbrügge: Fischessen der Frauengruppe. Vom Bahnhof Lohbrügge geht es in einer Fahrgemeinschaft zum Restaurant Lüttenburg.

SALZBURGER VEREIN

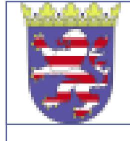


Landesgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein/Nordniedersachsen – Sonnabend, 5. März, 13 Uhr, Hotel „St. Raphael“, Adenauerallee 41, Hamburg: Treffen des Salzburger Vereines (SV) mit folgendem Programm:

1) Vortrag zum Thema „Goldegg im Pongau – Chronik der Gemeinde. Emigration 1732 und Jahrestreffen 2016

2) Vorführung des Filmes „Ostpreußen – Biografie einer Provinz“ (H. Pölking 2015)

Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk (kommissarisch), Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/M., Telefon (069) 77039652, E-Mail: bonk.ulrich@gmail.com

Kassel – Donnerstag, 3. März, 14.30 Uhr, AWO-Heim, Am Wehrturm 3, Kassel: Vortrag von Dr. Gerhard Kuebart aus Lemgo über das „Das Königliche Hauptgestüt Trakehnen“.

– Bericht –

Schwerpunkt des Gruppentreffens im Februar war die Jahreshauptversammlung mit Neuwahl

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Anzeigen



Werner Nagel

* 24. 12. 1922 Kuggen † 11. 2. 2016 Neumünster

Wir werden Dich sehr vermissen.
**Deine Familie
und Lebensgefährtin Else**

Die Trauerfeier und Beisetzung hat im engsten Familienkreis stattgefunden.



Bomlitz/Hoya, den 1. Februar 2016

Hinter den Tränen der Trauer
verbirgt sich das Lächeln der Erinnerung.

Margot Luzat
geb. Barth
* 16.5.1925 in Juckstein/Ostpreußen † 1.2.2016 in Hoya

Wir werden dich vermissen.

In Liebe und Dankbarkeit
Gerd und Karin Hildebrandt geb. Luzat
Martina und Petra
Jörg und Nella
mit Sophia und Stefan
und alle, die dich gern hatten

Die Urnentrauerfeier mit anschließender Beisetzung hat im kleinen Kreis stattgefunden.
Traueranschrift: Wulzer Straße 1, 27318 Hoya

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

des Vorstands. Zu Beginn gedachte der Vorsitzende den vier im letzten Jahr verstorbenen Mitgliedern. Die Lesung eines Verses von Michael Franck „Ach wie nichtig, ach wie flüchtig sind der Menschen Tage...“ schloss das Gedenken ab.

Im Folgenden berichteten die Vorsitzenden Gerhard Landau und Gertraud Nitschky über das Vereinsgeschehen im Berichtsjahr. Hierzu ist von Interesse, dass sich die Mitgliederzahl auf 50 verringerte, die durchschnittliche Besucherzahl von gut 33 aber gehalten werden konnte. Unverändert bestehen gute Kontakte sowohl zu den Schlesiern als auch zur Sudetendeutschen Landsmannschaft in Kassel. Beim Kassenbericht erteilte Dorothea Deyß als Prüferin der Schatzmeisterin G. Nitschky für ihre Buchführung gute Noten. Nach Entlastung des Gesamtvorstands stand die Vorstandswahl an. Dabei konnten mit einer Ausnahme keine neuen Mitstreiter gewonnen werden. Dem neuen Vorstand gehören neben den beiden oben genannten Vorsitzenden die Schatzmeisterin Gertraud Nitschky und ihr Stellvertreter Franz Ganswindt an. Zum erweiterten Vorstand zählen jetzt Ruth Barthel und (neu) der Schlesier Norbert Leder. Abschließend dankte der Vorsitzende Gerhard Landau allen Mitwirkenden für ihren Einsatz und erwähnte dabei insbesondere Günter Meyer für die Wahlleitung, Dorothea Deyß für ihren Beitrag und Norbert Leder für seine Bereitwilligkeit, für die Gruppe Verantwortung zu übernehmen. Der Tag klang aus mit einem besinnlichen Teil, den Ruth Barthel mit ostpreußischen Texten und zwei Liedern gestaltete. *Gerhard Landau*

Wiesbaden – Dienstag, 8. März, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Wiesbaden, Friedrichstraße 35: Heimatnachmittag unter dem Motto „Im Märzen der Bauer“. Gäste sind herzlich willkommen. – Donnerstag, 12. März, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Anmeldungen bis spätestens 4. März bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 84 49 38. ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Sonnabend, 12. März, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“ Baustraße / Nähe Markt: Großes Heimattreffen. Zu diesem besonderen Anlass sind alle Landsleute aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland mit Angehörigen und Interessenten herzlich eingeladen. Erwartet wird Wilhelm von Gottberg, der am 9. März 1991 an der Wiege des Verbandes stand. Schon damals kamen mehr als 500 Landsleute ins Theater Anklam – seitdem haben die Besucherzahlen nicht nachgelassen. Das Programm wird von der Blasmusik Redefin umrahmt. Liebe Gäste aus Ostpreußen reisen extra zum Jubiläum nach Anklam an, so der russische „Kant-Chor Gumbinnen“ aus dem Königsberger Gebiet, der Heimatchor „Warmia“ aus Heilsberg und die Jugendtanzgruppe „Saga“ aus Bartenstein. Weitere Ehrengäste sind Heinrich Hoch und Barbara Ruzewicz vom deutschen Dachverband in Ermland-Masuren sowie Magdalene und Arnold Piklaps vom Deutschen Verband im Memelland. Wie immer ist ausreichend für Mittagessen, Bärenfang, Heimatbücher und genügend Parkplätze gesorgt.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Sonnabend, 27. Februar, 14 Uhr, Gasthaus Zur Linde, Hauptstraße 50, Göttingen-Geismar: Jahreshauptversammlung mit Neuwahl des Vorstandes. Im Anschluss an die Jahreshauptversammlung findet das traditionelle Grützwurstessen statt.

Hannover – Auf unserer letzten Jahreshauptversammlung wurde die Streichung im Vereinsregister (e.V.) beschlossen. Diese Formalitäten haben wir erledigt. Am 29. Januar hatten wir zu einer Besprechung unter dem Motto „Wie soll es weitergehen?“ eingeladen.

36 Teilnehmer stimmten für den Erhalt unserer Gruppe. Der Name: „Landsmannschaft Ostpreußen Gruppe Hannover“ bleibt erhalten. Der Vorstand wurde neu gewählt. Den ersten Vorsitz übernahm Luise Wolfram, ihr Ehemann Probst Erhard Wolfram versprach, seine Ehefrau zu unterstützen.

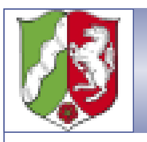
Zweite Vorsitzende blieb Lore Rueß, Schatzmeisterin blieb ebenfalls Jutta Rudat. Die Erledigung der Geburtstags-Post übernimmt Gisela Rebischke. Unser langjähriger Schriftwart Klaus Neumann und seine Ehefrau Elke haben leider ihr Amt abgegeben. – Auch die Vorsitzende Roswitha Kulikowski, die seit 30 Jahren im Vorstand mitarbeitete und seit zehn Jahren den Vorsitz hatte, musste wegen einer Augenerkrankung ihr Amt zur Verfügung stellen. Sie dankte allen ehemaligen Vorstandsmitgliedern für ihren Einsatz für die Heimatarbeit und die harmonische Zusammenarbeit.

Soweit es ihr möglich ist, steht sie zur Mitarbeit noch zur Verfügung. Ein herzliches Dankeschön sprach sie auch den Mitgliedern aus, die durch ihr Interesse und auch ihre Beiträge unsere Gruppe am Leben erhalten haben. Unser nächstes Treffen findet am Freitag, 4. März in unserem Lokal Bootshaus 84 (Ihmeblick) um 14.30 Uhr statt. *Roswitha Kulikowski*

Helmstedt – Donnerstag, 10. März, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall: Jahresversammlung mit Wahlen

Osnabrück – Dienstag, 8. März, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg: Kegeln. – Sonnabend, 12. März, 11 Uhr, Parkhotel: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen. Anmeldungen bis zum Dienstag, 1. März, bei Else Tober, Telefon 13993614, oder Barbara Kleine, Telefon 74282.

Rinteln - Donnerstag, 10. März, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Beim Monatstreffen der Gruppe wird Professor Heinz Schürmann aus Bielefeld einen Vortrag zum Thema „Hansestadt Danzig – Stadtkultur und Backsteingotik“ halten. Mit dem Schiller-Zitat „... und neues Leben blüht aus den Ruinen“ könnte man den Wiederaufbau der alten deutschen Ostseemetropole an der Mottlau, einem Mündungsarm der Weichsel, umschreiben. Im Mittelpunkt des Vortrags steht die Entwicklung Danzigs von den Anfängen um das Jahr 1000 über die Erlangung des Magdeburger Stadtrechtes im Jahr 1295 bis zur gegenwärtigen Situation. Der Einfluss des Deutschen Ritterordens und der Hanse wird ebenfalls gewürdigt werden. Mit zahlreichen Bildern aus alter und neuer Zeit wird Professor Schürmann seinen Vortrag illustrieren. Angehörige und Freunde sowie interessierte Gäste aus Nah und Fern sind herzlich willkommen. Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 53 86 oder über: rebuschat@web.de. Internet: www.myheimat.de/2740161



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Jeweils am ersten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle: Treffen der Frauengruppe – Jeweils am dritten Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer: Stammtisch. Zu beiden Veranstaltungen sind Gäste herzlich willkommen.

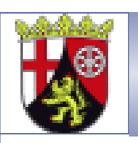
Bonn – Montag, 1. März, 18 Uhr, „Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74, Bonn-Beuel: Jahreshauptversammlung. Hier die Tagesordnung:

1) Eröffnung, Begrüßung
2) Totengedenken
3) Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden
4) Bericht des Frauenkreises
5) Bericht des Kassenwarts
6) Bericht der Kassenprüfer
7) Aussprache zu den Punkten drei bis sechs
8) Rücktritt und Entlastung des Kassenwarts
9) Wahl eines neuen Kassenwarts
10) Wahl eines weiteren Beisitzers
11) Verschiedenes –unter anderem der Sommerausflug

Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen. *Ehrenfried Mathiak, Vorsitzender*

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorfsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Dienstag, 1. März, 19 Uhr, GHH: „100 Tage Regierung Szydlo in Polen“ – Vortrag von Martin Sander. – Mittwoch, 2. März, 15 Uhr, Raum, 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Dienstag, 8, März, 19 Uhr, Raum 311, GHH: „Mythos Czernowitz. Nur ein Ort der Literatur?“ – Vortrag mit Helmut Braun. – Mittwoch, 9. März, 19 Uhr, GHH: „M – eine Stadt sucht einen Mörder“ – Filmvorführung.– Donnerstag, 10. März, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. – Freitag, 11. März, 18 Uhr, Restaurant Lauren's: Bismarckstraße 62, 40210 Düsseldorf: Stammtisch. – Sonnabend, 12. März, 15 Uhr, Konferenzraum, GHH: Frühling in Schlesien. – Dienstag, 15. März, 19 Uhr, GHH; „Es war einmal Masuren“ – Vortrag und Filmvorführung zum 20, Todestag von Wolfgang Koeppen und Peter Goedel.

Gütersloh – Sonntag, 6. März, 15 Uhr, Brauhaus Unter den Ulmen: Jahreshauptversammlung mit Wahlen. Anträge bitte bis zum 1. März an den Vorsitzenden Ekkard Jagalla.



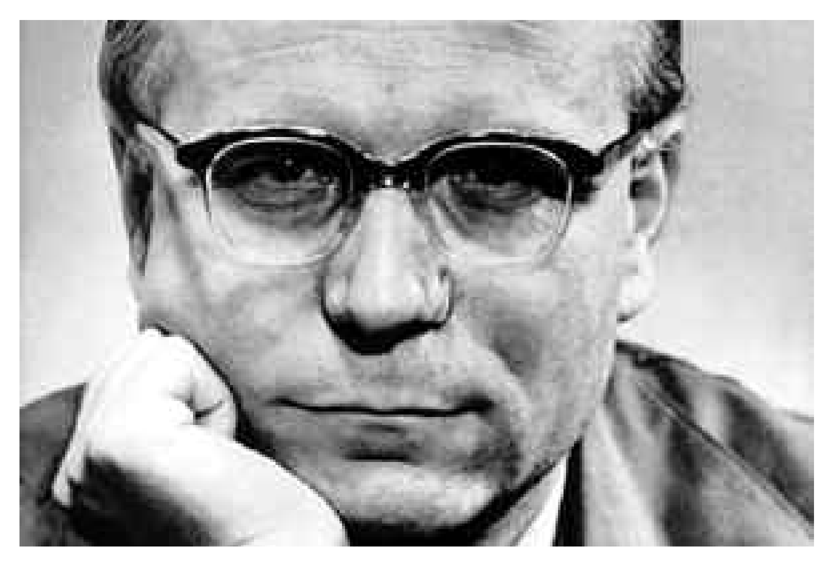
RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

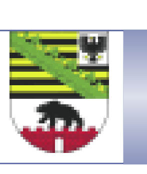
Mainz/Stadt – Sonnabend, 5. März, 15 Uhr, Mundus Residenz Mainz, Große Bleiche 44: „Ein Sommer in Masuren“ – Filmvorführung.



Vortrag in Rinteln: „Hansestadt Danzig – Stadtkultur und Backsteingotok“. Das Foto zeigt ganz rechts das Danziger Krantor, erbaut aus Backstein und Holz Bild: privat



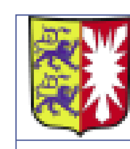
Düsseldorf: Vortrag und Filmvorführung zum 20. Todestag des Schriftstellers Wolfgang Koeppen Bild: Archiv



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Freitag, 11. März, 15 Uhr, TuS Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 13. März, 14 Uhr: Frühlingsanfang mit einem Überraschungsgast. – Dienstag, 15. März, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Donnerstag, 10. März, 14.30 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Auguststraße 34a, 23611 Bad Schwartau: Jahreshauptversammlung. Im Anschluss spricht der Hörgeräteakustiker Egon Milbrod über das Thema „Gut hören, aber wie?“

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 8. März, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Gerda Maschmann aus Neustadt. berichtet über „Die positiven Seiten des Älterwerdens“. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Dienstag, 15. März, 19 Uhr, Restaurant Borgerforeningen: Preußische Tafelrunde. Anmeldungen nur bei Herrn Wolfgang, Telefon (0461) 64847.

Malente – Freitag, 4. März, 15 Uhr, Pflanzencenter „Buchwald im Krummsee“, Rövkampallee 39: Jahreshauptversammlung mit Wahlen. Nach Beendigung der Tagesordnung – etwa 16 Uhr – Voertrag mit Besichtigung der Ausstellung.

Neumünster – Mittwoch, 9. März, 15 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: Jahreshauptversammlung ohne Wahlen. Anschließend noch „en Krepsch voll Humor und Plachandern unter Heimatfreunden“.

– Bericht –

Das beliebte traditionelle Königsberger Klopsessen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen – über die Stadtmauern hinaus bekannt –, fand wieder mit sehr vielen Teilnehmern in der Stadthalle statt. Jan sin Rappelsnut sorgte mit Lied, Witz und Humor für tolle Unterhaltung. Dadurch, dass er die Teilnehmer in sein Programm mit einbezog, kam natürlich Stimmung auf.

Nach der Begrüßung durch die 1. Vorsitzende Brigitte Profé las Hildegard Henning die Geschichte „die Ausladung“ vor: Cousinchen schreibt an Cousine Hilde, dass sie zum Fleckessen eingeladen wird. Leider muss sie nun ausladen, weil das Hündchen von der Wichmannsche die Fleck auf dem Balkon vertilgt hat. (Ausführlich nett in Briefform geschrieben). Deshalb aßen wir nun Königsberger Klopse!

Die wieder vom Koch sehr schmackhaft zubereitet waren, so dass wir die Küche in Verlegenheit brachten, als festgestellt wurde, dass längst nicht genug zubereitet war! Während in der Küche eifrig am Nachschlag gearbeitet wurde, überbrückte der Wirt die Zwischenzeit mit Mischkinnes für uns. Tolle Idee! – Dann endlich wurde reichlich Nachschlag angeboten. Die „Nötigung“ hat nicht gefehlt.

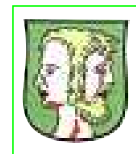
Ein so gemütlicher Nachmittag geht viel zu schnell zu Ende. Alle waren zufrieden, rundherum stimmte alles und so wurden die ersten Voranmeldungen für das Königsberger Klopsessen 2017 schon gebucht. *Brigitte Profé*

Uetersen – Freitag, 18. März, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7, Uetersen: Der Landesvorsitzende Edmund Ferner war mit einer Ostpreußengruppe auf Kuba und hält einen Dia-Vortrag darüber.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Regionaltreffen Nord in Lübeck

Das diesjährige Regionaltreffen Nord in Lübeck findet statt am Sonntag, den 24. April, im Restaurant Zum Tucher, Am Burgfeld 1, 23568 Lübeck, Telefon (0451) 33517, (www.burgfeldrestaurant.de). Beginn ist um 11 Uhr. Vom Hauptbahnhof ZOB fahren auf Bussteig 1, 2 und 19 alle Busse zum Gustav-Radbruch-Platz, der Aussteigehaltestelle. Die Leitung hat Heidi Mader, Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen, Telefon: (0421) 67329026.

Elftägige Ostpreußenreise

Stettin, Elbing, Lyck und Posen sind die prominenten Stationen einer elftägigen Busreise, die der Heimatkreis Lyck vom 4. bis 14. September anbietet. Das Programm im Einzelnen (Änderungen vorbehalten):

Donnerstag, 4. September: Hannover ZOB – Stettin zur Zwischenübernachtung. Abfahrtszeiten und Zustiegsorte werden noch festgelegt. In Stettin kurze Rundfahrt durch die reizvoll gelegene Hafenstadt.

Freitag, 5. September: Stettin – Elbing. Die Fahrt verläuft durch Hinterpommern über Köslin und Stolp durch die Kaschubische Schweiz nach Danzig; hier steht eine kurze Altstadtbesichtigung an. Weiterfahrt nach Elbing, Ankunft gegen 18 Uhr.

Sonnabend, 6. September: Von Elbing aus Busausflug nach Frauenburg, wo wir die Kathedrale mit dem Grabmal von Nikolaus Kopernikus besichtigen; dann gehen wir zu dem Gedenkstein für die Flüchtlinge aus Ostpreußen. Anschließend geht es mit dem Schiff über das Frische Haff auf die Frische Nehrung nach Kahlberg (Badeort an der Ostsee). Nach längerem Aufenthalt in Kahlberg fahren wir über Stegen und Tiegenhof nach Elbing zurück. Am Abend Altstadtbesichtigung.

Sonntag, 7. September: Elbing – Lyck. Von Elbing fahren wir mit dem Schiff auf dem Oberlandkanal über die fünf „Schiefen Ebenen" (Rollberge) nach Buchwalde. Weiterfahrt mit dem Bus über Osterode nach Lyck zum Hotel Rydzewski (zwischen Kirche und Bahnhof gelegen).

Montag, 8. September: Vormittags zur freien Verfügung; gegebenenfalls Besuch der Heimatorte. Gegen 12.15 Uhr mit dem Bus zum Masurenhof in Sareiken. Mittagessen auf dem Masurenhof (Kosten etwa 10 Euro), dann Besuch des Ehrenmals Bunelka in Sarken. Von dort sehr schöne Aussicht auf Lyck, Umgebung und Seen. Rückfahrt zum Masurenhof (Kaffee und Kuchen). Anschließend Busfahrt zum Soldatenfriedhof Bartossen. Danach Rückfahrt nach Lyck.

Dienstag, 9. September: Fahrt durch den südlichen Teil Masurens nach Krutinnen und Nikolaiken. Staken auf dem romantischen Fluß „Krutinna" (nur etwa ein Meter tief, sehr klares Wasser) und Schifffahrt auf den großen masurischen Seen (auch Spirdingsee). Extrakosten für das Staken etwa sieben Euro, Schifffahrt etwa 15 Euro. In Nikolaiken Bummeln durch den interessanten Touristenort und Segelhafen. Wer nicht mit dem Schiff mitfahren, oder nicht am Staken teilnehmen möchte, kann im Bus mitfahren und seine Freizeit auf eigene Initiative gestalten.

Mittwoch, 10. September: Vormittags Besichtigung des Kleinbahnmuseums Lyck. Danach Fahrt mit der Kleinbahn nach Vierbrükken (wenn möglich mit einer Dampflok). Dort gegebenenfalls Würstchenbraten am Stock (Extrakosten etwa sechs Euro). Rückfahrt mit Kleinbahn nach Lyck. Um 13.30 Uhr Besuch der Deutschen Minderheit am Wasserturm in Lyck. Dort Mittagessen eventuell auch Kaffee und Kuchen (Extrakosten). Besichtigung des Wasserturmes.

Donnerstag, 11. September: Tag zur freien Verfügung. Für Teilnehmer, die den freien Tag nicht benötigen: Tagesfahrt nach Lötzen am Löwentinsee mit Unterwegshalt in Fließdorf (Stare Jucha), wo sich von einem Aussichtsturm das schönes Panorama auf das Lycker Land genießen lässt. In Lötzen Besichtigung von Stadt und Hafen. Gelegenheit zum Mittagessen, Danach Besuch des Wasserturms (mit Fahrstuhl zum Café mit einer Aussichtsgalerie). Durch Treuburg geht es zurück nach Lyck.

Freitag, 12. September: Vormittags Fahrt durch die Heimatorte, in denen wir noch nicht gewesen sind. Nachmittag zur freien Verfügung. Abends: Grillpartie des Hotels am romantisch gelegenen Rameckselfder See.

Sonnabend, 13. September: Rückfahrt Lyck – Posen zur letzten Übernachtung. Unterwegs Bummel durch die Altstadt in Thorn. Am Abend besichtigen wir die Altstadt von Posen.

Sonnabend, 14. September: Posen – Frankfurt (Oder) – Hannover. Unterwegs in Schwiebus (Swiebodzien) Besichtigung der größten Christusstatue.

Reiseanmeldungen bis zum 15. März an Wilhelm Norra, Anna-Stiegler-Straße 67, 28277 Bremen. Für die Reise ist ein gültiger Personalausweis oder Reisepass nötig, ebenso eine Krankenversicherungskarte. Preis pro Person im Doppelzimmer: 755 Euro. Der Einzelzimmerzuschlag beträgt 145 Euro. Telefon (05031) 3598 (Busbetrieb Meuter).



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

47. gesamtdeutsches Heimattreffen

Zu dem Heimattreffen am Sonnabend, dem 12. März, das in der Zeit von 10 bis 17 Uhr im Spornitzer „Landhotel" stattfinden wird, laden wir alle Landsleute und daran Interessierte herzlich ein. Wissenswertes über Ostpreußen wird vorgetragen. Auch ein Film über die Heimat wird sie wieder ganz gegenwärtig werden lassen.

Das Hotel kann entweder mit dem Pkw über die Bundesautobahn 24 und nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt Glewe oder mit der Bahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust erreicht werden.

Das Hotel verfügt über ausreichend Parkplätze und bietet auch für den Weitgereisten eine Unterkunft. Eine Übernachtung sollte aber rechtzeitig mit Frau Ruck, Telefon (03872) 688460 vereinbart werden. Weitere Auskünfte erteilt Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinckmann-Straße 14 b, Parchim, Telefon/Anrufbeantworter/Fax: (03871) 226238.

Friedrich Hahn



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Bildanalyse im Begas-Haus

Im äußersten Westen der Bundesrepublik Deutschland, im Begas-Haus in Heinsberg, Kreis Heinsberg, erfolgt am 4. Juni erneut eine Themenführung mit dem Titel: „Migration am Beispiel von Oscar Begas' 1862 entstandenem Bild „Der Empfang der Salzburger Protestanten durch König Friedrich Wilhelm I. und den Kronprinzen Friedrich zu Potsdam im Jahre 1732".

Damit wird ein Gemälde vorgestellt, das viele Interessierte mit ostpreußischem Hintergrund oder Interesse an dieser ehemals östlichsten deutschen Provinz Ostpreußen anspricht. Eine zusätzliche Dimension gewinnt die Erörterung der historischen Szene vor dem Hintergrund aktueller Migrationsvorgänge. Das Sujet ist bekannt:

Friedrich Wilhelm I., der Soldatenkönig, begrüßt persönlich in Potsdam vor dem Schloss am 29. April 1732 die der Salzburger Lande verwiesenen Protestanten, unter anderem mit dem berühmten Satz: „Ihr sollt es gut haben, Kinder, ihr sollt es gut bei mir haben." Diese Äußerung wird auch zitiert von Theodor Fontane, dessen Rezension des Gemäldes mit einfließt in die Themenführung zu dem Begas-Werk, das jetzt in Heinsberg zum Bestand des Begas-Hauses zählt.

Referent ist Heiner J. Coenen, Schriftleiter von „Land an der Memel – Tilsiter Rundbrief". Der Ökonom befasst sich seit Jahrzehnten mit der Geschichte Ostpreußens und hat das Gebiet seit 2009 sechsmal bereist. Er analysiert das hochwertige Gemälde formal und inhaltlich in etwa 60 Minuten komparatistisch, indem er drei weitere Realisierungen des Sujets multimedial einbindet.

Nach dem erfolgreichen Start bei der ersten Veranstaltung findet diese zweite Themenführung am 4. Juni, 14.30 Uhr, im Begas-Haus Heinsberg statt.

Aus organisatorischen Gründen wird um eine Anmeldung gebeten. Entweder unter Telefon (02452) 9776912 oder per E-Mail bei muellejans-dickmann@begas-haus.de, jacobs@begas-haus.de oder info@schreibkontor-heinerjcoenen.de.



Reisen mit Eva Lüders und Heiner J. Coenen

Die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit bietet im Juni/Juli wieder zwei Reisen nach Ostpreußen an. Die erste Reise beginnt am 27. Juni und endet am 5. Juli. Sie führt über Danzig und Tilsit bis auf die Kurische Nehrung und dauert neun Tage. Reiseleiterin ist Eva Lüders.

Beginn der Reise ist in Hannover mit weiteren Zustiegsmöglichkeiten entlang der Reiseroute. Neben einer Führung in Danzig steht eine Fahrt auf dem Oberländer Kanal und eine Führung durch die Burg der Ermländischen Bischöfe in Heilsberg auf dem Programm. Drei Übernachtungen in Tilsit bieten genug Raum für einen Besuch im Breitensteiner Heimatmuseum, einem Mittagessen bei Alla in Schillen und persönlichen Exkursionen mit erfahrenen, Deutsch sprechenden Taxifahrern an gewünschte Orte.

Zwei Übernachtungen im sehr bekannten Ort Nidden mit einer Schiffsfahrt durch das Memeldelta und über das Kurische Haff sowie die Fährüberfahrt von Memel (Klaipeda) nach Kiel runden diesen erneuten Heimatbesuch ab.

Auskünfte bei: Partner-Reisen Grundtouristik, Everner Straße 41, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 588940, E-Mail: info@Partner-Rreisen.com oder Eva Lüders, Kührener Straße 1B, 24211 Preetz, Telefon (04342) 5335.

Die zweite Reise dauert zehn Tage vom 21. Juli bis zum 30. Juli. Sie führt einerseits in das Königsberger Gebiet und dann nach Masuren. Reiseleiter ist Heiner J. Coenen. Die Fahrt beginnt in Mönchengladbach-Rheydt mit Zusteigemöglichkeiten in Dortmund, Bielefeld, Hannover und Berlin. Über Posen und Frauenburg am Frischen Haff geht die Fahrt nach Tilsit. Dort sind bei einem zweitägigen Aufenthalt der Besuch von Heimatorten oder eine Rundreise zum Gestüt Georgenburg, Insterburg und Gumbinnen möglich. Nächste Ziele sind die Epha-Düne auf der Kurischen Nehrung und die Vogelwarte Rossitten. Königsberg erschließt sich bei einer Stadtrundfahrt und der Besichtigung des Doms. Ziele in Masuren sind das Gestüt Lisken bei Bartenstein, der berühmte Wallfahrtsort Heiligelinde, Steinort, der ehemalige Besitz der Grafen Lehndorff, Rastenburg, Lötzen und der Geburtsort des Schriftstellers Ernst Wiechert.

Eine Kutschfahrt und eine Stakenfahrt auf der Kruttinna erschließen zusätzlich die Schönheit Masurens. Die Rückfahrt führt über Allenstein und der Marienburg nach Danzig. Die letzte Übernachtung findet in Stettin statt.

Weitere Auskünfte bei Heiner J. Coenen, Maarstraße 15, 52511 Geilenkirchen, Telefon (02462) 3087 oder info@schreibkontor-heinerjcoenen.de sowie Ostreisen, Paulinenstraße 29, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 2882600 oder info@ostreisen.de.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Studienreisen mit dem Forum Baltikum – Dittchenbühne

Die ostpreußisch-schleswig-holsteinischen Multitalente vom Forum Baltikum in Elmshorn spielen nicht nur Theater, sondern organisieren auch Studienreisen. Für 2016 haben sie sich diese Ziele ausgeguckt:

10. April – Holsteinische Schweiz: Diese Tagesfahrt führt über Seedorf und Hutzfeld nach Bosau am Großen Plöner See. Auf dem Programm: Besichtigungen und ein mittägliches Bratkartoffelbüffet, eine Führung durch die Region am See und ein gemütliches Kaffeetrinken in einem Antik-Café.



22. Mai – Lüneburg: In die 1000-jährige Salz- und Hansestadt Lüneburg führt eine weitere Tagesfahrt. Sie bietet einen geführten Stadtbummel (Bild: das Lüneburger Rathaus), Besuch des Salzmuseums und des Brauereimuseums sowie Gelegenheit zum Mittagessen. Weiter geht es nach Dömitz ans Elbufer in ein Panorama-Café und zur Festungsanlage.

31. Mai bis 5. Juni – Thüringen: Im grünen Herzen Deutschlands informieren sich die Teilnehmer der Busreise unter anderem über die Reformation und über die Bauernkriege. Darüber hinaus führt Forstdirektor a.D. Hans Hewicker als Reiseleiter zu weiteren historischen, architektonischen und landschaftlichen Höhenpunkten.

4. bis 10. September – Hansestädte: Auf den Spuren des Hansebundes heißen die Stationen Lübeck, Wismar, Greifswald, Danzig, Karlskrona, Oskarshamn, Stockholm, Visby, Nynäshamn, Gränna, Landskrona und Kopenhagen. Die Reiseleitung liegt in den Händen von Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt.

Informationen, Reiseunterlagen und Anmeldung im Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne", Herman-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de, www.dittchenbuehne.de



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Sonderreise zum Stadtfest

Tilsit rüstet sich Anfang September zum Stadtfest. Die Stadt wartet mit einem reichhaltigen Programm und vielen Überraschungen auf. Auch die „alten Tilsiter" sind dort sehr gern gesehen und herzlich eingeladen. Die Stadtgemeinschaft Tilsit wird deshalb mit einem Sonderbus der Firma „Valentin-Europareisen" die Stadt am Memelstrom ansteuern und für einen mehrtägigen Aufenthalt im First-Class-Hotel „Rossija" Sorge tragen. So besteht die Möglichkeit, an den Veranstaltungen und Besichtigungen kostenfrei teilzunehmen.

Die achttägige Reise findet vom 30. August bis zum 6. September statt. Hier das Programm:

1. Tag (30. August): Chemnitz–Thorn.

2. Tag (31. August): Thorn–Marienburg–Tilsit. Übernachtung im Hotel Rossija.

3. Tag (1. September): Stadtrundfahrt in Tilsit. Besichtigt werden unter anderem Elch, Königin-Luise-Brücke, Königin-Luise-Denkmal, Park Jakobsruh, Anger und Schlossmühlenteich. Besuch des Museums für Tilsiter Stadtgeschichte. Anschließend Rundfahrt durch die Elchniederung.

4. Tag (2. September): Rundfahrt durch den Kreis Tilsit-Ragnit nach Kraupischken zum Ostpreußenmuseum von Juri Userzow, Gumbinnen mit Stadtrundfahrt zur Salzburger Kirche und zum Elchdenkmal, Insterburg mit Stadtrundfahrt, Georgenburg zum Gestüt der berühmten Trakehner-Pferde.

5. Tag (3. September): Königsberg mit Stadtrundfahrt zum Dom, Kant-Denkmal, Hauptbahnhof und anderen Sehenswürdigkeiten sowie Rundfahrt an der Samlandküste und zur russischen Seite der Kurischen Nehrung: Rossitten mit der Vogelwarte.

6. Tag (4. September): Teilnahme am Stadtfest in Tilsit. Besuch der zahlreichen Veranstaltungen wie der Regatta auf dem Mühlenteich, dem Konzert auf dem Thingplatz, Sportwettkämpfen und dem Feuerwerk. Ein individueller Besuch der Heimatdörfer ist ebenfalls möglich.

7. Tag (5. September): Tilsit–Preußisch Stargard.

8. Tag (6. September): Heimreise.

Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus mit Bordservice, deutschsprachige örtliche Reiseleitung, eine Übernachtung im Raum Thorn, fünf Übernachtungen in Tilsit im Hotel Rossija, eine Übernachtung in Preußisch Stargard, Halbpension, Ausflüge wie beschrieben, Stadtrundfahrten in Tilsit, Gumbinnen, Insterburg und Königsberg. Der Preis pro Person im Doppelzimmer beträgt 775 Euro. Einzelzimmer-Zuschlag: 80 Euro. Das Visum für Russland kostet 89 Euro. Die Reiseleitung ab Chemnitz übernimmt Erwin Feige von der Stadtgemeinschaft Tilsit. Das ausführliche Reiseprogramm erhalten Sie bei Valentin Europareisen, Barbarossastraße 84, 09112 Chemnitz, Telefon (0371) 4660725, info@valentin-europareisen.de

Realgymnasium Tilsit

Das nächste SRT-Schultreffen findet in der Zeit vom 22. bis 25. April in Gera statt – am Rande des Heimattreffens der drei Nachbarkreise. Das wurde in Bad Nenndorf beschlossen. Bitte nehmt all Eure Kräfte zusammen und kommt so zahlreich wie möglich. Wir übernachten im Penta-Hotel Gera, Gutenbergstr. 2a, 07548 Gera. Anmeldungen sollten möglichst bald, spätestens bis zum 2. April unter dem Stichwort „SRT-Schultreffen 2016" erfolgen unter der Telefon (0365) 29090 oder E-Mail reservations.gera@pentahotels.com.

Wir treffen und am Freitag, 22. April, um 15.30 Uhr zum Kaffeetrinken. Am Samstag, 23. April, nehmen wir am Heimattreffen teil. Für Sonntag, 24. April erwartet uns ein interessantes Programm. Die Rückreise erfolgt am 25. April. Auf ein Wiedersehen freuen wir uns schon sehr.

Klaus-Jürgen Rausch, Schulsprecher

Adel im Interview

Spannende Zeitzeugen-Gespräche auf CD

Die besondere Lebenswelt des ostpreußischen Adels auf Gut Groß Klitten der Familie von Gottberg, dem Rittergut Juditten der Familie von Kuenheim, dem Gut Lenken der Familie von Sperber, dem Rittergut Waldburg-Capustigall der Grafen zu Dohna und zehn weiteren ostpreußische Gütern und Landschlössern beschreiben die Tondokumente von Befragungen noch lebender Zeitzeugen, die diese Güter bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges bewohnten.

Diese Tondokumente sind in die neue Publikation „Unbeschwerte Zeit!? – Jugendjahre auf ostpreußischen Gütern und Landschlössern“ des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen eingebettet.

Gegenwärtig besteht die letzte Gelegenheit, durch persönliche Befragungen diese besondere Lebenswelt des ostpreußischen Adels festzuhalten, die 1945 unwiderruflich zu Ende ging. Im Frühjahr 2014 begann das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen deshalb dieses Zeitzeugenprojekt.

Eine ganz besondere Lebenswelt

Vertreter von adligen Familien wurden zu ihren Wohnsitzen, Kindheitserlebnissen oder zum Alltagsleben interviewt. Aber auch Themen wie Stellung der Familie zur damaligen Politik und Flucht aus Ostpreußen wurden behandelt. Auf diese Weise sind persönliche Erlebnisse berichtet worden, wie sie in anderen Erinnerungswerken in dieser Konzentration und Vielfalt kaum zu finden sind. Unterschiedliche Perspektiven haben sich zwangsläufig ergeben und zeichnen ein facettenreiches Bild Ostpreußens und seines dort oft schon jahrhundertelang lebenden Adels.

Bis ins Jahr 2015 sind insgesamt 16 Interviews geführt worden. Die interessantesten Passagen wurden den entsprechenden Themen zugeordnet und fanden Platz auf zwei CDs. Das Begleitheft stellt in kurzen Texten die adligen Wohnsitze und die Familiengeschichten vor. Zahlreiche historische Abbildungen werden, soweit die Güter heute noch bestehen, durch aktuelle Bilder ergänzt.

Projektleiter war Wolfgang Freyberg, der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen. Seine Mitarbeiter in Ellingen und er waren verantwortlich für die Erarbeitung und Gestaltung des Heftes. Als Projektmitarbeiterin, zuständig für die Interviews, die inhaltliche und technische Zusammenstellung der CDs, konnte Gabriela Czarkowska-Kusajda gewonnen werden, die bereits erfolgreich das Zeitzeugenprojekt „Allenstein – Stadt unserer Jugend“ initiiert und mitgestaltet hat.

Ein solches Vorhaben ist für Ostpreußen bisher noch nicht realisiert worden. Sein besonderer Reiz liegt im akustischen und optischen Zusammenspiel, in der Kombination von Hör- und Leseerlebnis. Besonders zu danken ist Hans-Heinrich von Knobloch und dem von ihm geleiteten Verband „Der Historische Ostpreußische Adel“. Mit seiner Hilfe war es möglich, die notwendigen Interviewpartner zu finden. Allen Personen, die zu den inhaltsreichen Auskünften bereit waren, gebührt größter Dank. Nur so konnte das Projekt in dieser Form realisiert werden. Finanzielle Unterstützung stellte dankenswerterweise das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration zur Verfügung.

Das 40-seitige, reich bebilderte Heft mit den beiden CDs kann für neun Euro zuzüglich Porto und Verpackung bezogen werden bei: Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440 oder info@kulturzentrum-ostpreussen.de.

M. Fritsche

In Lüneburg geht es wieder los!

Nach der Umbaupause lockt das Landesmuseum mit aufregenden Veranstaltungen

Auf die Eröffnung des Haupthauses mit seiner Dauerausstellung müssen die Besucher des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg zwar noch eine Weile warten. Sie wird voraussichtlich Ende 2016, Anfang 2017 stattfinden. Nach einem Jahr Pause und einer aufwendigen Modernisierung und Erweiterung finden im fertiggestellten Neubau des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg aber endlich wieder kulturelle Veranstaltungen statt. Zum ersten Termin, **Donnerstag, 25. Februar**, hat sich ein ganz besonderer Gast angemeldet: der Schriftsteller Arno Surminski. Der Autor zahlreicher Romane, Erzählungen und Sachbücher wird sein gerade in neuer Auflage erschienenes Buch „Jokehnen oder Ein Dorf in Ostpreußen“ vorstellen. Erzählen wird er dabei nicht nur von seinem Geburtsdorf Jäglack, sondern auch von den benachbarten Städten, Dörfern und Schlössern im Herzen Ostpreußens. Viele Bilder werden den Vortrag illustrieren. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr.

Am **Dienstag, 8. März**, startet die Vortragsreihe „Migration – Flucht – Exil. Historische Erfahrungen in Mittel- und Osteuropa im 20. Jahrhundert“. Der Jurist und emeritierte Professor Otto Luchterhand wird um 18.30 Uhr über „Flüchtlinge und Asylrecht“ sprechen.



Arno Surminski Bild: Landesmuseum





Eine Ausstellung zeigt den schweren Weg der Wolfskinder bis in die Gegenwart: Eines von ihnen war Rainhard-Werner Bundt. Oben als Kind, rechts eine aktuelle Aufnahme Bilder: Claudia Heinermann

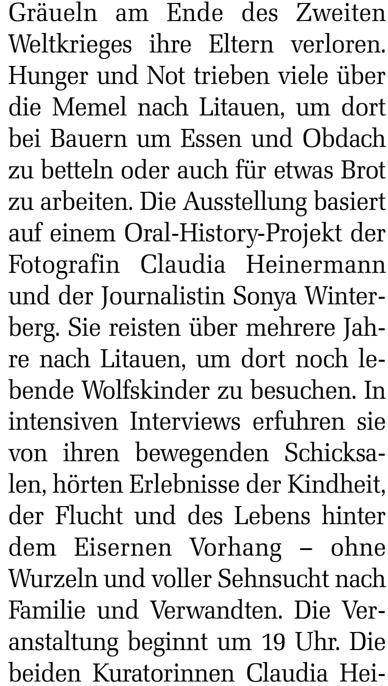
Die Wanderausstellung „Wolfskinder – Verlassen zwischen Ostpreußen und Litauen“ wird am **Freitag, 11. März**, eröffnet. Es geht um das Schicksal jener Mädchen und Jungen, die in den Wirren und Gräueln am Ende des Zweiten Weltkrieges ihre Eltern verloren. Hunger und Not trieben viele über die Memel nach Litauen, um dort bei Bauern um Essen und Obdach zu betteln oder auch für etwas Brot zu arbeiten. Die Ausstellung basiert auf einem Oral-History-Projekt der Fotografin Claudia Heinermann und der Journalistin Sonya Winterberg. Sie reisten über mehrere Jahre nach Litauen, um dort noch lebende Wolfskinder zu besuchen. In intensiven Interviews erfuhren sie von ihren bewegenden Schicksalen, hörten Erlebnisse der Kindheit, der Flucht und des Lebens hinter dem Eisernen Vorhang – ohne Wurzeln und voller Sehnsucht nach Familie und Verwandten. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr. Die beiden Kuratorinnen Claudia Heinermann und Sonya Winterberg werden anwesend sein.

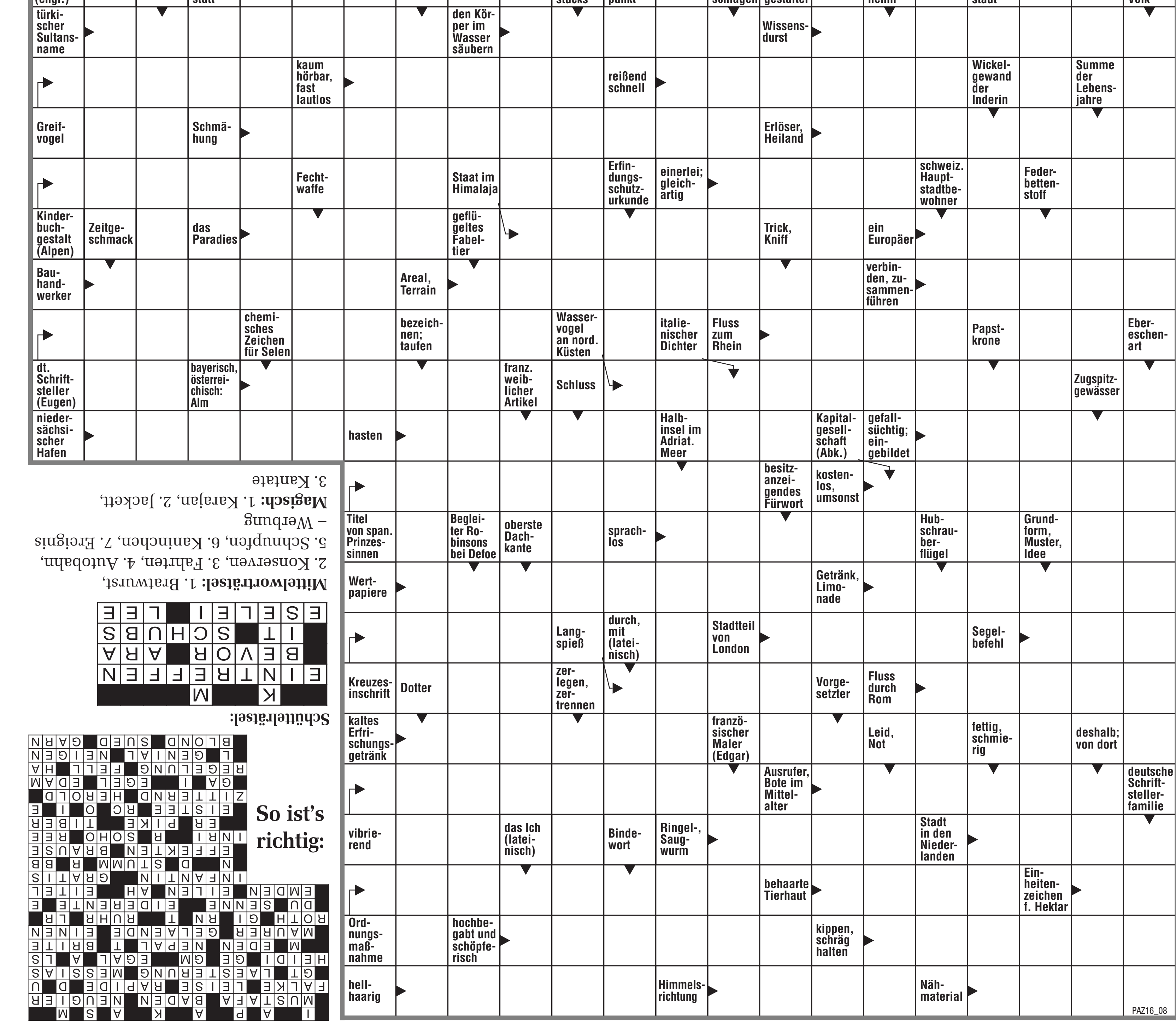
Neben den Kuratorinnen wird einen Tag später am **Sonnabend, den 12 März,** auch der Direktor des Nordost-Instituts in Lüneburg Joachim Tauber dabei sein, wenn in einer Podiumsdiskussion zur Ausstellung das lang verdrängte Thema noch intensiver beleuchtet wird. Das Gespräch beginnt um 16 Uhr. Um 12 Uhr, am **Sonntag, den 13. März,** besteht dann die Möglichkeit, sich von Claudia Heinermann persönlich durch die Ausstellung führen zu lassen. Platzreservierungen werden empfohlen.

Die Vortragsreihe „Migration – Flucht – Exil“ wird am **Donnerstag, den 17. März**, fortgesetzt: „Wohin sollten wir gehen?“, fragt sich der Historiker Jan-Hinnerk Antons von der Hamburger Bundeswehr-Universität im Titel seines Vortrages zum Thema „Displaced Persons zwischen NS-Herrschaft und Nachkriegsordnung“. Die Veranstaltung beginnt um 18.30 Uhr.

Passend zur Wolfskinder-Ausstellung geht es am **Montag, den 21. März**, um einen preisgekröntes Buch aus Litauen: „Mein Name ist Marytė“. Auch der Schriftsteller Alvydas Šlepikas’ (50) hat mit ehemaligen Wolfskindern gesprochen. Ihre Schilderungen hat er zu einem Roman verdichtet, der in Litauen lange auf der Bestsellerliste stand. Der Autor selbst wird bei der Veranstaltung im Museum anwesend sein und ebenso seine Übersetzer Markus Roduner sowie der Kulturattaché der Republik Litauen. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr.

Weitere Informationen: Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon: (04131) 759950, E-Mail: info@ol-lg.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de





Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

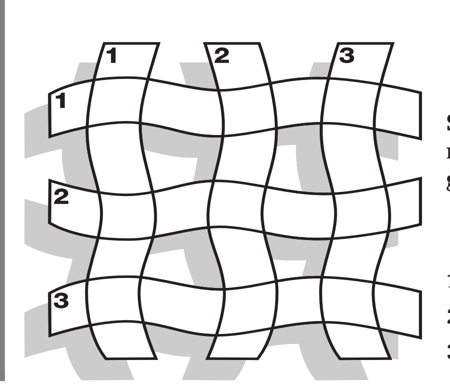
EEEFF INNRT	BIIS		EEKNT	EORS		CEIMR	AFLU	BEER	AENS
BEORV						AAR			
EEEI LS			BCHS SU						
						EEL			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein anderes Wort für Reklame, Propaganda.

1	ROST		STAND
2	OBST		DOSE
3	KREUZ		BUCH
4	DATEN		KREUZ
5	HEU		SPRAY
6	HAUS		STALL
7	NATUR		REICH

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 österr. Dirigent (Herbert von)
2 Teil des Herrenanzugs
3 mehrteiliges Gesangswerk

Gedenkfeier

Vertreibung: Als die ersten Sudeten kamen

Es war ein besonderer Nachmittag. In Erinnerung an die Ankunft des ersten Vertriebenentransportes aus dem Sudetenland vor 70 Jahren in Hessen am Bahnhof in Weilburg hatte der Bund der Vertriebenen (BdV) Limburg-Weilburg gemeinsam mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) und der Egerländer Gmoi z Limburg zu einer besonderen Gedenkveranstaltung eingeladen. Sie begann mit einer Kranzniederlegung am Gedenkkreuz für die Toten in der Heimat auf dem Weilburger Friedhof, an die sich eine bewegende ökumenische Andacht direkt am Gleis auf dem Weilburger Bahnhof anschloss, an der rund 150 Menschen teilnahmen. Bei der Gedenkfeier im Komödienbau Weilburg würdigte für die Hessische Landesregierung die Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, das Engagement der Verbände der Heimatvertriebenen für diesen beeindruckenden Tag des Erinnerns und dankte für die gute und partnerschaftliche Zusammenarbeit. Die Festrede bei der Gedenkfeier im Komödienbau hielt der emeritierte Limburger Weihbischof Gerhard Pieschl.

Traumatische Erlebnisse

In Ihrem Grußwort erinnerte die Landesbeauftragte an die Beschlüsse der alliierten Siegermächte nach dem Zweiten Weltkrieg, die zur Vertreibung von Millionen Deutschen führte, und gedachte der traumatischen Erlebnisse der Vertriebenen, die durch den Verlust der Heimat ausgelöst wurden. „Die Menschen, die im Februar 1946 in Weilburg ankamen, hatten mehr verloren als ihr Hab und Gut, das sie zurücklassen mussten. Sie hatten ihre Heimat verloren. Das menschliche Elend, das diese sogenannte ‚Umsiedlung‘ hervorrief, gehört zu einem der vielen schlimmen Kapiteln des 20. Jahrhunderts“, so Ziegler-Raschdorf.

Die Landesbeauftragte unterstrich die Notwendigkeit, die Erinnerung an die Ereignisse vor 70 Jahren wachzuhalten und an die kommende Generation weiterzugeben. Dies sei notwendig, um der geschichtlichen Wahrheit willen und zur Bewahrung eines würdigen Andenkens an die Opfer von Flucht und Vertreibung. „Das Erinnern an millionenfaches Leid der Heimatvertriebenen sowie die Bewahrung und Förderung des ostdeutschen Kulturgutes sind dieser Landesregierung unter Führung von Ministerpräsident Volker Bouffier eine Herzensangelegenheit“, betonte die Landesbeauftragte. Die Aufnahme und Eingliederung der Heimatvertriebenen, die in den ersten Nachkriegsjahren aufgrund der wirtschaftlichen Not schwierig gewesen sei, habe sich rückblickend zur Erfolgsgeschichte entwickelt. „Im Rückblick sind wir in Hessen und ganz Deutschland dankbar für die Menschen, die zu uns kamen. Mit ihrem Fleiß, ihrem Können und ihren Erfahrungen haben sie mitgeholfen, das zerstörte Land wieder aufzubauen“, würdigte die Landesbeauftragte die Aufbauleistung der Heimatvertriebenen.

Mitgeholfen, das Land wiederaufzubauen

Die Hessische Landesregierung sei auch künftig ein verlässlicher Partner an der Seite der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler. Ein Beispiel von vielen für diese gute Partnerschaft sei die finanzielle Unterstützung des Landes bei der Sanierung des Gedenkkreuzes auf dem Weilburger Friedhof. Als Zeichen der Verbundenheit überbringe sie gerne die herzlichen Grüße und besten Wünsche von Ministerpräsident Bouffier und von Sozial- und Integrationsminister Stefan Grüttner, so Ziegler-Raschdorf.

Den Abschluss der Gedenkfeier bildete die Filmvorführung der Dokumentation „Flucht, Vertreibung, Versöhnung 1945–2015“. Die Gemeinschaftsproduktion des „Weilburger Forums e.V.“ und „Weilburg-TV“ wurde mit dem Hessischen Landespreis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ ausgezeichnet. „Das filmische Zeitdokument ist bestens geeignet, besonders jungen Menschen die Thematik nahezubringen“, so die Landesbeauftragte. *PAZ*

Leckerbissen auf 500 Quadratmeter

Eine kulinarische Ausstellung im Oberschlesischen Landesmuseum



Wurst, Wellfleisch, Bier und Honig: Schlesische Lebensmittel von heute. Wer auf den Geschmack gekommen ist, kann sie im Museum käuflich erwerben Bilder (2): Göllner



Bis Ende der 70er Jahre in Betrieb: Die Dreschmaschine der Firma Johann Breitkopf und Söhne (r.)

Museale Leckerbissen gab es in Ratingen in der Bahnhofstraße 62 schon öfter zu sehen. Die delikaten Ausstellungsobjekte, die derzeit im Oberschlesischen Landesmuseum zu besichtigen sind, dürften aber wohl einmalig sein. Die Sonderausstellung „Für Leib und Seele – Von der Kultur des Essens und Trinkens“ ermöglicht eine virtuelle Zeitreise in die kulinarische Vergangenheit Schlesiens. Auf 500 Quadratmetern haben die Museumsmacher sozusagen ein vielseitiges Menü aus 1200 Exponaten angerichtet.

Wie die Kuratorin Christine Pleus verrät, lässt sich in der Ausstellung auch vieles entdecken, was Schlesien mit dem Rheinland, mit Ostpreußen und Polen verbinden. Ein Beispiel dafür ist das süße Fastnachtsgebäck, das grenzüberschreitend als Kreppel, Berliner, Krapfen, Pfannkuchen oder „paczki“ geschätzt wird. Auch die Raderkuchen sorgen länderübergreifend für Gaumenfreuden. Vor 1945 galt das Schmalzbäck – auch Liebesschleifen genannt – in Ostpreußen und Schlesien als charakteristische Fastnachtsspeise. Sie wurde aber auch zu vielen Familienfeiern aufgetischt. Im heutigen Polen wird die süße Leckerei faworki oder chrusty genannt und darf bei keinem Karnevalsereignis fehlen.

Von Zuckerpionieren und Gurkenstädten

Was im Zeitalter der Fertiggerichte und Schnellrestaurants oftmals vergessen wird, ist, dass die Zutaten jeder Mahlzeit natürlich zunächst einmal produziert werden müssen. Auch hier bietet die Ausstellung in Ratingen einiges an „Geistesfutter“. Sie spannt einen Bogen von der Erzeugung und dem Anbau über die Verarbeitung und Vermarktung, die Konservierung und Vorratshaltung bis hin zum Verzehr von Lebensmitteln. Ausgehend vom Spektrum der Nahrungsmittel, die Schlesiens Landschaft im Laufe der Jahrhunderte hervorbrachte, entwickelten sich regional unterschiedliche Kochrezepte, Tischsitten und Essrituale. Äußere Faktoren wie naturräumliche Gegebenheiten, wissenschaftlichtechnischer Fortschritt, religiöse Zugehörigkeiten und gesellschaftliche Entwicklungen. So brachten im 12. und 13. Jahrhundert zugewanderte Siedler aus Franken, Bayern, Schwaben, Hessen und Thüringen ihre Küchentradition mit nach Schlesien. Auch die Zugehörigkeit zum Habsburgerreich hat Spuren in den Rezepten und der Kochtradition hinterlassen.

Geht es darum, die menschlichen Grundbedürfnisse Essen und Trinken zu befriedigen, darf der Blick hinaus aufs Feld, wo das goldgelbe Getreide wogt, natürlich nicht fehlen. Zu den imposantesten Exponaten der Ausstellung gehört die Dreschmaschine vom Typ Löwe E 57, die von der Firma Johann Breitkopf und Söhne in den 1930er Jahren in Löwen/Schlesien gebaut wurde. Anhand von ausgewählten Ausstellungsstücken wird aber auch der Zuckerpionier Franz Carl Achard vorgestellt, der 1802 in Kunern (Konary) die erste Rübenzuckerfabrik Europas errichtete.

Nördlichster Weinanbau Europas

Als Beispiel für eine erfolgreiche Teichwirtschaft dient das Zentrum der Karpfenzucht bei Militsch (Milicz). Liegnitz (Legnica) wiederum war vor 100 Jahren als „Gurkenstadt“ überregional bekannt. Grünberg (Zielona Góra) wird als eines der nördlichsten Weinanbaugebiete Europas präsentiert. Ergänzt wird die Präsentation durch verschiedene Tierpräparate, schlesisches Porzellan, Tischwäsche sowie seltene historische Aufnahmen und Malereien.

Die Ausstellung ist bis zum 15. Oktober zu besichtigen. Begleitend und an die unterschiedlichen Jahreszeiten angepasst, gibt es thematische Führungen, Workshops sowie Aktionstage mit Verkostungen und praktisch-kreativen Angeboten. So ist für den 30. April das Programm „Konservieren, verpacken, verkaufen“ und für den 28. Mai „Kochen, tischdecken, essen“ geplant. *Dieter Göllner*

Weitere Informationen: Oberschlesisches Landesmuseum Bahnhofstraße 62, 40883 Ratingen (Hösel), Telefon: (02102) 9650, E-Mail: info@oslm.de, Internet: www.oberschlesisches-landesmuseum.de/

Trotzige Insel

Wangerooge hat sich nie von Natur- oder Kriegsgewalten unterkriegen lassen – Im Winter ein attraktives Ziel zum Entspannen

Strandspaziergänger auf Wangerooge staunten nicht schlecht, als sie im Januar auf zwei knapp 13 Meter lange Pottwale stießen. Die lagen allerdings tot im Sand. Auch sonst kann man in der kalten Jahreszeit auf der ostfriesischen Insel immer viel erleben.

Wellen brechen an Beton-Tetraedern einer ins Wasser ragenden Buhne, der steife Wind treibt Gischtfetzen und Sandschlieren über den Strand. Nur wenige, dick vermummte Menschen wagen sich in den Wintermonaten an den Strand von Wangerooge und lassen sich auf das Spektakel losgelassener Naturgewalten ein. Wie ein Trost wirkt da die regelmäßig rotierende Lampe hoch oben im rot-weißen Leuchtturm, die ihren Lichtstrahl zuverlässig in die Nacht schickt.

Jede der ostfriesischen Inseln besitzt einen typischen Charakter. Norderney gilt als die mondäne Insel mit den einst berühmten Gästen und bietet heute eine Spielbank und natürlich Hotelbetriebe mit ausdifferenzierten und teuren Wellness-Angeboten. Spiekeroog gilt als ein stilles, naturnahes Eiland, in das einst der spektakulär pleite gegangene Bremer Reeder Stolberg investiert hatte. Langeoog wird vor allem von Familien besucht und auf Borkum stehen die großen Sanatorien. Wangerooge behauptet sich gegen die Konkurrenz mit – Geschichte.

Seit Jahrhunderten besitzt Wangerooge eine strategische Bedeutung. Dank der Lage der Insel an den Mündungen der Flüsse Jade, Weser und Elbe navigierten die Steuerleute schon vor Jahrhunderten auf Sicht nach dem Wangerooger Kirchturm, ein massives Bauwerk aus dem 16. Jahrhundert. Eine Seite des Turms hatte schon vor Jahrhunderten einen großflächigen weißen Anstrich bekommen, um die Positionsbestimmung der Schiffe auch bei schlechter Sicht zu erleichtern.

Das erste Drama, das die Insel erleben musste, kam ohne Ankündigung, es beendete die erste Phase des Seebades. Im Jahr 1804 hatte das oldenburgische Seebad seine Pforten geöffnet und immer mehr Menschen kamen aus Oldenburg, Bremen und anderen Städten. Ein Bad in der offenen, salzigen See war vor 200 Jahren als Gesundbrunnen populär geworden. In eigens gebauten Badewagen konnten sich die Reisenden umziehen und dann direkt über ein paar Stufen in das Meer steigen. Anfang des 19. Jahrhunderts wurden Kur- und Logierhäuser errichtet, selbst ein Pavillon für den nachmittäglichen Tee entstand in den Dünen.

Im Sommer 1854 besuchte der Oldenburger Herzog mit viel Tam Tam das einzige Seebad des Oldenburger Staates. Alles schien gut zu sein – die Zukunft des Bades konnte nur eine glänzende sein.

Doch der Aufschwung wurde mit dem Jahreswechsel von 1854 auf 1855 jäh unterbrochen. Eine besonders heftige Sturmflut verwüstete das schmale Eiland. Nordseewasser floss in breiten Strömen über die Insel, drang ein in geschützte Gärten und flutete die wenigen Süßwasserbrunnen der Insulaner. Ein Leuchtturm, erst wenige Jahre zuvor errichtet, stürzte ein. Vom Kirchhof raubte die Flut die Gebeine der Toten und spülte sie in die Nordsee.

In diesem Winter verschob sich die Insel um viele Meter nach Osten, das heißt im Westen wurde der Sand vom Meer abgetragen und im Osten wieder angeschwemmt. So stand am Morgen nach der verheerenden Sturmflut der Kirchturm aus dem 16. Jahrhundert nun nicht mehr in der Mitte des Dorfes, wie Jahrhunderte zuvor, nein, er stand nun in der offenen Brandung der Nordsee.

Nach der Katastrophe, von der der Augenzeugenbericht des Wangerooger Pastors Schmedes überliefert ist, entschied die Oldenburger Regierung, die Insel aufzugeben. Die Einwohner, die die große Flut überlebt hatten, wurden auf das sichere Festland umgesiedelt, sollten hier eine neue Existenz aufbauen. Aber die Menschen vermissten schnell die Nähe zur See, sie liebten die Naturgewalten. Ein zufriedenes Leben am Kachelofen war nicht die Lebensperspektive, die sie erfreute. Ein paar Jahre nach der Aussiedlung kehrten erste mutige Insulaner ohne Erlaubnis zurück auf die Insel. Sie bohrten neue Brunnen und bauten einfache Häuser rund um den Leuchtturm, den Oldenburg an einem neuen Ort wiedererrichtet hatte (heute ist das der alte Leuchtturm). Und die Rückkehrer begannen, Zimmer zu vermieten. Ganz allmählich wurde Wangerooge wieder Kur- und Ferieninsel und irgendwann gab auch die Oldenburger Regierung ihren Widerstand gegen eine Wiederbesiedlung auf. Ab etwa 1900 entstanden an der Seepromenade große Hotels wie das „Strandhotel Gerken“, das „Hotel Germania“ und der „Kaiserhof“. Wangerooge erlebte prosperierende Jahre ohne verheerende Stürme und Fluten.



Strandspaziergang während einer Sturmpause: Winterliche Impression auf Wangerooge — Bild: Aschenbeck

Doch mit Beginn des Ersten Weltkriegs zogen abermals dunkle Wolken auf. Der Westturm, der stolze Turm aus dem 16. Jahrhundert, der seit der Sturmflut 1854/55 inmitten der Brandung stand und sich gegen die Kraft des Meeres behauptet hatte, wurde gesprengt, um britischen Schiffen keine Navigationshilfe zu geben. Ansonsten ließ dieser Krieg die Insel noch in Ruhe.

Nach einem kurzen Aufschwung des Kurbetriebes in den 1920er und frühen 1930er Jahren folgten dann die Schrecken des Zweiten Weltkriegs. Von den Nationalsozialisten wurde Wangerooge zu einer Festung ausgebaut. Überall auf der Insel wurden Schützengräben ausgehoben, Bunker errichtet, Baracken aufgestellt und erste Radaranlagen installiert – so auch der „Würzburg-Riese“.

Überall auf der Insel waren nun Soldaten stationiert, die nicht nur die Insel, sondern vom Eiland aus ganz Deutschland gegen die Engländer verteidigen sollten. Von Wangerooge aus wurde die Jade-Einfahrt kontrolliert, wartete doch im an der Jade gelegenen Wilhelmshaven die deutsche Marine auf ihren Einsatz.

Doch trotz der immer gegenwärtigen Angst vor den Luftangriffen der Alliierten vergingen die Jahre des Krieges ohne größere Kampfhandlungen und Zerstörungen. Die Insulaner rieben sich schon erstaunt die Augen – während Europa in Schutt und Asche fiel, blieb die eigene Festung verschont. Doch der 25. April 1945 änderte alles: Die Alliierten flogen einen verheerenden Luftangriff. Innerhalb weniger Minuten warfen die Flieger einen Bombenteppich über der Insel ab. In den Westdünen nahe der heutigen Surfschule starben 20 Menschen, die in einem Bunker Zuflucht gesucht hatten. Ein über den Dünen hinaus ragendes Holzkreuz erinnert noch heute an das traurige Ereignis. Insgesamt verloren innerhalb weniger Stunden 300 Menschen ihr Leben.

Die Spuren des Krieges lassen sich überall auf der Insel entdecken. In den Ostdünen liegen nach Sprengungen wassergefüllte Bombentrichter, in den Westgroden haben sich daraus Süßwasserbiotope entwickelt. In der St.-Nikolai-Kirche im alten nach 1855 neu errichteten Ortskern erinnert ein Glasgemälde des Kirchenmalers Oetken an die Schrecken der Fluten und des Krieges.

Auf Wangerooge steht selbst das berühmteste Restaurant auf einem historischen Ort, das „Café Pudding“. Das kreisrunde, verglaste Café steht auf der alten Signaldüne, auf der sich bis nach dem Ersten Weltkrieg ein Seezeichen befand. Vom „Café Pudding“ aus kann man die Schiffe beobachten, die in Elbe, Weser und Jade fahren. Manchmal sieht man auch eine deutsche Fregatte, die zu einem womöglich gefährlichen Einsatz in fremde Gefilde ausläuft. In Wangerooge bleibt deutsche Geschichte bis heute authentisch – auch während einer Reise im Winter. *Nils Aschenbeck*

Tickets zum Oscar-Gefühl

Viele träumen davon, den Oscars, die an diesem Sonntag in Los Angeles vergeben werden, einmal ganz nahe zu sein. Gelegenheit dazu bietet sich mit einer Tour durch die Universal Studios Hollywood, wo man erleben kann, wie es hinter den Filmkulissen zugeht. Wer die Gelegenheit dazu wahrnehmen will, kann mit dem Kartenangebot „Attraction Tickets Direct“ die Sets seiner Lieblingsfilme besuchen und auf Filmgiganten wie King Kong und Spider-Man treffen.

Neben Original-Filmkulissen erwarten die Besucher des Themenparks Attraktionen wie die rasante „Jurassic Park“- Bootsfahrt und eine der besten Stuntshows weltweit: Ob per Boot oder per Flugzeug – die Stuntleute der „Waterworld“ jagen mit hoher Geschwindigkeit übers Wasser. Ein Aufenthalt auf der Vergnügungsmeile Universal-City-Walk rundet den Besuch ab. Eine Vielzahl von Restaurants, Bars und Shops sowie ein Kino lassen keine Wünsche mehr offen.

Mit Attraction Tickets Direct sparen Filmfans nicht nur Geld, sondern auch viel Zeit vor Ort. Denn wer seine Tickets auf der deutschsprachigen Internetseite www.attractionticketsdirect.de vorab online bestellt, geht in Los Angeles direkt hinein ins Hollywood-Erlebnis. Das Tagesticket gibt es für Kinder ab 73 Euro, für Erwachsene ab 80 Euro. *tws*

Ski im Wüstenstaat

Auch das heiße Arizona hat Wintersportorte

Arizona ist als Wüstenstaat und für seine hohen Temperaturen bekannt. Doch wer hätte gedacht, dass man in dem US-Bundesstaat auch Ski fahren kann? Tatsächlich gibt es hier ein Skigebiet, das Arizona Snowbowl ist sogar eines der ältesten in den USA. Im Winter garantiert die zirka zwei Autostunden nördlich der Hauptstadt Phoenix und nahe Flagstaff gelegene Wintersportregion mit vier Sesselliften und 32 Abfahrten jede Menge Pistenspaß.

Das Skigebiet liegt am Humphrey Peak, dem mit 3850 Metern höchsten Berg Arizonas. Auf immerhin 2800 Metern tummeln sich die Ski- und Snowboard-Fahrer. Für Anfänger, Fortgeschrittene und Profis ist alles dabei. Neulinge haben die Möglichkeit, sich für eine private Unterrichtsstunde oder einen Gruppenkurs anzumelden und so die richtige Technik zu erlernen. In der Nähe des Arizona Snowbowl befinden sich mit der Hart Prairie Lodge und der Agassiz Lodge zwei Hütten, die für das kulinarische Vergnügen sorgen und kleine Häuschen zur Übernachtung bereitstellen.

Der Sunrise Ski Park nahe der Stadt Greer im Osten Arizonas wiederum verfügt über drei befahrbare Berge mit 65 Skipisten und zehn Liften. Auch im Sunrise Ski Resort befindet sich eine Spaßanlage für Abenteuerlustige. Besonders jüngere Schneebegeisterte sind regelmäßig von der Halfpipe begeistert, auf der man mit dem Snowboard und auf Skiern waghalsige Sprünge wagen kann. In der Sunrise Day Lodge am schönen Sunrise See können Wintersportler aus 100 Zimmern zur Übernachtung auswählen und den anstrengenden Skitag im Whirlpool ausklingen lassen.

Das südlichste Skigebiet der USA, das Mount Lemon Ski Valley, hat insgesamt 21 Pisten zu bieten. Skipässe und Kurse sind hier besonders kostengünstig und garantieren jede Menge Spaß für die ganze Familie. Einkehren können Pistenbesucher im Restaurant Iron Door. Hier gibt es eine große Auswahl an Salaten, Sandwiches, hausgemachten Suppen, Chili und Maisbrot. Außerdem kann man hier nach einem anstrengenden Skitag für ein paar Stunden in der warmen Stube entspannen.

> Ski Fahren in 2800 Metern Höhe

Man sieht: Nicht nur Wüstenwanderer, sondern auch Schnee- und Bergeliebhaber kommen in Arizona auf ihre Kosten. *tws*

Deutschsprachige Reise-Infos im Internet: www.arizonareise.de

Fahrt zum Eisloch

Mit Tallink-Silja-Schiffen die Ostsee erleben

Ein Besuch der Ostseegroßstädte in der dunklen Jahreszeit hat immer etwas Magisches. Im Dämmerlicht der kurzen Tage erscheint die Welt wie verwandelt: Das Leben ist entschleunigt, der Schnee dämpft die Geräusche, und glitzernde Lichter heben die Stimmung.

Stockholm, Helsinki, Turku, Riga und Reval – die Metropolen und Kulturstädte Skandinaviens und des Baltikums sind für deutsche Urlauber nicht nur besonders gut, günstig und schnell erreichbar, sondern dank Tallink Silja, der größten Fahrgastreederei der nördlichen Ostsee, auch perfekt miteinander kombinierbar. Zehn Kreuzfahrtfähren sind täglich auf sechs Routen zwischen den Häfen im Einsatz. Neben den Schiffen betreibt die in Estland ansässige Reederei fünf Hotels in Reval und Riga.

Eine Schiffsreise im Winter durch die schier endlos wirkenden Eisschollen hat dabei einen ganz besonderen Reiz. Alle Fähren der Linie sind Eisbrecher, sie kommen mühelos durch die zentimeterdicken Eisschichten. Links und rechts ziehen die schneebedeckten nordischen Schäreninseln vorbei, während sich die Wintersonne in farbenfrohen Mosaiken im Eis spiegelt. An manchen Tagen bietet sich den Reisenden zudem ein unvergessliches Naturschauspiel: Wer Glück hat, erspäht in weiter Ferne die Aurora Borealis – das farbenprächtige Polarlicht.

Die Häfen, welche die Schiffe der Tallink Silja anlaufen, locken in dieser Jahreszeit mit ganz unterschiedlichen Attraktionen: In Stockholms Freizeitgebiet Hellasgården können Hartgesottene unter Aufsicht ein Bad im Eisloch nehmen; in Helsinki kann man Eiswanderungen auf der zugefrorenen Ostsee unternehmen; in der weitgehend autofreien Altstadt Rigas sind Kutschfahrten möglich; und in Reval sollte man sich im Kalev Marzipan Room das angeblich in der Stadt erfundene Marzipan schmecken lassen. *tws*

Mehr Infos unter: www.tallinksilja.de



Schnell die Eisschollen hinter sich lassen — Bild: Tallink Silja

Weltgrößtes Iglu in Zermatt

Wenn es draußen wegen der Erderwärmung immer heißer wird, scheinen die Menschen sich in Kühlschränken wohlzufühlen. So lässt sich ironisch zugespitzt wohl der Trend zu Iglu-Übernachtungen erklären. Jetzt hat ein Team auf Rotenboden im Gletscherparadies oberhalb von Zermatt in rund 2000 Stunden das größte Schnee-Iglu der Welt gebaut und sich damit einen Eintrag im Guinness-Buch der Rekorde gesichert. Das Iglu, das auf 2727 Metern Höhe errichtet wurde, hat einen Durchmesser von 13 Metern und eine Innenhöhe von 10,5 Metern. Das eindrückliche Schneebauwerk ist seit Ende Januar noch bis zum Ende der Wintersaison zugänglich. Im Iglu-Dorf genießen Gäste bei einem heißen Drink an der Iglu-Dorf-Bar freie Sicht auf das gezuckerte Matterhorn. Für Übernachtungsgäste gibt es einen Whirlpool mit Blick in den Sternenhimmel oder eine Sauna inmitten von Schnee und Eis.

Seit sich in Skandinavien Iglu-Hotels besonderer Beliebtheit erfreuten, schwappte die Mode auch in die Alpen über. Über das Iglu-Dorf in Kühtai hatte die *PAZ* schon am 29. Januar berichtet. Auch in der Schweiz gibt es inzwischen eine ganze Reihe von Iglu-Dörfern, die mit außergewöhnlichen Übernachtungen und tollen Angeboten locken. Mehr unter www.Iglu-dorf.ch *tws*



Eine stiller Protest

Fotografien der DDR-Grenze

Nur, wer es selbst erlebt hat, weiß um die Gefahren, in die sich Gerd Rücker damals begeben hat. „Meine Frau war die einzige, die informiert war. Sie wusste, dass ich es tun muss“, sagte er mit leiser Stimme in einem Interview bei Radio-Berlin. Er sprach über illegale Fotoaufnahmen, die er während der Zeit der Berliner Mauer über die Grenzanlagen machte. Es war ein stiller Protest gegen die Teilung seiner Heimatstadt Berlin.

Seine Fotos sind in dem Buch „Fotografieren verboten“ im Ch.Links-Verlag erschienen und zeigen erstmals die Mauer von der Ostseite aus. Rücker war ein ganz normaler DDR-Bürger, der zum Glück dem System nicht auffiel. Geboren 1942 in Berlin-Weißensee, lebt er seit seiner Kindheit in der Stadt. Seine Mutter schickte ihn oft in den West-Sektor, um Dinge zu kaufen, die es im Ostteil nicht gab. Auch lebten viele Verwandte in West-Berlin, das trotz Teilung in vier Sektoren in den 1950er Jahren noch relativ leicht zu erreichen war.

„Grenzgänger – so wurden vor 1961 all diejenigen genannt, die in einem Teil Berlins wohnten, im anderen arbeiteten, die Grenze, die nur durch Schilder markiert war, täglich und selbstverständlich passierten: zur Arbeit in den Westen, nach Hause in den Osten“, schrieb Rücker im August 1986, im 25. Jahr des Mauerbaus, in ein Fotoalbum, dessen Inhalt zwischen 1978 und 1986 entstanden ist. Er sei auch ein Grenzgänger, doch nun mit anderer Bedeutung. Er überschreite keine Grenze, sondern gehe nur immer wieder an ihr entlang von Berlin Blankenfelde bis Berlin-Altglienicke. Die Grenze von Süden nach Norden abschreitend, immer der Gefahr ausgesetzt, entdeckt zu werden. Er wollte diesen Wahnsinn dokumentieren, was bei Strafe verboten war. Wäre er erwischt worden, hätte ein Gefängnisaufenthalt auf ihn gewartet. Die Staatsmacht der DDR erwartete von ihren Bürgern ein Ausblenden der Grenze ins sogenannte kapitalistische Ausland und tat alles dafür, diesen Teil der Welt aus den Gedanken ihrer Bewohner zu entfernen. Es gab keine Stadtpläne, keine Aufzeichnungen. Da, wo West-Berlin anfing, zeigte sich auf DDR-Plänen eine weiße Fläche. Rücker konnte und wollte sich nicht damit abfinden, eingesperrt zu sein, seine Stadt nur noch halb erleben zu dürfen und begann, die Mauer abschnittweise aufzusuchen. Erst einmal immer ohne Kamera, um zu sondieren. Wenn die Lage sicher schien, ging er erneut los, um aus erhöhten Positionen Bilder zu machen. Oft aus Hochhäusern, da man sonst nichts sehen konnte. Immer mit nicht nachprüfbaren Ausreden im Gepäck, die seinen Aufenthalt vor Spitzeln erklären konnten. Oft wurde er gefragt, was er dort zu suchen habe, aber erwischt wurde er nie. Seine Fotos sollten Beweise sein für eine unmenschliche Teilung. Die Abbildungen mussten in der Wohnung heimlich aufbewahrt werden, nachdem er sie im eigenen Badezimmer selber entwickelt hatte. Manchmal versteckte er die Tüte mit den Fotos konspirativ auch bei seiner Mutter in der Wohnung, um Hausdurchsuchungen vorzubeugen.

Gegen die Teilung der Stadt

Die Dokumentation hatte keinen politischen Anspruch, so Rücker, sie sei nur ein Zeichen ohnmächtiger Trauer darüber, dass es diese Grenze gab, in der Hoffnung, dass eines Tages diese Grenze fallen würde. Er übergab das Album mit 78 Fotos der Stiftung Berliner Mauer. In Zusammenarbeit mit der Organisation erschien sein ergreifendes Dokument als Buch.

Silvia Friedrich

***Lydia Dollmann/Manfred Wichmann (Hg.): „Fotografieren verboten! Die Berliner Mauer von Osten gesehen. Mit Aufnahmen und Erinnerungen von Gerd Rücker“,** Ch, Links Verlag, broschiert, 112 Seiten, 20 Euro*



Nichts als Palaver

Schellnhuber schwingt sich zum Oberwissenschaftler auf

Wer so ein Buch schreibt, muss sich zuerst in den Olymp erheben, um von oben seine Blitze, Pfeile, Ge- und Verbote in die „dumme Masse“ zu schleudern, die den „kollektiven Suizid“ zu begehen droht. Er muss auch in eine fremde Haut schlüpfen. Diese stammt von Dennis Meadows, dem Autor von „Die Grenzen des Wachstums“ (1972), der gute Witze erzählen und Spiele erfinden konnte, um „Denkschablonen aus den Köpfen“ zu reißen. Schellnhuber entpuppt sich als Narzisst und Machiavellist: „Der Mensch als zweifellos hochkomplexes Gebilde ist bekanntlich mit den einfachsten psychologischen Tricks verführbar und lenkbar.“

Der Autor schwärmt von der „Schönheit komplexer Systeme“, die schwierig zu verstehen, vorherzusagen und zu beherrschen sind. Er präsentiert dem Leser die Navier-Stokes-Gleichung für das Strömungsverhalten von einfachen Flüssigkeiten, weist auf das Problem „der galoppierenden Computerabweichung“ hin, so dass die simplen Gleichungen eine „chaotische Dynamik“ erzeugen. Er konzediert: „Da die Navier-Stokes-Gleichung noch viel hinterhältiger ist, wird es auch in absehbarer Zeit keine verlässliche 14-Tage-Wettervorhersage geben.“

Was die direkte Beeinflussung von tropischen Wirbelstürmen angeht, „betreten wir endgültig das Terrain der Wissenschaftsfantasie“. Auf nur fünf Seiten widerlegt Schellnhuber seine Apokalypse. Nach diesem Bekenntnis in Bezug auf das menschliche Natur- und Wetterverständnis beginnt ein Feuerwerk der Irritation, Simplifikation, Suggestion und Manipulation. Der Autor mutiert zum „Erlöser“: „Unsere Zivilisation verbrennt das Buch des Lebens“.

Mit Kapitel 4 beginnt seine „Entdeckungsreise zum Klimawandel“. Er bekennt, dass „die Problematik in ihrer vollen Komplexität hartnäckig dem menschlichen Verständnis“ trotze. Dabei hat er ganz geschickt das Wetter ausgelassen, obgleich das unverzichtbar ist, um „Klima“ überhaupt erst zu definieren. Auch die Klimarekonstruktion beruht ja ausschließlich auf der Analyse der Spuren, die das Wetter in der Natur hinterlassen hat. Trotz aller Ignoranz überrascht der kleine Nebengedanke: „Die Variation der solaren Einstrahlung wirkt tatsächlich wie ein Taktgeber“.

Erstaunlich ist die Überschrift von Kapitel 5: „Klimapalaver“. In der Tat, alles was sich auf der internationalen politischen Bühne seit Rio 1992 abspielt, ist nichts anderes als Palaver, als Spiel mit Ängsten, als hohe Kunst der Verführung. Da wird die „dumme Masse“ plötzlich mit „Schwarmintelligenz“ versehen, weil sie als Herde besser auf politische Spiele reagiert.

Das Wetter war noch nie gefährdet, am wenigsten durch das Spurengas CO_2, das einzig und allein als Nahrung für grüne Pflanzen dient und sonst keinerlei Funktion hat. In geradezu hochnotpeinlicher Eitelkeit dient ein zentraler Teil des Buches der Selbstdarstellung, der Pflege des eigenen Ich, sei es als exzellenter Chaosphysiker, als „intellektuelle Waffe“, als Postdam_Institut für Klimafolgenforschung (PIK)-Direktor, Kanzlerin-und atheistischer Papstberater, Commander des British Empire, Propagandist des Zwei-Grad-Ziels oder Vater der „Kipp-Punkte“. Er ist Apokalyptiker und Zeitgeistverstärker. Nur er besitze die Weisheit, die „Selbstverbrennung“ des Planeten durch das „Giftgas“ CO_2 zu erkennen, zu verhindern. Dabei weiß er sehr wohl, dass die „Pflanzen der Luft CO_2 auf photosynthetische Weise“ entziehen und eine „starke Abhängigkeit der Kohlendioxydkonzentration vom Tag-Nacht-Zyklus“ existiert, diese daher mit dem Temperaturzyklus nichts zu tun hat. Er weiß auch, dass „Kohlenstoff ein unverzichtbarer Bestandteil allen organischen Materials und damit „Gottes Element“ ist.

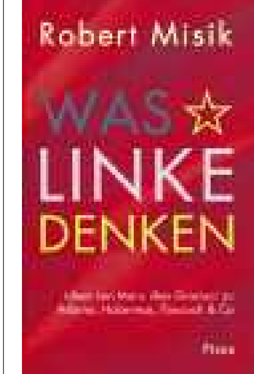
Kaum überschaubare Halbwahrheiten

Der Untertitel des Buches „Die fatale Dreiecksbeziehung zwischen Klima, Mensch und Kohlenstoff“ ist bewusst falsch, wenn er bekennt: „Die Photosynthese ist die wichtigste biochemische Reaktion unserer Welt“. Noch ein Zitat: „Das Schicksal von Klima und Leben wird im Dreieck Sonneneinstrahlung, Karbonat-Silikat-Zyklus und Photosynthese entschieden.“ Auch der Satz ist eine Falschaussage: „Der Blick zurück in die Klimageschichte der letzten Jahrhunderttausende zeigt, dass während der Evolution des modernen Menschen die globale Mitteltemperatur niemals höher gelegen hat als etwa 1,5 Grad Celsius über dem Niveau zu Beginn der industriellen Revolution.“ Alle Klimaoptima seit Beginn des Holozäns waren ausgeprägter als das heutige. Im ersten Optimum vor etwa 10 000 Jahren erfolgte die Neolithische Revolution!

Wenn das Buch als nicht lesenswert, ja als gefährlich eingestuft wird, dann ob der kaum durchschaubaren Mixtur von Wahrheiten, Halbwahrheiten und klaren Unwahrheiten. Es ist für bestimmte politische Zwecke geschrieben und hat mit „Paris“ seinen Zweck erfüllt. Kein Staatsmann hat es wirklich gelesen, denn wer nichts weiß, weiß alles besser. Die Politik regiert mit dem Bauchgefühl, mit wohl dosierten Ängsten. Da kann kühler Sachverstand nur schaden.

W. Thüne

***Hans Joachim Schellnhuber: „Selbstverbrennung. Die fatale Dreiecksbeziehung zwischen Klima, Mensch und Kohlenstoff“,** Bertelsmann Verlag, München 2015, gebunden, 778 Seiten, 29,99 Euro*



Zettelkasten statt Abhandlung

Robert Misiks Buch über Linke enthält Angelesens und Aufgeschnapptes

Legt Robert Misik, „politischer Schriftsteller“, hier ein Buch vor? Oder stülpt er dem Leser seinen Zettelkasten über den Kopf, Aufgeschnapptes und Angelesenes, wirr verbunden zur „Linken“, die „extrem bunt und heterogen“ und am Aussterben sei. Der Autor hat früher wenige linksextreme „Engagements“ ausgelassen, ankert jetzt bei Wiener Stadtblättchen und einem Videoblog für „Wiener Schmäh“. Was er mit diesem Büchlein will, bleibt unklar. Einerseits nennt er „die Linken denkfaul“, auch sind „systematisches Lesen und fundiertes Denken“ „hoffnungslos out“, zumal „Politik heute weitgehend entideologisiert“ sei.

Auf heutige Linke, „antiintellektuell“, treffe George Orwells Verriss zu. Aktuelle Marxisten seien wirre Dogmatiker. Linke seien von „dunkelgrauer Melancholie“ umgeben, in Radikale und Gemäßigte zerstritten, unterschieden in „Jargon und Gehabe“. Manche hüteten tote Traditionen wie die „Frankfurter Schule“, die diesen Namen um 1960 bekam, als von ihr kaum noch Adorno aktiv war – als Musikkritiker und Urheber von Unsinn, etwa dass es „barbarisch“ sei, „nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben“.

In Frankreich war die Kluft noch ausgeprägter – zwischen kommunistischen Dogmatikern wie Sartre und bekehrten Linken wie Camus, der die „pervertierte Praxis“ des Kommunismus als Folge von Marx' Verachtung des Individuums und mechanistischer Geschichtsphilosophie ansah. Über solches huscht Misik rasch hinweg, der sich für Marx' Rassismus so schämt, dass er ihn nur per Zitat aus der „Zeit“ anklingen lässt: „Jüdischer Nigger, dumme Schweizer, lügnerische Dänen“ und so weiter. Misik ist Leopold Schwarzschilds „Der rote Preuße“ von 1954 zu empfehlen, die wohl beste Marx-Biografie überhaupt! Da wird Marx vorgeführt, zum Beispiel als Feind Frankreichs („Die Franzosen brauchen Prügel“) und Freund Preußens, dessen Siege der „westeuropäischen Arbeiterbewegung“ nützten.

Misik endet mit Foucault, den er eingestandenermaßen kaum verstand, auch nicht andere Franzosen „mit der Aura des Unverständlichen“, sieht sie aber als Konkursverwalter: „Die Vorstellungen der Postmoderne sind nicht Teil des linken Denkens, sondern Teil seiner Abwicklung, einer Verwerfung der Linken“.

Wolf Oschlies

***Robert Misik: „Was Linke denken. Ideen von Marx über Gramsci zu Adorno, Habermas, Foucault & Co.“,** Picus Verlag Wien 2015, gebunden, 159 Seiten, 14,90 Euro*

Viel Geld für große Männer

Roman über den alternden Friedrich Wilhelm I. und seine kostspielige Garde, die sogenannten »Langen Kerls«

Der in Zürich lebende Schriftsteller Thomas Meyer betritt mit seinem Buch „Rechnung über meine Dukaten“ preußisches Terrain. Sollte der Schritt gewagt gewesen sein – er ist vollauf gelungen. Seine Finanzen betrachtet der gealterte und kranke „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. erst im letzten Kapitel des Buches. Die Bilanz fällt positiv aus. Noch positiver wäre sie gewesen, hätte er sich nicht seiner Leidenschaft hingegeben: Seiner Riesen-Garde, den sogenannten Langen Kerls. Diese verschlangen ein Vermögen – nicht nur im Unterhalt, auch das „Besorgen“ war kostspielig.

Dargestellt wird vor allem ein Zeitraum, der im Jahr 1716 beginnt und nicht allzu weit darüber hinausreicht. Hemmungslos erteilt der König Aufträge, ihm großgewachsene junge Männer zu verschaffen, die notfalls entführt und später zwar gut versorgt, aber ansonsten wie Gefangene gehalten werden. Gut aussehen müssen sie ebenso, der König schickt sie ansonsten zurück. Dazu gehören beispielsweise intakte Schneidezähne, die sogar für den Ladevorgang des Gewehrs bei dem von Friedrich Wilhelm I. so geliebten Exerzieren nötig sind. Folglich ist es eine Variante, sich der „Anwerbung“ beziehungsweise dem Dienst zu entziehen, indem man sich Zähne ausschlägt.

Meyer erzählt hauptsächlich, aber nicht ausschließlich, von den „Langen Kerls“. Orthographisch sowie bezüglich einzelner Wörter imitiert der Autor mitunter die Sprache der Zeit. Bekannten, aber wohl treffende Anekdoten sind verarbeitet – etwa der auf einen verschüchterten Mann einprügelnde König, der dabei ausgerufen haben soll, er wolle geliebt werden, nicht gefürchtet. Mitglieder des berühmt-berüchtigten „Tabakskollegiums“, die er für Freunde hält, stehen nicht unbedingt hinter dem engstirnigen Monarchen, etwa Friedrich Heinrich von Seckendorff, dessen Berichte den Höfen in Wien und Dresden einiges wert sind. Wirklich aufrichtig scheint allein der Berater Ehrenreich Bogislaus von Creutz zu sein, der dem König auch widerspricht und sich – meist vergeblich – gegen dessen Bereitschaft wehrt, für die mitunter nur vorgetäuschte Aussicht auf weitere Soldaten entgegen seiner sonstigen Sparsamkeit sofort nahezu jeden Betrag zur Verfügung zu stellen. Für „große Moscowiter“ gibt Friedrich Wilhelm I. auch schon mal das Bernsteinzimmer her – derartige Dinge bedeuten ihm nichts. Um Geld aufzutreiben, „erfindet“ Creutz zur Freude des Königs die „Recroutenkasse“ – für Privilegien oder das Erlassen von Strafen wird nun kassiert, um die Garde zu finanzieren.

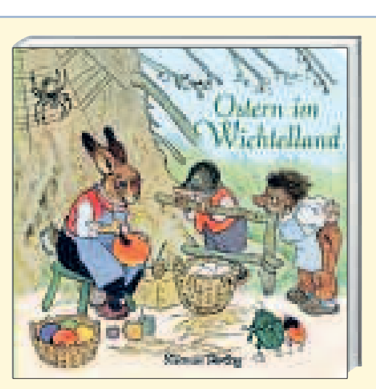
Gelungenes Buch, das nicht nur von der Riesen-Garde des Soldatenkönigs erzählt

Friedrich Wilhelm I. verjagt seinen Leibarzt Stahl, als dieser meint, Mäßigung im Essen und Trinken könnten die Leiden des Königs erheblich mindern. Um die Gnade des Königs zurückzuerlangen, präsentiert Stahl dem König die Idee, große Soldaten zu „züchten“ statt „einzufangen“. Das erste „Zuchtpaar“ erfährt den Jähzorn des Königs, als sich zwar Nachwuchs einstellt – leider hätte dieser maximal eine „Soldatin“ werden können. Deren Vater, der aus Sachsen entführte Bauer Gerlach, ist eine der wenigen vom Autor erfundenen Figuren – ansonsten orientiert sich Meyer stark an historischen Tatsachen.

Wollte man unbedingt Kritik am Dargestellten äußern, so vielleicht diese: Mag der „Soldatenkönig“ gewesen sein, wie er war – einen kleinen positiven Charakterzug hätte man vielleicht auch noch irgendwo finden können. Zumindest etwas mehr als das schlechte Gewissen, das ihn mitunter befällt, wenn er den Gelehrten Jacob von Gundling wieder einmal zu seinem Vergnügen erniedrigt und gequält hat. Andererseits ist es eine literarische Arbeit – insofern bleibt das Gesamturteil: Ein schönes Buch!

Erik Lommatzsch

***Thomas Meyer: „Rechnung über meine Dukaten“,** Diogenes Verlag, Zürich 2015, Taschenbuch, 272 Seiten, 12 Euro*



Fritz Baumgarten
Ostern im Wichtelland
Im Wichtelland geht es hoch her, Ostern steht vor der Tür und der Hase tommelt seine Freunde zusammen um mit ihnen die Ostereier zu verstecken. Ein bezauberndes Pappbilderbuch mit wunderschönen Illustrationen von Fritz Baumgarten. 16 Seiten (Format 15 cm x 15 cm)
Nr. P A1000 Pappbilderbuch 3,95 €



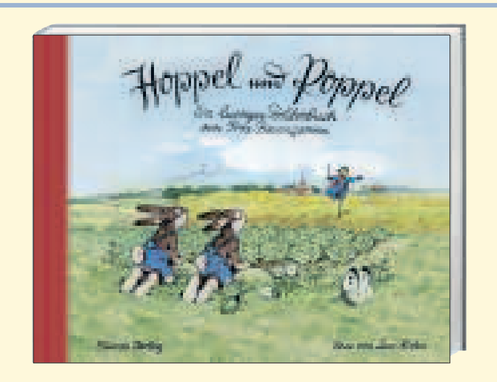
Ursula und Wolf-Dietmar Unterweger
Glückliche Hühner
Eine Liebeserklärung an das Federvieh
In meisterhaften Fotografien und Texten erinnern das Autorenehepaar an glückliche Hühnertage, an das Hühnerleben im Großelternland. 96 S.
Nr. P 575271 Gebunden 7,95 €



Osternest mit 7 Eiern
7 Ostereier im Osternest mit verschieden Geschmacksrichtungen: z. B. Marzipan, Cappucino-Trüffel, Eier-Likör, Erdbeer-Joghurt u.v.m. 130 Gramm
Nr. P A0342 Osternest 6,50 €

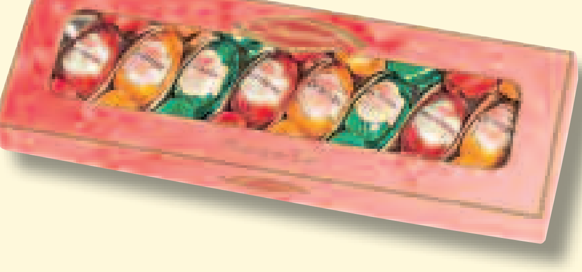


Plüsch-Osterhase mit Trüffelostereiern (ohne Alkohol)
Süßer Plüschhase mit 8 bunten Ostereiern.
150 Gramm
Nr. P A0731 Plüsch-Osterhase 11,50 €



Fritz Baumgarten
Hoppel und Poppel (Format 26,5 x 21 cm)
Die Hasen Hoppel und Poppel haben nur Unfug im Kopf: Sie laufen von zu Hause weg und spielen den Tieren und den Wichteln Streiche. Ein wunderschönes und farbenprächtiges Bilderbuch mit liebevollen Illustrationen. 24 Seiten
Nr. P A0868 Gebunden 8,95 €

Fritz Baumgarten
Das große Fritz Baumgarten Frühlingsbuch
Ein Hausbuch für die ganze Familie
Mit Gedichten und Geschichten, Spielen und fröhlichen Liedern sowie Rezepten und Bastelanleitungen führt das Hausbuch für die ganze Familie durch die schöne Frühlingszeit. Die stimmungsvollen und naturnahen Bilder von Fritz Baumgarten lassen diese Jahreszeit des Aufbruchs und der Freude vor unseren Augen in ihrem ganzen Charme lebendig werden. Friedrich Karl Baumgarten, geboren am 18. August 1883 in Reudnitz und gestorben am 3. November 1966 in Leipzig, war ein deutscher Kinder- und Bilderbuchillustrator, Lithograf, Zeichner und Maler. Er ist der Vater der heute noch weit verbreiteten Zwergen- und Wichtelgeschichten, der mit seinen klaren, stark farbigen Bildern und einfachen Formen den typischen „Baumgarten-Stil" schuf. 64 Seiten
Nr. P A0999 Gebunden 7,95 €



Königsberger Marzipan-Eier im Karton in verschiedenen Geschmacksrichtungen
8 Königsberger Marzipaneier in verschiedenen Geschmacksrichtungen z.B. Orange und Marzipan, Pistazie und Marzipan
150 Gramm
Nr. P A1007 8 Marzipaneier 8,25 €





Unser beliebter Plüsch-Elch
Der Elch ist ca. 20 cm hoch aus kuschligem Plüschmaterial und weich befüllt.
Nr. P 9869 Plüsch-Elch 8,90 €



Gumbinner Marillchen
Aprikosen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5686 16,95 €

Kurenkaffee
Ostpreußischer Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5688 16,95 €



Nalewka
Weichselkirchen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5684 16,95 €



Marjellchen
Schwarzer Johannisbeerlikör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5693 16,95 €



Landsmannschaftsfahne Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9905 Fahne 12,50 €



Fahne Königreich Preußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9981 Fahne 12,50 €



Trakehner Esprit
Edler Reiterschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5703 19,95 €



Pillkaller
Edel-Machandel
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5696 16,95 €



Samländer
Alter Aquavit
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5681 15,95 €



Schit-Lot-Em
Pommerscher Magenlikör
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5689 19,30 €



Hans Graf von Lehndorff
Die Insterburger Jahre
Mein Weg zur Bekennenden Kirche
Hans Graf von Lehndorff, der Autor des berühmten „Ostpreußischen Tagebuchs", schildert in diesem Bericht seine Begegnung mit der Bekennenden Kirche in den Kriegsjahren 1941–1944 in Insterburg, wo er Assistenzarzt am Krankenhaus war. In klarer und eindringlicher Art entwirft er ein Bild von den Menschen, mit denen er dort zusammentraf, und die sein Leben und Denken entscheidend prägten. Er berichtet von der Arbeit der Mitglieder in der Gemeinde, den praktischen Hilfen, den abendlichen Veranstaltungen, auch von den Schwierigkeiten mit der „amtlichen Kirche", die sich den staatlichen Machtverhältnissen zumeist anpaßte. Das Wirken in dieser Bekennenden Gemeinde ließ ihn erkennen, daß „Kirche auch noch etwas ganz anderes sein kann, nämlich eine Herausforderung Gottes an den Menschen, und daß diese Herausforderung in Kämpfen, Anfechtungen und Widersetzlichkeiten ihren Niederschlag finden kann.". 100 Seiten
Nr. P A0934 Taschenbuch 14,95 €

Ferdinand Gregorovius
Briefe nach Königsberg 1852–1891
Ferdinand Gregorovius (1821–1891) gehörte bis weit ins 20. Jahrhundert hinein zu den meistgelesenen deutschsprachigen Historikern. Er hat das Italienbild seiner Epoche wesentlich geprägt. Zwanzig Jahre verbrachte er selbst in Rom; kaum ein Geschichtsschreiber hat wie er vom Genius loci profitiert, kaum einer war so sehr auf ihn angewiesen wie der Verfasser der „Wanderjahre in Italien" und der monumentalen „Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter". In dem Deutschordensstädtchen Neidenburg aufgewachsen, verließ Gregorovius 1852 nach seinem Studium in Königsberg Ostpreußen für immer. Wie er seine neue italienische Heimat erlebte, spiegeln seine Briefe an die Daheimgebliebenen. Ob enthusiastisch oder lakonisch, ob sachlich oder emotional kommentieren sie den Alltag des allmählich zum Historiker sich wandelnden Literaten. Sie werden hier, soweit erhalten, komplett ediert und bilden ein Gegenstück zur Edition der Römischen Tagebücher. Damit wird die erste größere Briefedition zu Gregorovius seit etwa 90 Jahren vorgelegt. 304 Seiten
Nr. P A0984 Gebunden im Leineneinband 38,00 €



Trakehner Blut
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5697 1 Flasche 21,60 €
Nr. P A0298 3 Flaschen 62,00 €



Meschkinnes
Der Ur-Bärenfang
50 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5692 19,95 €



Danziger Goldwasser
Danziger Liqueur
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5811 21,95 €

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintesive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr



Polizeichef gegen Rot-Grün

Bremen – Bremens Polizeipräsident Lutz Müller hat die rot-grüne Koalition des Stadtstaates hart attackiert. Die Polizei sei überlastet, die Planungen für mehr Stellen seien völlig unzureichend angesichts der wachsenden Probleme im Zuge der Asylkrise. Bremen gebe mit 141 Millionen Euro im Jahr weniger für seine Polizei aus als für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, für die 2016 160 Millionen Euro eingeplant sein sollen. *H.H.*

Asyl: Furcht vor den Folgen

Berlin – 57 Prozent der Deutschen glauben, dass Deutschland durch die Asylzuwanderung „zu einem schlechteren Ort zum Leben“ wird. Dies ergab eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. 53 Prozent meinen danach zudem, dass das „kulturelle Leben im Allgemeinen durch Flüchtlinge untergraben“ wird. Nur 30 Prozent erwarten eine kulturelle Bereicherung durch die Zuwanderung. *H.H.*

ZUR PERSON

»Eierlegende Wollmilchsau«

Der Stiftungsrat der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung hat die promovierte Historikerin und zertifizierte Kulturmanagerin **Gundula Bavendamm** einstimmig zur neuen Stiftungsdirektorin ernannt. Amtsantritt ist am 1. April. Ihre wichtigste Aufgabe wird es sein, das geltende Stiftungskonzept und die geplante Dauerausstellung umzusetzen, um dieses Thema entsprechend dem gesetzgeberischen Auftrag in der Mitte der Gesellschaft sichtbar werden zu lassen. Leicht wird das nicht werden, erfordert der Direktorenposten doch die Qualitäten einer „eierlegenden Wollmilchsau“, wie der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Bernd Fabritius, meint.

Was das angeht, hat man mit der 50-Jährigen sicherlich die richtige Wahl getroffen, denn Bavendamm verfügt über einen breiten Erfahrungsschatz, den sie sich auf vielen beruflichen Stationen angeeignet hat. Die Geschichtswissenschaft war der Tochter des Historikers Dirk Bavendamm gewissermaßen in die Wiege gelegt. Nach dem Studium der Geschichts- und Politikwissenschaft sowie der Germanistik begann sie ihre Laufbahn als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Seminar der Universität Freiburg und am Deutschen Historischen Museum in Berlin. Danach arbeitete sie als freie Kuratorin und konzipierte im Auftrag deutscher Museen Ausstellungen zu historischen, politischen und kulturgeschichtlichen Themen. Als derzeitige Leiterin des Alliierten-Museums in Berlin, zu dessen Trägern unter anderem die Bundesrepublik Deutschland gehört, genießt sie das Vertrauen von Kulturstaatsministerin Monika Grütters. Die hat Bavendamm auch für die neue Position vorgeschlagen und lobt, sie sei international gut vernetzt und „sie versteht die Berliner und kennt die Medienlandschaft in der Erinnerungskultur gut“. *U.M.*





Wartungsarbeiten

Um jeden Preis

Woran Guido Wolf verzweifelt, wie wir die AfD in die Nähe des NSU bekommen, und warum die »Ossis« so widerspenstig sind / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Hier zeigt sich das triste Dilemma der Christdemokraten: Guido Wolf, Spitzenkandidat der CDU in Baden-Württemberg, will angeblich an seine Parteichefin Merkel appellieren, „auf größere Distanz zu Ministerpräsident Kretschmann zu gehen“. Winfried Kretschmanns Grüne haben in einer Umfrage mit 30,5 Prozent Wolfs Union um einen halben Prozentpunkt hinter sich gelassen – ein Schock für die Schwarzen. Die lagen 2011 mit 39 gegen 24 Prozent noch klar vor den Grünen, auch wenn Letztere dann eine Koalition mit der SPD (23 Prozent) schmiedeten und die CDU damit in die Opposition schickten.

Diesmal wollte Wolf „40 Prozent plus x“ holen, und nun das! Da soll „größere Distanz“ der Kanzlerin zu Kretschmann die Rettung in letzter Sekunde bringen. Das Problem ist nur: Damit eine Distanz „größer“ werden kann, muss zumindest schon eine da sein. Doch genau da hapert's. In der zurzeit alles entscheidenden Asylfrage sind sich der grüne Kretschmann und die grüne, Verzeihung, die schwarze Merkel vollkommen einig. Die Kanzlerin hat als erste deutsche Regierungschefin den Jahrzehnte alten grünen Traum des freien Einwanderungsrechts für nahezu jeden Erdenbewohner wahr gemacht. Nicht mal Schröder hatte das geschafft.

Armer Guido Wolf. Oder? Na ja! Was soll SPD-Konkurrent Nils Schmid denn sagen? Die Sozialdemokraten sind im Südwesten auf 16 Prozent zusammengeschnurrt, da kommt die AfD mit ihren zehn Prozent bereits gefährlich in Sichtweite. In Sachsen-Anhalt ist die Katastrophe bereits eingetreten. Dort sind die Blauen mit 17 zu 16 Prozent an den Sozis vorbeigezogen.

Da muss gehandelt werden. Die Strategen in der SPD-Zentrale haben offenkundig eine Strategie entwickelt, die da lautet: Radikalisieren, und zwar um jeden Preis. Vizechef Ralf Stegner, der sich als Pöbelfritze von erlesener Widerlichkeit längst einen dröhnenden Ruf erworben hat, gab den Ton vor: Kein „anständiger Deutscher“ dürfe die „rechtsextreme AfD-Bande“ wählen. Heiko Maas sekundiert verschmitzt, er könne sich „vorstellen“, dass man die Petry-Partei vom Verfassungsschutz beobachten lasse. Der Chef des Geheimdienstes wies das sofort zurück, weil es dafür keine rechtliche Handhabe gebe. Die Zurechtweisung müsste Maas eigentlich peinlich sein. Immerhin sollte er als Bundesjustizminister die Rechtslage nicht nur am besten kennen, sondern sie auch am striktesten beachten und am nachdrücklichsten darauf pochen, dass das geltende Recht eingehalten wird.

Aber was ist einem heute noch peinlich? Zudem sind Maas' öffentliche „Überlegungen“ auch ein Beitrag zur Willkommenskultur, die dafür sorgt, dass sich die neuen Einwohner nicht so fremd fühlen im kalten Deutschland. In den meisten ihrer Herkunftsländer ist es nämlich vollkommen üblich, dass Minister ihre Amtsautorität nicht bei der Erfüllung ihrer Regierungsaufgaben verbrauchen, sondern listig für die Verfolgung von Partei-Interessen verwenden, wie Maas es tut. Nur hierzulande kannte man das bislang noch nicht in dem Maße.

> Das Amtsverständnis von Heiko Maas kommt der Dritten Welt schon recht nahe

Heiko Maas gibt den Zuwanderern aus Afrika und dem Orient das wärmende Gefühl, dass auch Deutschland sich nunmehr in die Richtung ihrer Heimatstaaten entwickelt. Schließlich sollen sich Deutsche und Zuwanderer ja „aufeinander zubewegen“.

Das erwünschte Ziel immer radikalerer Attacken besteht aus zwei Abschnitten: Zunächst sollen die Angegriffenen in finsterstes Licht getaucht werden. Dann sollen sie irgendwann die Nerven verlieren und Fehler machen, indem sie sich ihrerseits radikalisieren aus Wut über die Angriffe.

Die Strategie geht allerdings nur auf, wenn die großen Medien fein mitspielen. Da brauchen sich Maas, Stegner und Co. keine Sorgen zu machen. Eine ehemals konservative Tageszeitung hat gerade die nächste Eskalationsstufe im Vernichtungsfeldzug gegen die blaue Parteienkonkurrenz gezündet. In einem Kommentar zum mysteriösen Todesfall eines weiteren Zeugen im NSU-Prozess lasen wir da vergangenen Dienstag: „Das Wahlkampfgetöse und die Aufregung über den Aufstieg der AfD lassen wichtige Themen aus den Schlagzeilen verschwinden, darunter den NSU-Prozess gegen Zschäpe & Co. Das ist betrüblich, zumal es ja in München um, mal grob betrachtet, so ziemlich dieselbe Klientel geht.“

Sie haben richtig gelesen: „Mal grob betrachtet“ bezeichnet die Autorin NSU und AfD als „dieselbe Klientel“. Zwar kennt der NSU-Prozess noch kein Urteil. Und die Serie von Zeugen, die vor wichtigen Aussagen auf mysteriöse Weise den Tod finden, lässt wachsende Zweifel an dem Verfahren aufkommen. Dessen ungeachtet aber steht das Kürzel „NSU“ im Sprachgebrauch für Neonazi-Terroristen, die kaltblütig unschuldige Menschen ermorden.

Da müsste man die AfD eigentlich nicht nur verbieten, sondern auch ihre Mitglieder, mindestens aber sämtliche Funktionäre ins Gefängnis werfen. Wir nennen das dann „wehrhafte Demokratie“ und gratulieren uns gegenseitig zu unserer „Wachsamkeit“. Wer uns vorhält, dass unser Verständnis von Demokratie demjenigen einer Republik ziemlich nahekommt, die sich die „Deutsche Demokratische“ nannte, den schmeißen wir gleich zu den inhaftierten AfDlern in den Kerker. Wegen „Hetze“.

Gut, soweit sind wir noch nicht. Aber große politische Veränderungen müssen lange vorher propagandistisch vorbereitet werden. Dem genannten Zeitungskommentar kommt dabei eine wichtige Funktion zu: Er ebnet geistig den Übergang von der Verunglimpfung zur Kriminalisierung. „Grob betrachtet“ ist das die Voraussetzung für den finalen Vernichtungsschlag.

Zimperlich dürfen wir eben nicht sein. Heuchelei etwa, das wusste schon Lenin, ist ein legitimes Mittel im politischen Kampf. Nach dem Tumult von Clausnitz titelte die Lokalzeitung einer deutschen Millionenstadt mit einer Karte der Bundesrepublik, in welcher der gesamte Freistaat Sachsen braun eingefärbt war, Überschrift: „Der Schandfleck – Immer wieder Sachsen“.

Das Blatt schreibt für jene „Klientel“, aus der nach jeder Untat mit ausländischer Beteiligung gemahnt wird, diese oder jene Gruppe von Menschen oder gar ganze Völker und Stämme dürften auf keinen Fall „unter Generalverdacht“ gestellt werden. Derlei Verallgemeinerungen seien nämlich rassistisch und menschenverachtend. Offensichtlich gilt das nicht, wenn es sich um die Sachsen handelt.

Also wollen wir das auch mal versuchen, das mit der Verallgemeinerung. Wieso verhalten sich besonders die „Ossis“ so widerspenstig, wenn es um die Linie der Regierung und aller etablierten Parteien in der Asylfrage geht?

Das hänge mit der DDR-Erfahrung zusammen, sagen Wissenschaftler. Da könnte tatsächlich was dran sein. Während meines kurzen Urlaubs entdeckte ich hier in Hamburg seltsame Veränderungen, die mir vielleicht nur deshalb auffielen, weil ich die DDR recht häufig besucht hatte.

Da hing beispielsweise vor dem Gelände eines Sportvereins ein Transparent: „Wir sagen nein zu Rassismus und Intoleranz“. In einer kleinen Botanik-Ausstellung wurde eine Pflanze als „Migrant“ vorgestellt. Ideologische Beeinflussung im Sinne der Regierung an völlig unpolitischem Ort kannte ich bislang nur von meinen DDR-Reisen, wo das Zeug auch an Werkstoren und Sportstätten prangte. In der alten Bundesrepublik kannte ich das nicht.

Dem „Wessi“ ohne eigene DDR-Anschauung fällt die Parallele vielleicht gar nicht auf. Wer diese Strategie der Dauerberieselung an allen möglichen Orten aber noch aus eigener „Ossi“-Erfahrung kennt, dem dürfte deren Wiederkehr umso übler aufstoßen. Vielleicht sind gelernte DDR-Bewohner gerade deshalb manchmal etwas ungehaltener: Sie wittern, dass wir uns in die falsche Richtung bewegen.

MEINUNGEN

*Der Steuer- und Rentenexperte **Bernd Raffelhüschen** rechnet mit **900 Milliarden Euro** oder sogar weit höheren Kosten aufgrund **Asylflut**. In „Focus-Money“ (22. Februar) warnt er:*

„Der Flüchtlingszustrom kostet Geld. Und wir werden das bezahlen müssen. Ob nun durch steigende Steuern, steigende Beiträge oder durch noch mehr Schulden, das hat allein Frau Merkel in der Hand. Und eins darf man bei der Betrachtung nicht vergessen: Sie fußt nicht auf der Annahme, dass es konjunkturell und mit der Höhe der Steuereinnahmen so gut weitergeht wie derzeit. Momentan leben wir in der besten aller möglichen Welten.“

*Der baden-württembergische **Gymnasiast Christoph Schrön** schildert im Portal „Achse des Guten“ (20. Februar), wie massiv in seiner **Schule** Wahlkampf und **Meinungsmache** betrieben wird:*

„Egal, welches Fach man betrachtet. Sei es die Lateinstunde, in der der Lehrer die AfD als ‚Vollidioten‘ betitelt oder die Englischlehrerin, die behauptet, es gebe ein Katastrophe, wenn die AfD ‚an die Macht‘ kommt. Überall wird versucht, die Schüler zu beeinflussen und ihnen zu erklären, dass die AfD die Verkörperung allen Übels sei. Man muss sich als Schüler im Jahre 2016 um seine Noten sowie seinen Stand bei den Mitschülern Sorgen machen, wenn man nicht dem kollektiven Mainstream folgt.“

***Christoph Schwennicke** betrachtet die **EU** auf ihrem bisherigen Weg nach dem jüngsten Gipfel als **gescheitert**. Im „Cicero“ (22. Februar) weist er einen Ausweg:*

„Merkels Flüchtlingspolitik ist in ihrem unbedachten Alleingang fulminant gescheitert, das ist aber beinahe noch das geringste Problem daran. Europa ist gescheitert. Gescheitert an der Unfähigkeit, Gemeinsamkeiten über den eigenen Vorteil zu stellen ... Daher ist es möglicherweise an der Zeit, den bisherigen britischen Sonderweg als den gemeinsamen Hauptweg anzusehen. Den Verbund loser werden zu lassen und nicht künstlich gegen den Willen der meisten Mitglieder fester zu verzurren.“

***Wolfram Weimer** wirft **Merkel** im „Handelsblatt“ (22. Februar vor, nur um ihrer Macht willen Europas Schicksal **in die Hände Erdogans** zu legen:*

„Sie hat versprochen, den unkontrollierten Massenzustrom von Flüchtlingen bis März einzudämmen. Das geht – weil sie die eigene Grenzsicherung strikt ablehnt – nur mithilfe des türkischen Militärapparates. Damit verdichtet sich Merkels politisches Schicksal auf einen mephistophelischen Pakt mit Ankara, um die Kanzlerschaft zu retten. Sie begibt sich in die Hand Erdogans, der nun die Schicksalsfäden der Kanzlerin in seinen Händen hält ... Sein Regime spielt mit Europa ein doppeltes Spiel ... Die (türkischen) Hilfen für IS-nahe Zellen sollen von Waffenlieferungen über Trainingslager bis hin zum Handel mit geschmuggeltem Öl reichen. Sowohl amerikanische als auch russische Geheimdienstkreise berichten über einen umfangreichen Ölhandel zwischen der Türkei und der Terrororganisation.“